Nr. 195 Freitag, 24. September 1920 27. Jahrgang.

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg. Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4596. — **Postscheckkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21 Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,** Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4596

Inseratenpreise: Die 7gespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 1.90 Mk., bei Platzvorschrift 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7gespaltene Zeile 1.70 Mk. Reklame-Kolonelzeile 7.50 Mk — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721 Schluß der Inseraten-Annahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Die Lage in Oberschlesien.

Berlin, 23. September. (Eigne Drahtmeldung der L. V.) Die Vossische Zeitung meldet aus Breslau: Von einzelnen teils amtlichen, teils privaten Korrespondenzbureaus werden noch fortgesetzt Nachrichten verbreitet, die **mit der Wahrheit im Widerspruch** stehen und zur Beunruhigung der Provinz und des Reiches beitragen. Tatsache ist, daß das Verbrechertum und das Bandenunwesen in der Provinz Schlesien noch einen Umfang haben, der **weit über das normale Maß** hinausgeht. Aber es ist falsch, diese Nachwehen der politischen Unruhen heute noch als solche zu bewerten. **Die politische Beruhigung des Landes geht weiter.** Im Gegensatz dazu steht es nicht, daß die Gerichte vollkommen überlastet sind, die Strafkammern vermehrt werden müssen und die Schwurgerichtsperioden 50 und mehr Fälle umfassen. Der **ländliche Teil der Provinz** ist eben infolge des ungenügenden Grenzschutzes und der polnischen Hetzagitation **noch von verwilderten polnischen Banden überschwemmt.** Ihre Absichten gehen aber nicht auf politische Ziele, sondern im wesentlichen auf **Raub und Einbruch.** Insofern dürfte die von Le Rond in Aussicht genommene Vermehrung der Abstimmungspolizei und eine energische Razzia besonders im Kreise Rybnik geboten sein.

•

Deutsche Nachrichten aus Oberschlesien melden immer wieder Vorbereitungen für einen neuen polnischen Putsch. Die neue Aktion, die nach früheren Meldungen bereits am 18. September einsetzen sollte, soll nun angeblich in der Nacht vom 22. zum 23. September beginnen. Die Meldungen stützen sich hauptsächlich auf angeblich aufgefangene Befehle, die von einem polnischen Oberkommando in Sosnowice ausgehen sollen. Nach einer Mitteilung der Breslauer Volkswacht ist es der Kriminalpolizei gelungen, ein polnisches Bureau in der Breslauer Obervorstadt auszuheben. Angeblich wurden wichtige Dokumente und Listen gefunden. Auch ein Staatsbeamter soll nach dem genannten Blatt in den Listen als polnischer Agitator verzeichnet sein. Drei angetroffene Personen wurden verhaftet.

Rückkehr des Generals Le Rond?

Beuthen (Oberschl.), 23. September. Nach der Polnischen Grenzzeitung wird der Polnischen Telegraphen-Agentur aus angeblich gutunterrichteten Kreisen in Paris berichtet, **der Botschafterrat billige vollkommen die Politik des Generals Le Rond.** Dieser werde **auf seinem oberschlesischen Posten verbleiben** und in allernächster Zeit dorthin zurückkehren.

Von einem französischen Offizier erschossen.

Breslau, 23. September. Nach einer hier vorliegenden Meldung aus Oppeln wurde dort gestern abend auf der Rosenbergstraße der Eisenbahnwerkstättentischler Franzek von einem französischen Offizier erschossen.

Oberschlesische Kohlen für Ungarn.

Berlin, 24. September. (Eigne Drahtmeldung der L. V.) Nach einer Mitteilung der mitteleuropäischen Kohlenkommission haben die **deutsche** und die **ungarische Regierung** auf Anregung der Reparationskommission eine Vereinbarung getroffen, nach **der Deutschland an Ungarn vorläufig dreißig Eisenbahnzüge oberschlesische Kohle zu Druschzwecken liefert.** Die gelieferten Mengen werden von Ungarn bar bezahlt. Es sind bereits vierzehn Züge abgegangen. Das Abkommen hat in weiten Kreisen Erstaunen hervorgerufen, da, wenn auch die Tatsache des ungarischen Kohlenmangels besteht, doch der Kohlenmangel Deutschlands nicht geringer sein dürfte.

Noch keine Räumung der besetzten italienischen Fabriken.

Berlin, 23. Sept. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Das Berliner Tageblatt meldet aus Rom: Osservatore Romano fordert die Polizei zur Wachsamkeit auf, da seitens der Extremen ein Angriff auf den Lateran-Palast und die Besetzung einiger Klöster geplant sei.

Die **Mailänder Arbeiterschaft,** mit Ausnahme einiger anarchistischer Tollköpfe, erklärte sich **mit den Abmachungen** zwischen den Gewerkschaftsführern und den Industriellen **befriedigt, nicht so die Industriellen,** welche sagen, sie hätten nur nachgegeben, weil die Regierung sie zwang. Sollten die Arbeiter indessen jetzt ihre Leistungen erhöhen, so könnten die Industriellen die Krise überwinden.

Die **Räumung der Fabriken ist noch nicht erfolgt.** Die **Mehrheit der Turiner Arbeiterschaft will überhaupt nichts davon wissen.** Doch will heute oder morgen der Kongreß der Arbeitskammern die Räumung kategorisch verfügen. Der Popolo Romano führt das Hinauszögern darauf zurück, daß die **revolutionären Elemente** in den Fabriken **ihre Waffen in Sicherheit bringen möchten,** um sie für alle Fälle zur Verfügung zu haben.

Rom, 24. September. (W. T. B.) Die **Räumung der Fabriken** ist abermals **hinausgeschoben** worden. Die **Abstimmung sämtlicher Metallarbeiter,** die auf Freitag anberaumt ist, muß zum römischen Abkommen Stellung nehmen. Inzwischen **versucht der Metallarbeiterverband zusätzliche Konzessionen herauszuschlagen,** insbesondere die **Bezahlung der während der Besetzung geleisteten Arbeit,** sofortige Gewährung mehrerer **bezahlter Ferientage** zwecks Inventarisierung und schließlich **Aburteilung der Uebergriffe gegen die Arbeiter vor der geschehenen Räumung.**

Neue Zusammenstöße in Italien.

Lugano, 24. Sept. (TU.) In **Turin** kam es bei der Beerdigung zweier Hafenarbeiter zu einem **Zusammenstoß zwischen den Arbeitern und der Polizei,** in dessen Verlauf **mehrere Personen** getötet und **viele verletzt** wurden. — In **Rom** sind nach dem Bericht des Corriere della Sera gestern wiederum von wohnungslosen **Arbeitern Häuser besetzt** worden.

Millerand Präsident von Frankreich.

Paris, 24. Sept. (TU.) Der Kongreß trat am Donnerstag, nachmittags 2 Uhr, zur Wahl des Präsidenten der Republik zusammen. Die Abstimmung hatte folgendes Ergebnis: Insgesamt wurden 892 Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf Millerand 695, auf Doumergue (soz.-rad.) 106, Delory (soziald.) 60, Jonnart (linksrep.) 3, auf Leon Bourgeois (radikal) 3, Pams 3, Perot 2 und General Mardny 1 Stimme. Der Präsident des Kongresses, Leon Bourgeois, erklärte hierauf Millerand als vom Kongreß zum Präsidenten der Republik gewählt.

Millerand über seine Aufgabe als Präsident.

Versailles, 23. September. (Havas). Nach einer Sitzung der Nationalversammlung übergab Justizminister L'Hôpitaux Millerand die Urkunde seiner Ernennung zum Präsidenten der Republik und brachte ihm im Namen der Regierung seine Glückwünsche dar. Millerand antwortete u. a.: „Das siegreiche Frankreich muß seine Ruinen wieder aufbauen, muß seine Wunden verbinden, und um dies zu erreichen, muß es die **vollständige Durchführung aller auf der Grundlage des Versailler Friedensvertrages ihm gegenüber eingegangenen Verpflichtungen erlangen.** Der Präsident der Republik hat die **besondere Aufgabe,** unter Mitwirkung der Minister und der Präsidenten der Kammern die **Fortsetzung einer auswärtigen Politik zu sichern, die unsrer Siege und unsrer Toten würdig ist.**" Die Rede Millerands wurde mit langanhaltendem Beifall aufgenommen. Darauf begab sich der neue Präsident ins Elysee, wo ihm der Justizminister das Rücktrittsschreiben des Kabinetts überreichte und stattete dann den Präsidenten der Kammer und des Senats einen Besuch ab und empfing die Vorsitzenden der verschiedenen Parlamentsgruppen. Er erklärte ihnen, er zähle zur Fortsetzung des unternommenen Werks darauf, mit den Mitgliedern des Parlaments in enger Fühlung zu bleiben.

Erfolgloser Einigungsversuch des englischen Arbeiterdreibundes.

London, 23. September. **Die Konferenz zwischen Lloyd George und den Delegierten des Arbeiterdreibundes** am Mittwochabend dauerte 3½ Stunden. Die Delegierten des Dreibundes werden über die Verhandlungen am Donnerstagvormittag in einer Vollversammlung Bericht erstatten. Es verlautet, daß **Lloyd George seinen Standpunkt aufrechterhalten** habe, daß die Frage der **Lohnerhöhungen einem Schiedsgericht zu unterbreiten sei.**

London, 23. September. (Reuter). Die heutige Konferenz der Bergarbeiterdelegierten hat den Vorschlag Smillies, zum zweitenmal abzustimmen, ob die Forderung der Lohnerhöhung einem Schiedsgericht unterbreitet werden soll, abgelehnt.

Italien verweigert Litwinow die Einreise.

Eine Meldung der Rosta in Wien aus Moskau berichtet: Im Momente, wo die **britische Regierung** mit Entstellungen und **verbrecherischem Betrug** Sowjetrußland zu diskreditieren sucht, wird **dasselbe Spiel in Italien** gespielt, das durch Sklavenketten an den britischen Imperialismus gekettet ist. **Italien weigert sich Litwinow zu empfangen** und gibt als einzigen Grund an, daß **England Litwinow nicht liebe.** Sowjetrußland kann nicht zulassen, daß seine besten Diplomaten durch britische Intrigen zur Unbeweglichkeit verurteilt werden. Gegen Litwinow besteht keine ernste Einwendung. Wenn der italienische Außenminister Sforza keine Beziehungen mit Rußland aufnehmen will, wird das italienische Volk ohne Getreide und Oel bleiben, die bereit stehen.

Schlapnikow nach Norwegen verschleppt?

Aus **Bodö** (Norwegen), wird der „Rosta" gemeldet: Der Führer der Delegierten des russischen Gewerkschaftsbundes, **Schlapnikow,** der in Stockholm festgenommen und an einen unbekannten Ort gebracht wurde, über den die Polizei jede Auskunft verweigerte, ist, laut dem Nordlandets Sozialdemokraten, unter polizeilicher Bedeckung von Stockholm **nach Norwegen gebracht** worden. In Begleitung eines schwedischen Detektivs ist er Sonnabend in Narvik angekommen, von wo ein norwegischer Detektiv ihn weiter nach Vardö brachte. Sowohl die schwedische, als auch die norwegische Regierung haben alles getan, um die Reise geheim zu halten.

Die Entente fordert Auflösung der Abwicklungsstellen.

Berlin, 24. Sept. (TU.) Die **interalliierte Kontrollkommission** hat an die Reichsregierung das **Ersuchen** gerichtet, für die **sofortige Auflösung der noch vorhandenen Abwicklungsstellen** bis zum 30. September d. J. Sorge zu tragen. Ueber das Ersuchen finden zur Zeit zwischen der Reichsregierung und der Kommission Verhandlungen statt.

Die Sozialisierung des Kohlenbergbaues.

Von Dr. Alfred Braunthal (Berlin).

Einer der wenigen dürftigen Erfolge der Niederschlagung des Kapp-Putschs war bekanntlich die neuerliche Einberufung der im Jahre 1919 sang- und klanglos verschiedenen Sozialisierungskommission. Sie hat auch diesmal, bescheiden oder entsprechend dem gegenwärtig herrschenden Kurs, noch bescheidener als im Vorjahre sich auf die drängendste Frage der Sozialisierung des Kohlenbergbaues beschränkt.

Der Gang der Revolution oder vielmehr der Reaktion nach der Revolution vom 9. November hat es den Arbeitern zur Genüge klargemacht, daß der Sozialismus nur das Ergebnis einer neuerlichen Revolution, der völligen Besitzergreifung der Macht durch das Proletariat sein könne. Wir geben uns darum von vornherein über das in der heutigen noch durch und durch kapitalistisch organisierten und von den kapitalistischen Klassen beherrschten Gesellschaft Erreichbare keinen Illusionen hin und stellen unsre Politik nicht wie die Mehrheitssozialisten auf eine schrittweise auf parlamentarischem Wege durchzuführende Sozialisierung ein. Trotz dieses prinzipiellen Vorbehalts ist es aber unsre Pflicht, jeden, auch den bescheidensten Schritt zur Sozialisierung der Wirtschaft zu unterstützen, an ihm mitzuarbeiten und unsre ganze Kraft dareinzusetzen, ihn soweit als möglich zu treiben, wobei wir uns natürlich immer seiner Unzulänglichkeit und Beschränktheit bewußt bleiben müssen. Der Bericht der Sozialisierungskommission verdient deshalb die ernsteste Beachtung von unsrer Seite und der Vorschlag I, der unter Mitwirkung unsrer Genossen Prof. Ballod, Hilferding und Kautsky zustande gekommen ist, energischste Förderung durch Propaganda und parlamentarische Tätigkeit.

Die Sozialisierung der Kohle ist eine in den Programmen aller sozialistischen Parteien wiederkehrende Forderung, sie kann als die nächste und dringendste Forderung des gesamten Proletariats angesehen werden. Den Grund dafür haben wir erstens in der überragenden volkswirtschaftlichen Bedeutung der Kohle zu suchen, die das Privateigentum auf diesem Gebiet als einen unerträglichen Druck auf die gesamte Volkswirtschaft empfinden läßt, während die Verfügungsgewalt der Allgemeinheit über die Kohle ein kräftiger Hebel zur Ueberwindung der privatkapitalistischen Produktion werden könnte. Zweitens aber besitzt das Privateigentum im Kohlenbergbau einen monopolistischen Charakter, der selbst vom kapitalistischen Standpunkt als ungerecht bezeichnet werden muß. Der Besitzer älterer Bergwerke arbeitet nämlich unter günstigeren Bedingungen, das heißt mit geringeren Produktionskosten als der Besitzer jüngerer oder gar erst zu erschließender. Da der Verkaufspreis der Kohle aber der gleiche ist, so erhält er über den normalen Durchschnittsprofit hinaus noch eine Rente, die sogenannte Differentialrente.

Aus diesen Gründen galt der erste Vorschlag der Sozialisierungskommission des Jahres 1919 der Sozialisierung des Kohlenbergbaues. Sein Schicksal war ebenso schmählich wie das der Kommission selbst. Das Kohlenwirtschaftsgesetz, das die Nationalversammlung am 23. März 1919 beschloß, nahm sich wie eine Verhöhnung des Vorschlags der Kommission aus. Das Privateigentum im Kohlenbergbau wurde voll aufrechterhalten — selbst die bescheidene Forderung der Minderheit der Kommission, die Differentialrente weggesteuert, fiel unter den Tisch —, ein Reichskohlenverband wurde geschaffen, der nichts andres ist als eine Zusammenfassung der Syndikate, und ein Reichskohlenrat ohne jegliche Machtbefugnisse, so daß ihm selbst die Mitbestimmung der Preise versagt bleibt. Bestenfalls kann die durch dieses Gesetz geschaffene Kohlenwirtschaftsorganisation als eine Neuauflage der Kriegswirtschaftsorganisation bezeichnet werden, insofern als die Preisfestsetzung unter der Kontrolle des Reiches steht. Das Unzulängliche dieser Organisation wurde sogar von der gegenwärtigen Regierung eingesehen, die einen Gesetzentwurf ausgearbeitet hat, wonach der Reichskohlenverband beseitigt und die Befugnisse des Reichskohlenrats erweitert werden sollen. Gegenüber dieser Halbheit fordert die Sozialisierungskommission ganze Arbeit.

Es wurden von der Sozialisierungskommission wieder wie im Vorjahre zwei Vorschläge ausgearbeitet, beide von je 11 Mitgliedern unterzeichnet. Von größtem Interesse für uns ist der Vorschlag I als der weitergehende — die Aussichten für seine Gesetzwerdung unter dem gegenwärtigen Regime sind natürlich dementsprechend geringer. Der Vorschlag liegt bereits in Form eines Gesetzentwurfs vor, dessen wesentlichste Bestimmungen folgende sind: Alle privaten und staatlichen Kohlenbergwerke — Stein- und Braunkohle — und Betriebe zur Verkokung der Kohle usw. werden in das Eigentum einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft, der Deutschen Kohlengemeinschaft übernommen. Es findet also eine sofortige Enteignung der Kohlenbergwerksbesitzer statt, aber gegen „angemessene Entschädigung". Wie hoch die Entschädigung festgesetzt und wie die Beträge dafür aufgebracht werden sollen, darüber spricht sich der Vorschlag nicht aus. Wir werden uns auf den Standpunkt stellen müssen: Wenn schon bei

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200924/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

sonstiger Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems eine entschädigungslose Enteignung blos einer Gruppe von kapitalistischen Unternehmungen nicht angängig ist, so dürfen die Beiträge dafür nicht durch Erhöhung der Kohlenpreise aufgebracht werden, sondern die Kapitalistenklasse selbst muß es sein, die ihre Klassengenossen entschädigt, das heißt die Entschädigungsbeträge müssen durch Besteuerung des Kapitals aufgebracht werden.

Die Deutsche Kohlengemeinschaft soll aus zwei Organen bestehen: einem Reichskohlenrat mit 100 Mitgliedern, von denen 50 von den Leitern, den Angestellten und den Arbeitern zu wählen sind, 25 von den Verbrauchern und 25 teils vom Reichstag und vom Reichswirtschaftsrat, teils vom Reichskanzler zu ernennen sind, und dem Reichskohlendirektorium, dessen Mitglieder — fünf — auf fünf Jahre vom Reichskohlenrat ernannt werden und feste Bezüge erhalten. Das Direktorium ist das eigentliche geschäftsführende Organ, dem möglichst weitgehende kaufmännische Vollmachten erteilt werden, dem Reichskohlenrat obliegt die Oberleitung und Oberaufsicht. Die Frage der Mitwirkung des Arbeiterrats ist wohl prinzipiell durch das Betriebsrätegesetz geregelt, der Vorschlag der Sozialisierungskommission geht aber über dessen Bestimmungen hinaus, indem er die regionale Zusammenfassung der Betriebsräte vorsieht, deren Spitze die Vertreter der Arbeiterschaft im Reichskohlenrat bilden. Durch diese Art der Organisation der Betriebsräte wird der Einfluß der Arbeiterräte bedeutend gestärkt. Allerdings müßten wir zu diesem Zweck auf der Absetzbarkeit der Arbeitervertreter im Reichskohlenrat durch die lokalen und regionalen Betriebsausschüsse bestehen, während der Kommissionsvorschlag bloß eine vierjährige Mandatsdauer vorsieht.

Von größter prinzipieller Bedeutung aber ist in diesem Vorschlag — darin stimmt übrigens auch der Vorschlag II mit ihm überein —, daß hier zum erstenmal der erfolgversprechende Versuch gemacht wird, den gewaltigen Antrieb zum intensiven, großzügigen, initiativen Schaffen, der zweifellos im kapitalistischen System der Belohnung solchen Schaffens durch erhöhten Profit liegt, durch einen gleichwertigen Antrieb zu ersetzen. Es war in der Tat bisher das gewichtigste Argument gegen eine Sozialisierung der Wirtschaft, daß durch das Fehlen des Profitstachels der Unternehmungsgeist erschlaffen und die Produktion zurückgehen müsse — ein Argument, das anscheinend die bisherige, allerdings recht spärliche Erfahrung — im wesentlichen die russische — für sich hatte. „Die Menschen sind eben keine Engel" und der Gemeinsinn allein wird sie nicht zur Arbeit, jedenfalls aber nicht zu außerordentlichen Leistungen treiben", das ist der unermüdlich und eintönig vorgebrachte Einwand der Gegner des Sozialismus. Freilich behält er leider für heute und für absehbare Zeit recht, aber daß er kein unüberwindliches Hindernis der Sozialisierung ist, beweisen die Vorschläge der Sozialisierungskommission. Sie regen die Schaffung eines Prämiensystems an, wonach besondere Leistungen durch besondere Prämien belohnt werden. Und zwar wird die Prämie für die Betriebsleiter und technischen Angestellten nach dem Betriebsergebnis des Werkes berechnet, die Prämie für die Arbeiter und kaufmännischen Angestellten nach den Leistungen ihres Kohlenbezirks. Diese Lösung erscheint so einfach wie das Ei des Kolumbus, sie ist eine organische Nachbildung des mechanischen Prämiensystems, das im Kapitalismus beruht, und ist daher imstande, es zu ersetzen — ohne doch die Gefahr einer neuerlichen Kapitalakkumulation in sich zu schließen —, bis andre, sittlich höhere Antriebe sich im Verlaufe der Entwicklung des Sozialismus herausbilden werden.

Der Vorschlag II unterscheidet sich mehr durch seine prinzipielle Stellungnahme als durch die praktische Durchführung der Sozialisierung vom Vorschlag I. Er setzt nur an Stelle der sofortigen Enteignung eine allmähliche (als zweckmäßiger Zeitraum werden dreißig Jahre bezeichnet) und läßt den Unternehmern wesentliche Funktionen, tatsächlich aber werden sie zu Angestellten des Reichskohlenrats, ihre Betriebe zu „im Lohn arbeitenden Erzeugungsstätten". Denn sie müssen ihre Produkte zum Selbstkostenpreis an den Reichskohlenrat abliefern und erhalten nur nach bestimmten Grundsätzen festgesetzte Beiträge für Verzinsung, Investitionen usw. rückvergütet, außerdem eventuelle Prämien für Mehrerzeugung und Erzeugungsverbilligung, ebenso wie analog dem Vorschlag I die Angestellten und Arbeiter. Kapitalgewinn und Differentialrente sind also auch nach diesem Vorschlag im wesentlichen ausgeschaltet.

Dies in Kürze die wesentlichsten Punkte der Vorschläge der Sozialisierungskommission. Ob und wie weit sie Gesetzeskraft erhalten und durchgeführt werden, das wird nicht nur von den parlamentarischen Kräfteverhältnissen abhängen, sondern auch und in erster Linie von der Macht, die die Arbeiterschaft in die Wagschale zu legen vermag. Diese aber wird davon abhängen, wie weit die Arbeiterschaft, vor allem die unmittelbar interessierte Bergarbeiterschaft, imstande sein wird, wenigstens in dieser Frage geschlossen, einig und mit revolutionärer Entschlossenheit ihren Kampf um die Umwälzung der Wirtschaftsordnung zu führen.

* * *

Wir schließen den

Entwurf eines Kohlenwirtschaftsgesetzes

an. Es ist der in dem Artikel erwähnte Entwurf I, der die völlige Sozialisierung zum Ziel hat.

§ 1. Zu einem einheitlichen Wirtschaftskörper, der Deutschen Kohlengemeinschaft, werden vereinigt: die gesamten deutschen privaten und staatlichen Kohlenbergwerke — Steinkohle und Braunkohle — sowie die im Betriebe für Herstellung von Briketts, für Verkokung und Gewinnung von Nebenerzeugnissen, die aus der Verkokung im Werke unmittelbar entfallen. Die Deutsche Kohlengemeinschaft ist der Träger der Kohlenwirtschaft einschl. der genannten Nebenbetriebe.

§ 2. Die Deutsche Kohlengemeinschaft ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Sie verwaltet im gemeinwirtschaftlichen Dienst alle Angelegenheiten des Kohlenbergbaues und der in § 1 sonst genannten Betriebe. Sie regelt die Aus- und Einfuhr unter Berücksichtigung der von den zuständigen Behörden erlassenen allgemeinen Aus- und Einfuhrbestimmungen.

§ 3. Alle privaten und staatlichen Kohlenbergwerke und Betriebe nach § 1 werden gegen angemessene Entschädigung, erforderlichenfalls im Wege der Enteignung, in das Eigentum der Deutschen Kohlengemeinschaft übernommen. Diese hat das ausschließliche Nutzungsrecht. Die Rechte an unverritzten Feldern sind ihr gegen Entschädigung, nötigenfalls im Wege der Enteignung zu übertragen. Sie hat das ausschließliche Recht, Kohlenbergbau und Betriebe im Sinne des § 1 zu betreiben.

Das Enteignungsverfahren und die Grundsätze für die Festsetzung der Entschädigung für Enteignungen werden durch besondere Gesetze geregelt.

Die bestehenden Privatregale und Abbaurechte des Grundeigentümerbergbaues werden durch besonderes Gesetz aufgehoben oder auf die Kohlengemeinschaft übergeführt.

§ 4. Die Deutsche Kohlengemeinschaft regelt ihre vermögensrechtlichen Angelegenheiten selbständig und verwaltet sie auf Grund kaufmännischer Buchführung. Die Ueberschüsse fließen, soweit sie nicht im Einvernehmen mit der Reichsregierung zur Förderung der Kohlenwirtschaft verwendet werden, der Reichskasse zu.

§ 5. Die Festsetzung der Kohlenpreise bedarf der Genehmigung der Reichsregierung.

§ 6. Die Organe der Deutschen Kohlenwirtschaft sind: 1. der Reichskohlenrat (RKR.); 2. das Reichskohlendirektorium (RKD.).

§ 7. Der Reichskohlenrat besteht aus 100 Mitgliedern. Von den Mitgliedern werden gewählt: 15 von den Leitern der Bergbaubezirke und der Betriebe, 25 von den Arbeitern der Deutschen Kohlengemeinschaft, 10 von den Angestellten der Deutschen Kohlengemeinschaft, 15 von den verbrauchenden Industrien und 10 von den letzten Verbrauchern. Als Vertreter der Gesamtinteressen werden je 5 sachverständige Mitglieder von dem Reichstag und dem Reichswirtschaftsrat bestellt, 15 allgemein technisch und wirtschaftlich erfahrene Mitglieder durch den Reichskanzler ernannt. Von den bestellten und ernannten Mitgliedern dürfen nicht mehr als acht Reichs-, Landes- oder Kommunalbeamte sein.

Die näheren Bestimmungen über das Wahlverfahren für die erste und die späteren Wahlen erläßt der Reichswirtschaftsminister.

§ 8. Die Mitgliedschaft im Reichskohlenrat währt vier Jahre mit der Maßgabe, daß jedes Jahr der vierte Teil der Mitglieder ausscheidet.

§ 9. Der Reichskohlenrat gibt sich seine Geschäftsordnung.

§ 10. Der Reichskohlenrat bestellt das Reichskohlendirektorium. Dieses besteht aus fünf Mitgliedern, welche nicht Mitglieder des Reichskohlenrats sein müssen. Die Mitglieder werden vom Reichskohlenrat auf fünf Jahre ernannt. Sie können jederzeit durch einen mit Zweidrittelmehrheit nach Maßgabe der Geschäftsordnung zu fassenden Beschluß des Reichskohlenrats abberufen werden. Sie erhalten feste Bezüge.

§ 11. Das Reichskohlendirektorium gibt sich eine Geschäftsordnung, die der Genehmigung des Reichskohlenrats unterliegt.

§ 12. Das Reichskohlendirektorium hat einen Vorsitzenden und einen stellvertretenden Vorsitzenden, deren Befugnisse in der Geschäftsordnung geregelt werden. Sie sollen gemeinsam weitgehende Vollmachten zum selbständigen Handeln besitzen.

§ 13. Der Vorsitzende und der stellvertretende Vorsitzende des Reichskohlendirektoriums werden aus dessen Mitgliedern vom Reichskohlenrat bestimmt. Die Ernennung bedarf der Bestätigung der Reichsregierung.

§ 14. Das Reichskohlendirektorium führt die Geschäfte der Deutschen Kohlengemeinschaft auf Grund eines alljährlich beim Reichskohlenrat einzubringenden Wirtschaftsplanes und nach Maßgabe der Geschäftsordnung des Reichskohlenrats. Diese muß dem Reichskohlendirektorium diejenige Handlungsfreiheit und selbständigen Befugnisse gewähren, die zu einer wirksamen und gedeihlichen Geschäftsführung erforderlich sind. Hierzu gehört insbesondere das Recht, selbständig unvorhergesehene notwendige Ausgaben zu machen und in dringenden Fällen bis zu einer in der Geschäftsordnung zu bestimmenden Höchstgrenze Kredit in Anspruch zu nehmen. Das Reichskohlendirektorium ernennt die Leiter der Bergbaubezirke, und nach Anhörung derselben sowie der Betriebsausschüsse der Werke die Leiter der Bergwerke und sonstigen Betriebe.

§ 15. Der Reichskohlenrat hat die Oberleitung der Kohlenwirtschaft und die Ueberwachung der Geschäftsführung des Reichskohlendirektoriums. Insbesondere ist seine Zustimmung erforderlich für die Errichtung neuer Werke, Stillegung und Zusammenlegung von Betrieben, die Abgrenzung der Bergbaubezirke und der Betriebseinheiten sowie für den Abschluß der Tarifverträge (§ 21) und die Festsetzung der Preise der Bergwerksprodukte. Ferner genehmigt er den vom Reichskohlendirektorium aufzustellenden Bewirtschaftungsplan.

Die zwischen den Betriebsleitungen und den Arbeiter- und Angestelltenvertretungen abgeschlossenen besonderen Vereinbarungen sind zur Kenntnis des Reichskohlenrats zu bringen.

§ 16. Das Gebiet des deutschen Kohlenbergbaues einschließlich der Betriebe nach § 1 wird in etwa zwanzig örtlich und wirtschaftlich zusammenhängende Bezirke eingeteilt. Das Reichskohlendirektorium kann aus Zweckmäßigkeitsgründen einzelne dieser Betriebe von der Zuteilung an einen Bezirk ausnehmen und sich unmittelbar unterstellen.

§ 17. Jeder Bezirk wird einem Generaldirektor unterstellt.

§ 18. Die Generaldirektoren und die Direktoren der Kohlenbergwerke und sonstigen Betriebe werden durch Privatdienstvertrag auf Zeit angestellt. Sie erhalten feste Bezüge und Sondervergütungen nach Maßgabe der Betriebsergebnisse unter Berücksichtigung der in der Privatindustrie üblichen Sätze.

§ 19. Der Reichskohlenrat hat das Recht, den Kohlengroßhandel in gemeinwirtschaftlicher Form zu regeln. Enteignungen finden gegen Entschädigung statt; das Verfahren und die Grundsätze für die Festsetzung der Entschädigung werden durch besondere Gesetze bestimmt.

Die Verteilung des Hausbrandes liegt den Gemeinden ob, die sich hierzu genossenschaftliche Organisationen oder des Kleinhandels als ihrer Organe bedienen können.

§ 20. Aus- und Einfuhrhandel mit Kohle (Stein- und Braunkohle) und den Erzeugnissen der in § 1 genannten Betriebe werden vom Reichskohlendirektorium geleitet, das sich hierzu kaufmännischer Vermittlung bedienen kann.

§ 21. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen sind zwischen dem Reichskohlendirektorium und den zuständigen Gewerkschaften der Arbeiter und Angestellten zu vereinbaren.

Die Bezahlung der Arbeiter und Angestellten besteht aus festen Bezügen und aus Prämien entsprechend den Leistungen. Bei den technischen Angestellten ist die Leistung des Werkes, bei den kaufmännischen Angestellten und den Arbeitern ist die Gesamtleistung des Bezirkes der Berechnung der Prämien zugrunde zu legen.

§ 22. Für den Bereich jeder Zeche oder eines Betriebes des § 1 wird ein Betriebsrat und ein Betriebsausschuß nach den Vorschriften des Betriebsrätegesetzes vom 4. Februar 1920 gebildet. Die Betriebsausschüsse eines Bezirkes (Generaldirektionsbezirk) wählen einen Regionalrat, der aus fünf Mitgliedern, darunter mindestens je einen Vertreter der kaufmännischen und technischen Angestellten, besteht. Die Regionalräte haben ihre Spitze als Reichsausschuß in den Arbeitnehmervertretern des Reichskohlenrats. Die Befugnisse dieser Vertretungskörper werden, soweit sie über das Betriebsrätegesetz hinausgehen, durch Tarifvertrag festgelegt.

§ 23. Das Verhältnis der bergbaulichen zu den allgemein gesetzlichen Betriebsvertretungen wird durch eine von dem Reichswirtschaftsminister und dem Reichsarbeitsminister nach Anhörung des Reichswirtschaftsrats zu erlassende Verordnung geregelt.

§ 24. Die Reichsregierung hat vor Ausübung der ihr nach diesem Gesetz zustehenden Befugnisse (§§ 4, 5, 13) den Reichswirtschaftsrat anzuhören.

Die Sumpfpolitiker.

Der Korrespondenz Geyer, ein Organ der sogenannten Linken, die die Parteipresse mit Artikeln und Notizen für die Annahme des Moskauer Diktats versorgt, hat es der in der Leipziger Volkszeitung erschienene Artikel „Der Syndikalismus der Tat" angetan, der sich mit der nun zu Ende gegangenen syndikalistischen Aktion in Italien befaßte. Weil wir den dem Aufgebot an Opfern und Hoffnungen in keiner Weise entsprechenden Ausgang dieser Bewegung voraussahen und es für unsere revolutionäre Pflicht hielten, das auszusprechen und damit zugleich vor den außerordentlichen Gefahren des Syndikalismus überhaupt zu warnen, sind wir Sumpfpolitiker, schreiben wir im „Sinne der ärgsten Scharfmacher", entwickeln wir uns zu einer würdigen Kollegin des „Vorwärts" usw.

Es ist ein starkes Stück, die Verleumdung von Parteigenossen, die wir doch einstweilen wohl noch immer sind, soweit zu treiben, daß man die ebenso kühne als unwahre Behauptung riskiert, wir „triumphierten" über den italienischen Mißerfolg. Als einzigen Beweis dafür zitiert der Artikel der Geyer-Korrespondenz den einen Satz unseres Artikels:

„Am Ende der „revolutionären" Dinge in Italien wird ein höherer Tarif und ein dreimal höherer Brotpreis, also schließlich eine Verschlechterung der Gesamtlage der Arbeiterklasse, stehen."

Ob das ein Triumphgesang oder nicht viel mehr eine von Trauer und bitterem Ernst getragene Feststellung ist, überlassen wir getrost dem Urteil unbefangenerer Parteigenossen, als es die Leute von der Geyer-Korrespondenz uns zu sein scheinen. Sie möchten sich dann weiter ja im gleichen Zusammenhang über uns als „die dreimal heiligen Marxisten" mit nicht gerade überwältigender satirischer Begabung lustig machen; als solche „dreimal heiligen Marxisten" lehnten wir, so argumentieren sie, eine revolutionäre proletarische Bewegung nur deshalb ab, wenn und weil sie syndikalistisch sei. Und so stehen sie selbst wieder einmal da, die Geyer-Korrespondenzler, als die tüchtigen, die vorurteilslosen, die voraussetzungsfreien, rechten Revolutionäre und wir armen Schächer sind nur — ja, was sind wir eigentlich? — Marxisten. Aber wir gestatten uns doch die Geyer-Korrespondenz daran zu erinnern, daß es allerdings einmal einen gewissen Karl Marx gab, der den modernen Sozialismus begründete und der schon zu Lebzeiten einen ebenso gründlichen als siegreichen Kampf gegen die syndikalistischen Ideen führte. Und so gibt es nun auch noch — leider — in der modernen Arbeiterbewegung erbärmliche Subjekte, die sich noch immer Marxisten nennen. Kreuzigt sie!

Die Demagogie und der Fälschungstrick der Geyer-Korrespondenz ist leicht aufzudecken. Nicht deshalb lehnen wir als Marxisten eine syndikalistische Bewegung ab, weil sie syndikalistisch ist, sondern weil sie als syndikalistische Bewegung von vornherein zum Mißerfolg verurteilt ist. Das allerdings haben wir aus Marx gelernt. Die italienischen Vorgänge haben uns da nur — wir können wahrhaftig nichts dafür — recht gegeben.

Oder aber leugnet diese gewiß traurige Tatsache die Geyer-Korrespondenz? Sie versucht das allerdings, indem daß sie die Urteile einiger ausländischer Genossen zitiert. Merkwürdig! In keinem dieser Urteile, weder des „Populaire" noch des „Daily Herald" finden wir etwas, was unserer Auffassung widerspräche. Aus dem „Daily Herald" wird zum Beispiel ausdrücklich zitiert, daß nach Auffassung der Gewerkschaften Italiens das Ziel des Kampfes „die Kontrolle der Gewerkschaften über die Betriebe und Fabriken in der Metallindustrie und schließlich die Sozialisierung der Fabriken" gewesen sei. Ja, hat das nun etwa die Aktion der italienischen Arbeiter, die dem Proletariat ganz enorme materielle Opfer auferlegt hat, erreicht?

In letzter Minute hat zwar Giolitti für die Arbeiter von den Industriellen so etwas wie eine Betriebsräteverfassung für die Fabriken herausgeschlagen. War das das Ziel der Aktion? Steckt darin überhaupt ein Erfolg, der dem Aufwand und den an die Aktion geknüpften Hoffnungen entsprach? Wie kommt die Geyer-Korrespondenz so plötzlich dazu, von einem Klassenstaat anerkannte Betriebsräte als revolutionäre Errungenschaften auszugeben? Warum hat sie denn diese ihre überraschende Meinung so wenig beim famosen deutschen Betriebsrätegesetz zum Ausdruck gebracht und warum hat sie nicht die „Revolutionserrungenschaften" der Weimarer Verfassung gelobt und gepriesen? Wir loben uns allerdings da schon die Schlesische Arbeiterzeitung. Da sie eine der wenigen Parteizeitungen ist, die „restlos" für die Annahme der Bedingungen Moskaus eintreten, dürfte ihr Urteil gerade den Revolutionären der Geyer-Korrespondenz nicht ganz wertlos sein. Die Arbeiterzeitung ist ehrlich genug, in ihrer letzten Nummer (90) festzustellen:

„Diese „Aufsicht über die Fabriken" bedeutet natürlich nur ein platonisches Zugeständnis an die Forderungen der Arbeiterschaft. Es kann sich nur um ein Betriebsrätegesetz nach bewährtem deutschem Muster handeln."

Aber es gibt noch bei weitem seltsamere Dinge, die da im eigenen Lager unserer „garantiert echt revolutionären" Genossen vorgehen! Auch die Hamburger Volkszeitung, die der Korrespondenz Geyer so außerordentlich nahe steht, hat nicht einmal, sondern mehrere Male sehr deutliche und stark mißbilligende Werturteile über die syndikalistische Aktion von sich gegeben. Eine ihrer letzten vernichtenden Kritiken an dieser Aktion formulierte sie knapp und klar, sogar einen Satz unseres eigenen von der Geyer-Korrespondenz befehdeten Artikels herausgreifend, indem sie eine Schilderung des Endkampfes in Italien mit der Ueberschrift versah: „Der Berg hat ein Mäuslein geboren!"

O, dieser Sumpfpolitiker der Hamburger Volkszeitung! Seht, wie er über das italienische Proletariat höhnisch triumphiert! Ja, das ist — wir zitieren wörtlich aus der Geyer-Korrespondenz — wahrhaftig „ein Skandal, daß ein Blatt der revolutionären Unabhängigen Partei in solcher Weise kämpfenden Arbeitern in den Rücken fällt". Auch wir sehen wahrhaftig schon die Redakteure der Hamburger Volkszeitung, zu denen bis vor wenigen Tagen noch Dr. Kurt Geyer gehörte und die ganz in seinem Sinne und mit aller Kraft die Moskauer Orientierung betreiben, zu würdigen Kollegen der Vorwärtsredakteure sich immer mehr entwickeln. . . .

Aber die Korrespondenz Geyer wird schon dafür Sorge tragen, daß die Partei von solchen unrevolutionären Sumpfpflanzen gesäubert wird. Solange wird gesäubert, bis nur noch einer übrig bleibt, nämlich der Polemiker der Geyer-Korrespondenz. Der aber ist ein an Gedanken so reicher Kopf, daß marxistische und syndikalistische, sozialistische und anarchistische Ideen zwanglos und friedlich in ihm nebeneinander wohnen und sich behaglich fühlen dürfen, so daß also damit, in dieser Partei des Einzigen, für den würdigen Ausdruck aller weltrevolutionären Richtungen in ausreichendem Maße gesorgt ist.

* * *

Genosse Rudolf Tanneberger sendet uns ein Schreiben, worin er an die Bemerkung in unserm gestrigen Artikel: „Der Geist der Leipziger Volkszeitung und der Koenen-Geist der Lüge" anknüpft, daß Koenen ehrlicher ist als die Sonderkonferenzler Burke und Genossen, die sich dagegen wehren, daß sie die Leipziger Volkszeitung ausräumen, geschweige denn ausräuchern wollen. Genosse Tanneberger will nicht zu denen gehören, die so verfahren. Er erklärt, er habe in der betr. Konferenz nicht den Standpunkt vertreten, die Redaktion dürfe nicht gesprengt werden, er habe im Gegenteil ausgeführt, „daß die Personen Block, Liebmann usw. zu beseitigen sind, weil sie eine Schreibweise führen, wie sie im Interesse des revolutionären Proletariats, im Interesse der Weltrevolution schädlich ist.

Genosse Tanneberger begründet das wie folgt:

„In ihrer Nummer 187 sagt die Leipziger Volkszeitung im Artikel „Der Syndikalismus als Tat" am Schluß: „Am Ende der revolutionären Dinge in Italien wird ein höherer Tarif und ein dreimal höherer Brotpreis, also schließlich eine Verschlechterung der Gesamtlage der Arbeiterklasse stehen."

Es wird damit gesagt: Arbeiter gebt euch zufrieden mit den jetzigen Verhältnissen; wenn ihr daran geht, die Verhältnisse zu ändern, so müßt ihr die Kosten bezahlen. Das ist ein in den Rücken fallen der kämpfenden Arbeiter.

Es ist geradezu empörend von einer Zeitung, die revolutionär sein will und solche Personen, die diese Ansicht vertreten, müssen beseitigt werden im Interesse der Arbeiterschaft."

Es ist geradezu empörend, sagen wir, wie Genosse Tanneberger den für jeden denkenden Menschen klaren Sinn unseres Artikels entstellt. Wir brauchen eigentlich nicht erst zu sagen, daß den Arbeitern im Artikel nicht gesagt wird: „Gebt euch zufrieden mit den jetzigen Verhältnissen; wenn ihr darangeht, die Verhältnisse zu ändern, so müßt ihr die Kosten bezahlen." Der Artikel sagt vielmehr sehr klar und deutlich, daß die Arbeiter, um die Verhältnisse zu ändern, sich nicht der falschen syndikalistischen Methode der italienischen Arbeiter bedienen dürfen. Genosse Tanneberger scheint auf dem sonderbaren Standpunkt zu stehen, daß wir jede Bewegung von Arbeitern, die vorgibt oder sich einbildet, revolutionär zu sein, durch dick und dünn zu feiern und als Vorbild hinzustellen haben. Wir sind im Gegenteil der Ansicht, daß die Arbeiterschaft aus den Kämpfen des Proletariats in allen Ländern zu lernen hat und daß ihr deshalb gezeigt werden muß, wo eine Bewegung in falsche, verderbliche Bahnen gerät. Es ist die Pflicht eines wahrhaft revolutionären Blattes, in solchem Sinne Kritik zu üben und wir werden, unbekümmert um solche verfälschende Auslegungen, wie sie Genosse Tanneberger in geistiger Gemeinschaft mit der Geyer-Korrespondenz versucht, diese Pflicht auch weiterhin erfüllen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200924/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Die Organisationen zum Moskauer Diktat.

Markranstädt,

Die Parteigenossen der USP. in Markranstädt beschäftigten sich in zwei Versammlungen mit den Moskauer Bedingungen. In der zweiten Versammlung sprach Genosse Zipsel für die Bedingungen, Genosse Liebmann sprach dagegen. Es wurde folgende **Resolution mit 111 gegen 51 Stimmen angenommen:**

„Die Mitgliederversammlung der USP. in Markranstädt lehnt die Aufnahmebedingungen der 3. Internationale ab. Sie steht auf dem Standpunkte, daß nur durch engsten Zusammenschluß aller revolutionären Arbeiter das Ziel des Sozialismus verwirklicht werden kann. Die Versammelten bedauern, daß die Aufnahmebedingungen der 3. Internationale dieses Bestreben in keiner Weise fördern, sondern im Gegenteil nur zu einer weiteren Zersplitterung des Proletariats und Schwächung seiner Macht führen müssen. Die Versammelten fordern von der Parteizentrale und dem Parteitage, kein Mittel unversucht zu lassen, um eine Einigung aller auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes stehenden sozialistischen Parteien zu vollziehen. Diese Vereinigung ist auf der Grundlage aufzubauen, wo das Selbstbestimmungsrecht und alle zu treffenden wichtigen Entscheidungen nicht lediglich einer Zentralinstanz, sondern in den Händen der Mitglieder liegt. Die Versammelten erklären, daß sie nach wie vor bestrebt sein werden, die russischen Brüder in ihrem heldenhaften Kampfe zu unterstützen, und daß sie mit allen Kräften daran arbeiten werden, den Sieg der Weltrevolution über den Weltimperialismus zu erlangen."

Taucha.

Am Donnerstag beschäftigten sich die Genossinnen und Genossen des Bezirks Osten II der USP. Groß-Leipzig mit den Bedingungen zum Beitritt zur 3. Internationale. Genosse Fleißner sprach gegen, Genosse Meier für die Annahme des Diktats. Nach einer bis nachts 1 Uhr währenden Diskussion wurde mit reichlich Zweidrittelmehrheit folgende Entschließung angenommen:

„Die Mitgliederversammlung der USP. Groß-Leipzig, Bezirk Osten II, ist sich bewußt, daß zur Erringung des Sozialismus eine internationale Zusammenfassung der revolutionären Arbeiterparteien aller Länder der Welt eine dringende Notwendigkeit ist. Diese Zusammenfassung muß aber die Möglichkeit gewähren, den Klassenkampf nach den besonderen Bedingungen der einzelnen Länder zu führen und anerkennen, daß nur durch bewußtes Handeln der Massen selbst das Ziel zu erreichen ist. Da die gestellten Bedingungen diesen Voraussetzungen nicht entsprechen, lehnen die Genossen die Bedingungen ab. Trotz der Ablehnung werden die Genossen nicht aufhören, den russischen Klassenkämpfern wärmste Sympathie und tatkräftige Unterstützung angedeihen zu lassen."

Wurzen.

In einer sehr stark besuchten Generalversammlung der USP. Wurzens wurde nach einem Referat des Genossen Mucker einstimmig eine Resolution angenommen, die die Ablehnung der Moskauer Bedingungen fordert.

Dessau.

Am Freitag voriger Woche fand in Dessau eine Mitgliederversammlung der USP. statt, in der die Genossen Dittmann und Malzahn über die Anschlußbedingungen der 3. Internationale referierten. Am Mittwoch wurde die Debatte darüber zu Ende geführt. Die Versammlung stellte sich mit 85 gegen 34 Stimmen auf den Standpunkt, daß die Anschlußbedingungen abzulehnen sind.

Wahlen in Zeitz.

In der am Montag in Zeitz in einer Mitgliederversammlung vollzogenen Wahl der Delegierten zum Kreisparteitag wurden mit über 200 gegen 18 Stimmen 16 Genossen gewählt, die die Moskauer Bedingungen ablehnen. In der am Mittwoch vorher abgehaltenen Versammlung, in der Dittmann und Düwell referierten, hatten die Befürworter der Moskauer Bedingungen 282 Stimmen bekommen gegen 345 ablehnende. Die Abstimmung war auf Verlangen der „Linken" erfolgt, ehe die Schlußworte der Referenten angehört worden waren.

•

Wie die Moskauer Bedingungen zu erfüllen sind!

Der Avanti, das Zentralorgan der italienischen Sozialisten, veröffentlicht eine Forderung des Moskauer Exekutivkomitees, daß Turati, Modigliani und die andern gemäßigten Führer aus der Partei auszuschließen sind, weil die italienische Partei der 3. Internationale anzugehören wünsche.

Diese Forderung der Kommunistischen Internationale zerstört mit dankenswerter Deutlichkeit die Verschleierungsversuche jener „mutigen" Befürworter der Annahme des Moskauer Diktats, die die Genossen mit der wahrheitswidrigen Behauptung einzufangen suchen, daß die Moskauer Bedingungen, namentlich die Ausschlußbedingungen, nicht wörtlich auszuführen seien, daß sie „nicht so schlimm" gemeint seien.

In einer Leipziger Versammlung konnte man neulich die „beruhigende" Versicherung hören, daß Lenin nicht den Ausschluß Ledebours fordern könne. Ob dem Genossen, der das behauptet hat, die Veröffentlichung des Avanti endlich die Brüchigkeit seiner Beschwichtigungsversuche beweist?

Der Reichsfinanzminister über die Finanzlage.

In der Sitzung des Reichskabinetts führte der Reichsfinanzminister Dr. Wirth in einer längeren Rede nach dem amtlichen Bericht u. a. folgendes aus:

Im Jahre 1919 stellte die Reichsfinanzverwaltung einen **Haushalt auf, der ordentliche Einnahmen und Ausgaben** nach dem Soll in Höhe von **15,8 Milliarden** hatte, ferner **außerordentliche Einnahmen und Ausgaben** in der Höhe von **47,2 Milliarden**, somit gesamte Einnahmen und Ausgaben mit **63 Milliarden. Der Voranschlag für das Jahr 1920** sieht, wie er jetzt dem Reichstag zugeht, Einnahmen und Ausgaben in der Höhe von **33,8 Milliarden** vor, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß diejenigen Reichseinnahmen aus Steuergesetzen, von denen ein Teil den Ländern und Gemeinden zufällt, mit dem vollen Aufkommen in Einnahme und mit dem an die Länder und Gemeinden abzuführenden Betrage von 9,4 Milliarden Mark in Ausgabe nachgewiesen sind, so daß nach Abzug dieser Summe die eigentlichen **Ausgaben des Reichs im ordentlichen Etat sich auf 30,4 Milliarden belaufen. Der außerordentliche Etat** sieht Ausgaben vor in der Höhe von **39,7 Milliarden und Einnahmen von zwei Milliarden, hat also einen Fehlbetrag von 37,7 Milliarden.** In diesen Zahlen sind die reichseignen Betriebe, **Eisenbahn und Post, nicht** mit enthalten. Für sie wird vielmehr ein **besonderer Haushalt** aufgestellt, bei dem jetzt für die **Reichseisenbahnverwaltung ein Fehlbetrag von über 16 Milliarden und bei der Post ein Fehlbetrag von über 2 Milliarden feststeht.** Wenn es nun auch gelungen ist, den ordentlichen Haushalt bei höchster Anspannung aller Einnahmequellen **auf dem Papier zu balanzieren,** so verbleibt immerhin aus den nicht gedeckten Ausgaben des außerordentlichen Haushalts und der Post und Eisenbahnen ein **Gesamtfehlbetrag** von 37,7 + 18 Milliarden = **55,7 Milliarden Mark.** Bei den Ausgaben sind im außerordentlichen Haushalt allein **Aufwendungen aus Anlaß der Durchführung des Friedensvertrags** und seiner Vorverträge für das Rechnungsjahr 1920 **25 Milliarden** vorgesehen. Dazu kommen noch die finanziellen Anforderungen an das Reich für Entschädigungen **an Reichsangehörige** aus Anlaß des Friedensvertrags, welche geschätzt werden auf **17 Milliarden für Abtretung der deutschen Handelsflotte, auf 20 Milliarden für die Liquidation des deutschen Eigentums im Auslande, auf 10½ Milliarden für Ablieferung von Kriegsgerät usw., auf 13½ Milliarden nach dem Kriegsschädengesetz** vom 3. Juli 1916 sowie nach den in Vorbereitung befindlichen Kriegsschädengesetzen für Schäden im Ausland, in den ehemaligen deutschen Schutzgebieten usw. Die **Gesamtforderung für Entschädigungen an Reichsangehörige infolge des Krieges** beläuft sich demnach auf **131 Milliarden,** wobei das in den letzten Wochen erfolgte Sinken des Markwertes noch nicht berücksichtigt ist. **Nicht enthalten** sind in diesen Zahlen die Summen, die das Reich für Lieferungen und Leistungen zu vergüten hat, die als **Wiedergutmachung im Sinne des Friedensvertrags an die einzelnen Ententestaaten** bewirkt worden sind und weiter bewirkt werden, und deren Gesamthöhe sich überhaupt noch nicht absehen läßt. Die **Ist-Ausgabe** für das Rechnungsjahr **1919** sowie für das erste Drittel 1920 und der voraussichtliche Bedarf für die Zeit vom 1. August 1920 bis einschließlich 31. März 1921 wird sich auf mindestens rund **34 Milliarden** belaufen, wobei betont werden muß, daß es sich zum größten Teil noch keineswegs um endgültige Zahlungen, sondern nur um Vorschläge auf Entschädigungen handelt, deren Festsetzung oft kaum noch begonnen hat.

Für die **Besatzungsheere,** den Wiedergutmachungsausschuß und andre alliierte Kommissionen würden 14,9 Milliarden erforderlich sein.

Die **schwebende Schuld des Reichs** ist im Jahre 1920 und zwar bis zum 15 September um **47,5 Milliarden gewachsen.** Die diskontierten Schatzanweisungen und Schatzwechsel beliefen sich am 18. September auf 132,3 Milliarden Mark, wozu sich weitere Zahlungsverpflichtungen aus Schatzanweisungen und Schatzwechseln sowie Sicherheitsleistungen in Höhe von 19,4 Milliarden gesellen. Die **Gesamtschuld** mit Einrechnung der fundierten Schuld im Betrage von 91 Milliarden beträgt demnach **242,7 Milliarden. Dazu treten die den Ländern noch restlich abzunehmenden schwebenden Schulden und Zinsverpflichtungen** an die Länder aus Anlaß der Uebernahme der Eisenbahnen im Gesamtkapitalbetrag von **25 Milliarden** und die von den Ländern **verauslagten Beträge für Familienunterstützungen, Kriegswohlfahrtspflege usw. in Höhe von 16 Milliarden.** Diese Zahlen rechtfertigen wohl das Urteil, daß **unsre finanzielle Lage mehr als ernst bezeichnet** werden muß. Man darf sich deshalb nicht verwundern, daß **der Reichsfinanzminister der Erledigung der Besoldungsordnung,** die neue große dauernde Lasten bringt, **mit allergrößter Besorgnis entgegensieht. Das Besoldungsgesetz** vom 30. April 1920 erfordert an Grundgehältern, Ortszuschlägen und Teuerungszuschlägen (nach Durchschnittssätzen berechnet) **jährlich 9,9 Milliarden.** Die Mehrkosten einschließlich dessen, was die Nationalversammlung noch zugefügt hat, in Höhe von rund 2 Milliarden, betragen **7,5 Milliarden** gegenüber der früheren Besoldung. Der jetzt zur Entscheidung stehende sogenannte **Referentenvorschlag,** der übrigens im Benehmen mit allen Ressorts und den Beamtenorganisationen zustande kam, erfordert eine **Mehraufwendung von 824 Millionen** gegenüber dem Gesetz vom 30. April. Die jetzt noch geäußerten Wünsche der Beamten würden nach der Berechnung des Reichsfinanzministeriums eine **weitere Mehrforderung von wiederum 863 Millionen** rund bedeuten, wobei diesen Wünschen gegenüber noch besonders finanzpolitisch in Betracht kommt, daß sie auch in den Ländern und Gemeinden wiederum zu neuen Forderungen führen müssen und ebenso Rückwirkung auf die Tarifverträge der Angestellten sowie der Reichs- und Staatsarbeiter äußern würden.

Zeitungsgewerbe und Zwangswirtschaft.

In einer in München tagenden Konferenz der ersten Abteilung der Wirtschaftsstelle für das deutsche Zeitungsgewerbe wurde eine Entschließung angenommen, in der es unter anderm heißt: „Die erste Abteilung des Beirats der Wirtschaftsstelle für das deutsche Zeitungsgewerbe, in der anwesend sind: die Vertreter des Vereins deutscher Zeitungsverleger, der Verbände der evangelischen und katholischen Sonntagspresse, der Zeitungsdruckpapierindustrie, des Verbandes der deutschen Buchdrucker, des Verbandes der Buchdruckereihilfsarbeiter, des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, des Zentralverbandes der Angestellten und des Gewerkschaftsbundes kaufmännischer Angestelltenverbände hält einmütig die Beibehaltung der Kontingentierung des Zeitungspapiers auch weiterhin vorerst wenigstens für das letzte Vierteljahr 1920 für durchaus notwendig."

In der Begründung der Resolution wird gesagt: „Solange unser Wirtschaftsleben unter dem Druck schwerer Hemmungen steht und der lücken- und reibungslose Fortgang des Erzeugungsvorganges nicht sichergestellt ist, kann die Zwangsbewirtschaftung des Zeitungspapiers nicht entbehrt werden. Die ausreichende Belieferung der Zeitungsdruckpapierfabriken mit Holzstoffen und Zellstoffen, namentlich aber mit Kohle, und die Einflußnahme der Reichsregierung auf die Preisbildung erscheint nur auf der Grundlage der Zwangsbewirtschaftung als gesichert. Deren Aufhebung im jetzigen Zeitpunkt könnte dahin führen, daß die größeren kapitalkräftigen Zeitungen in der Lage wären, die gesamte Papiererzeugung an sich zu ziehen, wodurch die mittleren und kleineren Blätter zum Erliegen gebracht werden müßten. Die Unsicherheit der gegenwärtigen politischen Lage, die Bedrohung der Kohlenbelieferung durch die Bedingungen des Abkommens von Spa und durch die Zustände in Oberschlesien würden die Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung im gegenwärtigen Zeitpunkt als eine Tat volkswirtschaftlicher Leichtfertigkeit erscheinen lassen, gegen die schärfster Widerspruch erhoben werden muß. Solange die Zwangsbewirtschaftung nicht zu entbehren ist, kann naturgemäß auf das Fortbestehen der Wirtschaftsstelle für das deutsche Zeitungsgewerbe nicht verzichtet werden."

Demonstrationen gegen den Kartoffelwucher.

In Gotha und Magdeburg fanden am Mittwoch große Demonstrationen gegen die wucherisch hohen Preise der Kartoffeln statt. In Magdeburg wurden Plakate im Demonstrationszuge getragen, die die Aufschriften trugen: „Nieder mit den Schiebern und Wucherern," „Regierung hilf, oder wir helfen uns selbst!" Zu Störungen oder Ausschreitungen irgendwelcher Art ist es nicht gekommen. Wohl aber hat die Erregung der Bevölkerung auch auf den Oberpräsidenten der Provinz Sachsen einen nicht zu verhehlenden Eindruck gemacht, denn er hat nach eingehenden Verhandlungen mit Vertretern der Gewerkschaften, der Beamten und der Arbeiter sowie der Kommunalverbände bei der Reichsregierung den Antrag gestellt, den Erzeugerhöchstpreis für Kartoffeln auf 20 Mk. pro Zentner festzusetzen.

Die Demonstration in Gotha entwickelte sich aus Anlaß der Tagung des Gothaer Bauernbundes. Sie war von gewaltiger Wucht. Der Straßenbahnverkehr wurde dadurch teilweise unterbunden. Die Demonstranten zogen vor das Tagungslokal und verlangten sofortige Belieferung der Bevölkerung mit Kartoffeln zu einem 15 Mk. pro Zentner nicht übersteigenden Preise. Die erstere Forderung wurde sofort anerkannt. Über die Preise soll noch verhandelt werden. Doch hofft man zu einem annehmbaren Ergebnis zu kommen.

Der Kampf um Groß-Berlin.

Sowohl in der preußischen Landesversammlung als in der Groß-Berliner Stadtverordnetenversammlung entspannen sich am Mittwoch heftige Kämpfe um die Besetzung der Verwaltungsämter. Während die Gegner der sozialistischen Mehrheit in der Landesversammlung den Versuch unternahmen, im letzten Augenblick noch die Unwirksamkeit des Gesetzes zu erzwingen, wurden in der Stadtverordnetensitzung verzweifelte Anstrengungen gemacht, die Wahlen zu sabotieren. Die auf Unwirksamkeit des Gesetzes hinauslaufenden Anträge in der Preußenversammlung wurden einem Ausschuß überwiesen.

In der Groß-Berliner Stadtverordnetenversammlung ging es heiß zu. Für den Posten des Oberbürgermeisters war der bisherige Oberbürgermeister Dr. Wermuth in Aussicht genommen. Obwohl dieser selbst ein Bürgerlicher ist, wurde er von den bürgerlichen Parteien bekämpft, nicht weil man seine Qualifikation in Frage stellen konnte, sondern weil er in der letzten Zeit seiner Amtstätigkeit oft bewiesen hat, daß er für die Notwendigkeiten der qualvollen Gegenwart und Zukunft ein helles Auge hat. Nutzen konnten alle die Angriffe den Angreifern natürlich nichts. Wermuth wurde mit 107 gegen 50 Stimmen gewählt. Auch die Wahl des Stadtkämmerers, des Syndikus, des Stadtmedizinalrats, der vier Stadträte, des Maschinenbaudezernenten, wurde nach den Vorschlägen der sozialistischen Fraktionen vollzogen.

So ging der erste Wahltag unter heftigem Sturm zu Ende. Bei der Wahl des Oberstadtschulrats, für den der Genosse Dr. Kurt Löwenstein in Aussicht genommen ist, planen die Deutschnationalen noch ein besonderes Intermezzo. Während sie sich von allen anderen Wahlbeteiligungen demonstrativ fernhielten, erklärten sie, an dieser letztgenannten Wahl „mitwirken" zu wollen.

•

Berlin, 23. September. In der heutigen außerordentlichen Sitzung der neuen Berliner Stadtverordnetenversammlung erhielt bei der Abstimmung über den Posten des **Oberschulrats von Berlin Dr. Löwenstein** 109 Stimmen, Stadtschulrat Reimann 84 Stimmen und Köster (Hamburg) eine Stimme; außerdem wurden sechs weiße Zettel abgegeben. **Dr. Löwenstein ist somit zum Oberschulrat von Berlin gewählt.** Die Wahl des Stadtrats **Dr. Ritter zum Bürgermeister** von Berlin erfolgte mit 115 für ihn abgegebenen Stimmen; Dr. Scholz erhielt 52 Stimmen.

Der Krieg im Osten.

Die revolutionäre Propaganda als Kriegsnotwendigkeit.

Haag, 23. September. (TU.) Auf der **Friedenskonferenz in Riga** erklärten die **Vertreter Rußlands,** nach dem Zustandekommen des Friedens würden sie **jede Agitation fallen lassen,** ihre Nachbarn revolutionieren zu wollen. Die **revolutionäre Propaganda** sei für Rußland nur eine **Kriegsnotwendigkeit.** Bei der Unterzeichnung des **Brest-Litowsker Friedens** seien die Russen allerdings **entschlossen gewesen, den deutschen Imperialismus,** der ihnen einen ungerechten Frieden aufzwang, **mit allen Mitteln zu vernichten. Nach einem Verständigungsfrieden** würde aber Rußland **alle politischen und militärischen Waffen niederlegen.**

Kämpfe an der ganzen Front.

Moskau, 23. September. (Funkspruch.) **Russischer Heeresbericht** vom 22. September. Im Abschnitt Grodno haben wir auf der ganzen Linie den Vormarsch des Feindes zurückgeschlagen, sind zum Gegenangriff übergegangen und haben nach Kampf eine Reihe Ortschaften eingenommen. Im Abschnitt Wolkowisk dauern die Kämpfe mit wechselndem Erfolg an; wir haben Gefangene gemacht. Im Abschnitt Pruzany ist die Lage unverändert. Im Abschnitt Tarnopol stehen wir in hartnäckigem Kampf bei der Stadt Wolotschisk. Krimfront. Im Abschnitt Jekaterinoslaw führen unsere Abteilungen hartnäckige Kämpfe.

Die Polen berichten über erfolgreiche Vorstöße südlich Pinsk in der Richtung nach dem Styr und bei Kabryn und Puschany. Im Gebiet von Suwalki sollen die Kampfhandlungen zwischen Polen und Litauern weitergehen.

Spannung zwischen Litauen und Lettland.

Basel, 24. September. Wie Havas meldet, sind die Beziehungen zwischen Litauen und Lettland gespannt. An den Grenzen beider Staaten werden erhebliche Streitkräfte zusammengezogen.

Die litauische Regierung in Wilna.

Kopenhagen, 23. September. **Räterußland hat am 19. September den Friedensvertrag mit Litauen ratifiziert. Am 22. September sind die fremden diplomatischen Missionen,** sowie die **litauischen Regierungsbehörden nach Wilna übergesiedelt.**

Die polnischen Kommunisten über den Krieg.

Berlin, 23. September. (Eigne Drahtmeldung der L. V.) Die Rote Fahne bringt aus Moskau unter dem 22. September einen **Aufruf der Kommunistischen Partei Polens,** der besagt:

„Da sämtliche räuberischen Mächte des Kapitals sich vereinigen, um das Arbeiter-Rußland zu erwürgen, halten wir polnischen Kommunisten es für notwendig, dem Proletariat aller Länder vernehmlich zu erklären, daß wir nichts gemein haben mit den militaristischen Ueberfällen auf Sowjet-Rußland, daß wir diesen Krieg aufs schärfste verurteilen, daß wir die roten Soldaten nicht als Räuber, sondern als Verbrüderte betrachten. Das polnische Proletariat kämpft gegen den Krieg. Lüge ist es, daß der polnische Arbeiter Hand in Hand mit seiner Regierung gegen die Bolschewisten hetze.

Von Nah und Fern.

Eine ganze Familie durch Pilzgenuß vergiftet.

Breslau, 22. September. Eine hiesige Familie ist gestern nach dem Genusse auf dem Markt gekaufter Pilze schwer erkrankt; ein 21jähriger Sohn und eine 15jährige Tochter sind heute gestorben, der Vater liegt im Sterben. Die vier anderen Kinder hofft man zu retten, die Mutter, die nur wenig von den Pilzen gegessen hatte, blieb verschont.

Raubmord.

Berlin, 24. September. In der Linienstraße 75 wurde gestern abend der 70 Jahre alte Kaufmann Rudolf Engelmann ermordet und beraubt aufgefunden.

Bergrutsch.

Wien, 23. September. Auf der Strecke Tarvis Pontebba ist infolge eines Bergrutsches der Eisenbahnverkehr mit Italien unterbrochen. Die Strecke dürfte kaum vor 14 Tagen wieder hergestellt sein.

Diphtherieepidemie in London.

Paris, 23. September. Nach einer Radiomeldung aus London wütet dort eine Diphtherieepidemie.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:
Heinrich Fleißner in Leipzig.
Verantwortlich für den Inseratenteil:
Friedrich Piller, Borsdorf-Leipzig.
Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig

Zur Aufklärung!

„Kukirol," das schnell und sicher wirkende Mittel gegen

Hühneraugen, Hornhaut

Schwielen und Warzen ist in großem Format für die Käufer vorteilhafter, als in kleinem.

Da „Kukirol" lange Zeit haltbar ist, so wird es von jetzt ab nur noch in großem Format hergestellt, zumal der Preisunterschied nur 50 Pfg. beträgt. Preis des alten Formats Mk. 2.50, des neuen Mk. 3.—.

„Kukirol" ist in Apotheken und Drogerien erhältlich. *

Hühneraugen
Hornhaut, Schwielen u. Warzen
beseitigt schnell, sicher u. schmerzlos
Kukirol 1000000 fach bewährt
Preis Mk. 3.—, in Apotheken und Drogerien erhältlich.
König Salomo Apotheke, Grimmaische Str. 17.

Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200924/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

U.S.P.D. Groß-Leipzig

Parteisekretariat Tauchaer Str. 19/21, I
Telephon 18025

Belgershain u. Umg. Sonnabend, den 25. Sept., abends ½9 Uhr, **Mitgliederversammlung** im Gasthof zur Eiche, Belgershain. 1. Die U. S. P. D. und Stellung zur 3. Internationale. Redner: Gen. **Wendt**, Naunhof. 2. Diskussion hierzu. 3. Wahl der Delegierten zur Kreisgeneralversammlung. Jedes Mitglied muß unbedingt erscheinen. Zutritt nur gegen Mitgliedsbuch. D. V.

Böhlitz-Ehrenberg. Sonnabend, den 25. Sept., ½8 Uhr, **Mitgliederversammlung** in der Grünen Aue. 1. Die 3. Internationale. Referent: Red. Gen. **Hermann Müller.** Korreferent ist anwesend. 2. Freie Aussprache. Mitgliedsbuch berechtigt zum Eintritt. — Vordem um 4 Uhr Funktionärsitzung in der Grünen Aue.

Dölitz-Dösen. Sonnabend, den 25. September, abds. ½8 Uhr, **Mitgliederversammlung** im Restaurant zum Park. Tagesordnung: 1. Aussprache über die Moskauer Bedingungen. 2. Stellungnahme zur Delegiertenwahl zum Parteitag. 3. Vereinsangelegenheiten. Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert das Erscheinen Aller. D. V.

Eythra, Bösdorf und Großdalzig. Sonnabend, den 25. September, abends 8 Uhr, **Mitgliederversammlung** im Reichsadler zu Eythra (kleiner Saal). Tagesordnung: 1. Die U. S. P. und die 3. Internationale. Referent: Gen. **Karl Goetze.** Korreferent Gen. **Otto Burke.** 2. Freie Aussprache. Zahlreichen Besuch erwarten Die Vorstände.

Kleinzschocher. Sonnabend, den 25. September, abends 7 Uhr, **Fortsetzung der Mitglieder-Versammlung** vom 18. September. Aussprache, Parteiangelegenheiten. Zutritt nur gegen Mitgliedsbuch. Zahlr. Besuch erwartet D. V.

Lindenthal. Sonnabend, den 25. September, abends 7 Uhr, **Mitgliederversammlung** im Alten Gasthof. Tagesordnung: 1. Die U. S. P. und die 3. Internationale. Referent: Gen. **H. Fleißner.** Korreferent: Gen. **R. Ellroth.** 2. Verschiedenes. Mitgliedsbuch ist vorzuzeigen. Zahlreiches, pünktliches Erscheinen erwartet Der Vorstand.

Miltitz, Lausen und Rückmarsdorf. Sonnabend, den 25. September, abends ½8 Uhr, **Mitgliederversammlung** im Gasthof zu Miltitz. Tagesordnung: 1. Die U. S. P. und die 3. Internationale. Referent: Gen. **Rudolf Kühn.** 2. Freie Aussprache. Zahlreichen Besuch erwarten Die Vorstände.
NB. Die Vorstände dieser 3 Ortsvereine treffen sich 1 Stunde vor Beginn der Versammlung im Gasthof zu Miltitz.

Paunsdorf. Sonnabend, den 25. September, abends ½8 Uhr, **Mitglieder-Versammlung** im Restaurant Eichpark. Tagesordnung: 1. Bericht von der Generalversammlung. 2. Parteiangelegenheiten. 3. Mitteilungen und Verschiedenes. Zahlreiches Erscheinen erwartet Der Vorstand.

Rückmarsdorf. Sonnabend, den 25. September, abds. 8 Uhr, **Monatsversammlung** im Restaurant Stiefel. Wegen wichtiger Tagesordnung ist es Pflicht, daß alle erscheinen. D. V.

Wachau. Sonnabend, den 25. September, abds. 8 Uhr, **Mitgliederversammlung** im Gasthof zur Krone. Tagesordnung: Die U. S. P. und die 3. Internationale. Referent: Gen. **Gust. Ernst.** 2. Freie Aussprache. Zahlreichen Besuch erwartet D. V.

Wiederitzsch. Sonnabend, d. 25. September, abends 8 Uhr, **Mitglieder-Versammlung** im Restaurant Krell. Tagesordnung: Die Moskauer Bedingungen. Referenten: Genossen **Zipfel** und **Bruchardt.** Zutritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches. Um zahlr. Erscheinen bittet D. V.

Weisse Wand

Bruno Decarli u. Lee Parry
in dem ergreifenden Sittendrama
Sünden der Eltern.
6 Akte. 6 Akte.
Der Todes-Cowboy
Grosses Wildwest- 5 Akte. — 2 Schlager. — Sensations-Drama 5 Akte.
Elite-Programm! Elite-Programm!

Ziehung 25.—30. Okt. 1920
Geld-Lotterie
für die **Grenzspende**
d. Kreishauptmannsch. Dresden.
Hauptvertrieb: Invalidendank für Sachsen, Leipzig, Universitätsstraße 4.
Höchstgewinn im günstigsten Fall:
75000
Prämie **50000**
Gewinne **25000**
15000 usw.
Lose à 3 Mark (Porto und Liste 1 Mark) bei den Staatslotterie-Einnahmen und den durch Plakate kenntlichen Geschäften zu haben. L.

Gerade jetzt
kaufen Sie gut und sehr billig
Wachstuche und Reste
Markttaschen, Mappen, Betteinlagen, Linoleum, Bohnerwachs
und alle einschlägl. Artikel.
Tapeten.
Preise f. jeden erschwinglich.
BERNH. NESTLER,
Eisenbahnstraße 99.
Ecke Elisabethstraße.

Haarnisse
im Frauen- u. Mädchenhaar entfernt garant. sofort
Nisska D. R. G. M. 70825
Aufklärung kostenlos.
Fr. B. Mückenhaupt
Nürnberg L. 10.

In 1 Stde. unt. Garantie vernichten Sie Flöhe, Kopf-, Kleider-, Filz-
Läuse
i. Brut (Nissen) bei Mensch u. Tier mit „Kampolda" gef. geſch. Wund, unschdl. Verf. Schletterstr. 12; Gohl., Aub. Hall. Str. 57; Li., Josephstr. 17.

Metallarbeiter Verband
Geschäftsstelle: Volkshaus, Zeitzer Str. 30, I. r. Bureauzeit: vormittags 8-10, mittags 12-1, abds. 4-6, Sonnabends nur 8-1 Uhr. Tel. 1584
Die Bibliothek steht allen Mitgliedern unentgeltlich zur Verfügung und können Bücher während der Bureauzeit entliehen werden.
Krankmeldungen müssen gegen Einreichung des Verbandsbuchs innerhalb drei Tagen erfolgen.

Betriebsräte!
Die **Meldungen** für den **Unterrichtskursus** sind bis **Dienstag, den 28. September 1920** im **Bureau** einzureichen.

Schmiede, Kesselschmiede u. Lehrlinge
Dienstag, den 28. September, abends 7 Uhr, **Versammlung** im Volkshaus. Tagesordnung: 1. Vortrag über Versicherungswesen. 2. Nachwahl der Branchenleitung. 3. Verschiedenes.
Die Branchenleitung.

Achtung! **Klempner** Achtung!
Sonntag, den 26. September 1920:
Ausflug mit Frauen
nach **Canitz** bei Wurzen.
Abfahrt: Vormittags 8½ Uhr bis Wurzen. — Treffpunkt bis 8 Uhr in der großen Bahnhofshalle (sächsische Seite). Zahlreiche Beteiligung aller Kollegen und Lehrlinge erwartet Die Branchenleitung. — Gäste willkommen!

Patentanwaltsbüro Sack,
Leipzig, Brühl 2.

Lichtspiele Weltpanoptikum
L.-Lindenau Inh.: Willy Störmer Lützner Str. 19
Heute bis mit Montag:
Nur 4 Tage! **Ich** Nur 4 Tage!
beginne heute mit dem ersten Detektiv-Film
der neuen **Harry Hill** Serie 20/21
5 Akte! **Das unbewohnte Haus!** 5 Akte!
Verfolgung auf Leben und Tod!
Außerdem: **Die schöne Kläry Lotto** in dem ergreifenden Lebensbild
4 Akte! **Verbrannte Flügel!** 4 Akte!
Als Einlage: Das tollste aller Lustspiele
3 Akte! **Max als Jux-Graf** 3 Akte!
Verstärktes Orchester
12 Akte 12 Akte

LICHT-SCHAUSPIELHAUS
Vom 24. bis 27. September 1920
Der von Millionen von Theaterbesuchern mit größter Spannung erwartete
Courths-Mahler-Roman
Das erste Bild der Serie 1920/21.
Die schöne Miss Lilian.
Die Lebensschicksale einer Deutsch-Amerikanerin
5 Akte 5
Hauptrollen: Gertrud Welcker, Karl Auen, Fred Immler, Werner Funk.
Hierzu:
Krümelchen unter Alkohol.
Ein ganz tolles Lustspiel in 3 Akten.
Täglich Einlaß 5 Uhr. Sonntags, nachm. ¼4 Uhr: Große Familien- und Kindervorstellung mit Extra-Programm.
EISENBAHNSTR. 74 SCH

Ata
reinigt und scheuert alle Geräte aus Porzellan, Emaille, Holz, Metall, Glas, Stein, Marmor usw.
Bestes Scheuerpulver
für Haushalt, Gewerbe und Industrie.
Vorzüglicher Herdputz.
Ueberall erhältlich.
Henkel & Cie., Düsseldorf
Fabrikanten von „Sil" und Henkel's Bleich-Soda.

FILMPALAST
L.-Lindenau, Gundorfer Strasse 31.
Ab heute nur 3 Tage
Alleinige Aufführung für Leipzig-West!
Fern Andra • Bernd Aldor
in
Madame Récamier
oder: Des grossen Talma letzte Liebe.
Der schönste Film dieser Saison!
Dazu:
Bill Rixi kontra Schwiegermutter
Ein amerikanisches Lustspiel, welches alles bisher Dagewesene übertrifft.

Lichtspiele Zschocher
Telephon 40960 Inhaber: M. Raschke
Ab Freitag bis Montag:
Das große Elite-Programm
Henny Porten

in ihrem ersten Film der Serie 1920/21
Die goldene Krone
Schauspiel in 5 Akten nach dem Roman von Olga Wohlbrück.
Die Rache des Mexikaners
Sensationsdrama a. Wildwest in 5 Akten.
Einlaß ½5 Uhr. Anfang 5 Uhr.

Nur zeitiges Kommen sichert Plätze!

Vereinigter Spielplan vom 24. bis 30. September:
Das Tagesgespräch von Leipzig bildet nur allein das Rätsel der Kriminalistik
Judex
ab heute zusammen der
III. und **IV.** Teil, **8** Akte **4** Episoden!
5. Episode: Die unheilvolle Mühle. — 6. Episode: Die Auskunftei „Veritas". — 7. Episode: Die Dame in Trauer. — 8. Episode: Die Keller des roten Schlosses.
Die ungeheuerlichsten Sensationen und Spannungen!
Ferner: Rheinlands populärster Komiker **Carl Victor Plagge „Karlchen"** in dem brillanten 3aktigen Lustspiel:
Leute ohne Kinder
Ab 1. Oktober täglich persönliches Auftreten unseres beliebten **„Karlchen"**

Königs-Pavillon und **Welt-Theater**
Promenadenstr. 8, Fernruf 1927 — Barfussgasse (Markt), Fernruf 4870

Kasino-Lichtspiele Neumarkt Fernsprecher 19950
Spielplan vom 24. bis 30. September:
2 Schlager-Novitäten in Erstaufführung:
Maulwürfe
Das grosse äusserst spannende u. fesselnde **Detektiv-Drama** nach den Kriminal-Akten des **Polizei-Kommissars von Heyl** in **5** Akten.
Von Szene zu Szene — von Akt zu Akt ständig sich steigernde ungeheuerliche Spannungen!
Schön Gretels Leidensweg oder **Sturm**
Ein erschütterndes und kolossal packendes Lebens- und **Sittendrama** aus den Volkskreisen in **5** Akten
Motto: Unverstand und Eitelkeit
So vieler Mütter hier auf Erden
Sind und waren allezeit
Den eignen Kindern ein Verderben!
In der Titelrolle:
Grete Ly
Jugendliche unter 18 Jahren haben keinen Zutritt!
Wir bitten, möglichst schon die Nachmittags-Vorstellungen besuchen zu wollen.

In jedem unserer Theater täglich Anfang: 4, 5¼ und 8½ Uhr wochentags

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200924/4 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 24. September.

Parteiangelegenheiten.

Stadtverordnetenfraktion.

Sonntag, den 26. September, vormittags 9 Uhr: Wichtige Fraktionssitzung im Volkshaus, Zimmer Nr. 9. Das Erscheinen aller Mitglieder ist notwendig.

•

Nordbezirk. Sonntag, den 26. September, 9 Uhr vormittags, Funktionärsitzung im Nickau-Ausschank. Tagesordnung: Aufstellung der Kandidaten zum Parteitag. — Das Rundschreiben des Bezirkssekretariats ist genau zu beachten.

Konzertkommission eine halbe Stunde vorher.

Die Bezirksvertreter.

Ortsverein Leipzig-Gohlis. Parteifunktionäre. Sonnabend, abends 8 Uhr, im Ausschank Nickau (Jugendheim) wichtige Besprechung. Erscheinen aller notwendig.

Funktionäre des Ortsvereins Wahren! Sonnabend, den 25. September, abends 8 Uhr, wichtige Besprechung im Vereinslokale. Erscheinen aller ist notwendig.

Südbezirk, 23. Kreis. Freitag, den 24. September 1920, abends 7 Uhr, Goldner Stern, Lößnig. Aufstellung der Kandidaten für den Parteitag. Hierzu sind besonders die Ortsvereine Zöbigker, Crostewitz-Cröbern, Gaschwitz und Groß-Deuben eingeladen.

Der Bezirksvertreter.

Sommerfeld-Engelsdorf-Baalsdorf. Heute Freitag, abends 8 Uhr, im Böhmerwald Funktionärsitzung.

Bezirk Beucha (äußerer Osten). Für die Ortsvereine Beucha, Brandis, Borsdorf, Naunhof, Gerichshain, Ammelshain und Fuchshain findet Sonnabend, den 25. September, abends ½8 Uhr, Bezirkssitzung in der Guten Quelle zu Beucha statt. Tagesordnung sehr wichtig. Die Funktionäre müssen vollzählig erscheinen.

Albert Schlegel, Bezirksvertreter, Beucha.

Provokateur an der Arbeit.

Aus dem Bureau der K. P. D. Leipzigs wird uns geschrieben:

„Ein sogenannter ungarischer Flüchtling, der sich Berny nennt und einen in ungarischer Sprache ausgefertigten Ausweis vorweist, versucht Leipziger Arbeiter in die Falle zu locken. Er redet ihnen vor, daß in einem der nächsten Tage in Berlin und in anderen großen Städten eine gewaltige Aktion unternommen werden soll, die von keiner deutschen Partei, sondern „direkt von Moskau" veranlaßt sei. Die wichtigen Gebäude sollen in die Luft gesprengt werden. Zu diesem Zwecke wollte B. in der Wohnung eines Genossen Bomben niederlegen. Es handelt sich um einen Provokateur gemeinster Sorte. Wo er auftritt, veranlasse man seine Festnahme. Mit ähnlichen Subjekten, die sich zur Genüge in den Großstädten umhertreiben, verfahre man genau so."

Proletarische Bildungsarbeit.

Wie bereits durch Inserat angekündigt wurde, veranstaltet das Leipziger Arbeiter-Bildungsinstitut zehn Lichtbildervorträge für Arbeiter und Angestellte, die eine Einführung in zwei verschiedene Vortragsreihen sind. Genosse Dr. Popitz wird in fünf Lokalen über: Der Entwicklungsgedanke in der Natur sprechen. Für die Besucher dieser Vorträge, die sich tiefer mit diesem Problem beschäftigen wollen, sind Kurse im Zoologischen Institut, Talstraße, vorgesehen. Der erste Kursus beschäftigt sich mit dem Leben der Pflanzen, während im darauffolgenden Kursus das Leben der Tiere behandelt wird. Jeder Kursus umfaßt sechs Vorträge. Das Zoologische Institut mit seinem großen Hörsaal und einer Fülle besten Anschauungsmaterials ist die geeignetste Stelle für diese Lehrtätigkeit.

Ueber: Die Menschwerdung spricht Genosse Herre. Diese Vorträge bilden eine Fortsetzung der vom Genossen Dr. Popitz behandelten Wissensgebiete; auch diese Vorträge finden in fünf Lokalen statt. Die Vorträge des Genossen Herre sind die Einleitung zu einem Kursus: Die Entwicklung in Natur und Gesellschaft. Wenn Genosse Popitz den Entwicklungsgedanken in der Natur vom naturwissenschaftlich-darwinistischen Standpunkt aus behandelt, wird Genosse Herre die geschichtliche und soziale Seite des Entwicklungsgedankens hervorheben, den Entwicklungsgedanken in der Auffassung über die Natur als Grund für den Entwicklungsgedanken in der menschlichen Gesellschaft betonen.

Für diese beiden Kurse sind gleichfalls je sechs Abende vorgesehen, doch werden diese Kurse einer breiteren Zuhörerschaft geboten. In den Bezirken Osten, Süden, Westen und Norden wird je ein Bezirkskursus eingerichtet, um der Arbeiterschaft die beste Möglichkeit zum Besuch zu geben. Für die Teilnehmer der vorjährigen Vortragsreihe des Genossen Dr. Popitz: Naturerkenntnis, sind diese Kurse besonders zu empfehlen.

Begrüßenswert ist es, daß verschiedene Organisationen, die sich vornehmlich mit diesen Fragen beschäftigen, zur gemeinsamen Arbeit bereit sind. Der **Zentralverband proletarischer Freidenker** und die **Freireligiöse Gemeinde** sind gewillt, mit dem Arbeiter-Bildungsinstitut in dieser Richtung zusammenzuarbeiten. Es ist zu erwarten, daß die Arbeiterschaft der wissenschaftlichen Behandlung dieser Gebiete vollstes Verständnis entgegenbringt.

Der erste Lichtbildervortrag findet morgen **Sonnabend, den 25. September, abends ½8 Uhr, im großen Saale des Auguste-Schmidt-Hauses** statt. Redner: Genosse Dr. Popitz. Eintritt für jeden Lichtbildervortrag 1 Mk., Karte für jeden Kursus 3 Mk.

Arbeiter-Bildungsinstitut Leipzig.

Proletariat und Unehelichenfürsorge.

In der Deutschen Vereinigung für Säuglingsschutz hat Prof. Dr. Rott kürzlich einen Vortrag über die Unehelichenfrage gehalten, der jetzt als Sonderabdruck aus den „Beiträgen zur sozialen Hygiene des Säuglings- und Kindesalters" erschienen ist. Die Tatsachen, auf die diese Ausführungen zurückgreifen, gewähren uns einen überaus lehrreichen Einblick in die Zusammenhänge zwischen Unehelichenlos und Proletarierdasein.

Rott weist mit Recht auf die großen Nachteile hin, die die Unterbringung der unehelichen Säuglinge in Anstalten mit sich bringt. Die Entwicklung der Säuglinge bleibt zurück und die Kosten sind übermäßig hoch. Als Regelfall verlangt Rott darum die offene Fürsorge für die unehelichen Proletarierkinder. Und diese Fürsorge ist eine Aufgabe der Kommunen.

Was die offene kommunale Fürsorge zu leisten vermag, das hat uns die Statistik bewiesen. Durch den Ausbau der offenen Fürsorge hat die Sterblichkeit der Unehelichen eine große Herabminderung erfahren. In Dresden zum Beispiel starben im ersten Lebensjahre von 100 Kindern lediger Mütter im Jahre 1890 20 Prozent, und im Jahre 1915 nur 12 Prozent. Aehnliche Zahlen wurden aus andern Städten gemeldet. Aber auch, und das beweist den Wert der offenen Fürsorge, zeigen diese Feststellungen, daß die Sterblichkeit der Kinder in Familienpflege verhältnismäßig sehr gering ist. So starben in Hamburg im ersten Lebensjahre von je 100 aller Unehelichen im Jahre 1901 48 und 1914 10. Dagegen betrug die Sterblichkeit in der Familienpflege allein 1901 nur 17 Prozent der Gesamtzahl der Aufgenommenen, in den Jahren 1901—1909 nur 1,85 Prozent und in den Jahren 1912—1914 starb überhaupt nur ein Kind oder 0,33 Prozent.

Das zeigt uns, wie wichtig es ist, daß die Kommunen ihr Augenmerk auf einen Ausbau der offenen Unehelichenfürsorge lenken. Von welch großer Bedeutung für das Proletariat diese Fürsorge ist, beweist uns die Tatsache, daß im Jahre 1909 z. B. auf 100 Lebendgeborene an Unehelichen kamen: in Berlin 19, Breslau 20, Chemnitz 15, Köln 12, Frankfurt 13, Hamburg 14, Leipzig 20 und München gar 28,9.

Und welche Form der Familienpflege ist die beste? Die bei der eigenen Mutter oder die bei der Ziehmutter? Da haben die Feststellungen in Baden z. B. ergeben, daß die Pflege bei der fremden Mutter die beste ist! Und warum? Weil die eigene Mutter wegen des Zwanges zur Erwerbsarbeit nicht die Möglichkeit zur ordentlichen Pflege hat. Das ist der Kapitalismus! Die Mutterkinder hatten in Baden die doppelte Sterblichkeit!

Aufruf zur Besinnung!

Der Vorstand des Arbeiter-Abstinentenbundes schreibt uns: Vom 1. Januar 1921 ab dürfen Kartoffeln an die Brennereien verkauft werden. Aus allen Teilen des Deutschen Reiches kommen an den Vorstand des Arbeiter-Abstinentenbundes, Berlin SO 16, Nachrichten, die melden, daß allenthalben zum Zweck der Schnapserzeugung schon jetzt Kartoffeln aufgekauft werden, und zwar zum Preise bis **80 Mk. und darüber!** Hier kann der Proletarier und auch der ganze deutsche Mittelstand nicht mehr konkurrieren. Wenn nicht sehr schnell und sehr energisch eingeschritten wird, dürfte die ganze deutsche Kartoffelernte bald in den Händen der Hintermänner der deutschen Schnapsindustrie vereinigt sein. Wir rufen die Regierung, die Verwaltungsbehörden, alle Zeitungen, sonstige Organe wie überhaupt jeden Menschen, der noch Verständnis für die Leiden des deutschen Volkes hat, auf: sich mit uns zu einer energischen Aktion gegen diese Schandwirtschaft zu vereinigen. Die Aussichten für den bevorstehenden Winter sind so trübe, daß wir, wo es sich um Gedeih und Verderb unseres Volkes handelt, auffordern müssen zum Zusammenstehen in einer einheitlichen Front gegen diejenigen Elemente, denen nichts mehr heilig ist als ihr Geldbeutel. Wie man auch über die Frage des individuellen Alkoholgenusses denken mag —: mit der Angelegenheit, um die es sich hier handelt, hat diese Frage gar nichts zu tun. Wem daran liegt, daß Deutschland nicht verhungert, der **vereinigt sich mit uns zum schärfsten Protest gegen die Raubgelüste der deutschen Brenner!**

Die Beschaffungsbeihilfe für Erwerbslose. Zu der Notiz in der Leipziger Volkszeitung vom 22. 9. 20: „Eine Beschaffungsbeihilfe für Erwerbslose" teilen wir mit, daß die Auffassung, jedem Erwerbslosen stehe unter bestimmten Voraussetzungen ein Anspruch auf 4 bis 500 Mk. zu, unzutreffend ist. Die auch von andern Tagespressen nicht richtig wiedergegebenen Mitteilungen des Reichsarbeitsministeriums besagen nur, daß aus den 50 Millionen Mark, die das Reich bereitgestellt und aus den Mitteln, welche die Länder und Gemeinden dazugeben, im Durchschnitt auf den Kopf der langfristigen Erwerbslosen überschlächtlicher Berechnung etwa 400 Mk. entfallen würden. Die in Leipzig gezahlten Sonderbeihilfen sind im Einvernehmen mit dem Arbeitslosenrat festgesetzt worden und ist die Auszahlung derselben unter Berücksichtigung aller Gesichtspunkte in Leipzig am vorteilhaftesten geregelt worden. Es werden aber von einer ganz bestimmten Seite Gerüchte verbreitet, die den Zweck haben sollen, gewisse Stimmung bei den Arbeitslosen hervorzurufen, um diese zu unsauberen Machenschaften benutzen zu können. Deshalb warnen wir vor Provokateuren!

Der Arbeitslosenrat Leipzig.

ha. **Die Entschädigung für innere Unruhen.** Für das Verfahren zur Feststellung der Entschädigungen für Schäden, die durch innere Unruhen verursacht sind, hat die Reichsregierung mit Zustimmung des Reichsrats eine umfangreiche Verordnung erlassen. Entscheidend sind die Ausschüsse und das Reichswirtschaftsgericht. Sie führen die Bezeichnung „Ausschüsse zur Feststellung von Entschädigungen für Aufruhrschäden". Deren Sitz und Bezirke werden von den Landeszentralbehörden bestimmt. Sie bestehen aus je sieben Mitgliedern und Stellvertretern. Es sollen darin Landwirtschaft, Handel, Gewerbe, Handwerk, Arbeiterschaft und die freien Berufe vertreten sein. Jeder Antragsberechtigte kann sich in jeder Lage des Verfahrens diesem durch schriftliche Erklärung anschließen. Er kann sich eines Vertreters bedienen. Die Verfahrenssprache ist deutsch. Die mündliche Verhandlung findet in nichtöffentlicher Sitzung statt. Die Beschwerde wird beim Reichswirtschaftsgericht oder dem Ausschuß eingelegt.

Die Entwaffnung bei der Post. Die Beförderung von Militärwaffen, wesentlichen Teilen von Militärwaffen und Munition dafür ist vom Reichskommissar für die Entwaffnung der bürgerlichen Bevölkerung auch mit der Post verboten worden. Die Postanstalten sind deshalb jetzt vom Reichspostministerium darauf hingewiesen worden, daß Postsendungen von der Beförderung auszuschließen sind, wenn deren sichtbarer Inhalt aus diesen Dingen besteht. Es gilt dies auch dann, wenn der Inhalt nicht leicht entzündbar ist. Für die Prüfung der Frage, ob der Inhalt sichtbar aus den verbotenen Dingen besteht, gelten die Richtlinien für die Bekämpfung des Schleichhandelsunwesens und des Schiebertums sinngemäß.

Eine neue Gebührenordnung für Aerzte und Zahnärzte tritt am 1. Oktober in Kraft. Sie gilt in streitigen Fällen mangels einer Vereinbarung. Die erste Beratung eines Kranken in der Wohnung des Arztes kostet bei Tage 4—40 Mk., jede folgende 3 bis 30 Mk., bei Nacht 8—60 Mk., durch den Fernsprecher bei Tage 3—20 Mk., bei Nacht 8—40 Mk. Der erste Besuch bei Tage kostet 6—60 Mk., jeder folgende 4—30 Mk., bei Nacht 12—120 Mk., wird er sofort verlangt 15—150 Mk. Im übrigen sind viele hunderte von einzelnen Leistungen aufgeführt. Die höchsten Sätze gelten für Ohren-, Nasen- und halsärztliche Verrichtungen. Die teuerste Hilfeleistung überhaupt ist die Eröffnung des Labyrinths, für die 250—5000 Mk. verlangt werden können. 200—4000 Mk. kostet die Operation der Sinus-Thrombose, ebenso wie die Wirbelbogenresektion mit Durchschneidung der hinteren Nervenwurzel. Die Mindestsätze gelten für nachweisbar Unbemittelte oder Armenverbände, den Staat, milden Stiftungen und Krankenkassen, soweit nicht besondere Schwierigkeiten einen höheren Satz rechtfertigen. Auch in dringenden Fällen dürfen von den nach der Reichsversicherungsordnung Versicherten nur die Mindestsätze verlangt werden.

Waisenaussteuer auch ohne Waisenrente. Ein Anspruch auf Waisenaussteuer besteht nach einer Entscheidung des Reichsversicherungsamtes auch dann, wenn zuvor eine Waisenrente deshalb nicht bezogen worden ist, weil sie wegen verspäteter Stellung des Antrags nicht mehr gewährt werden konnte. Die Witwe eines Versicherten hatte aus Unkenntnis den Antrag auf Waisenrente zu spät gestellt. Für eine Waisenrente war es zu spät, nicht aber für die Waisenaussteuer. Nach der Ansicht des Reichsamts ist es nicht notwendig, daß Waisenrente vorher bezogen worden ist, wenn eine Waisenaussteuer bewilligt werden soll. Die Waisenaussteuer ist ein selbständiger Gegenstand der Versicherung. Sie hängt mit der Waisenrente nicht etwa derart zusammen, daß sie mit deren Ablauf nach Vollendung des fünfzehnten Lebensjahres ohne weiteres auszuzahlen wäre. Vielmehr bedarf es eines besonderen Antrags. Die Voraussetzungen des Anspruchs auf Waisenaussteuer sind besonders geregelt. Wenn der Anspruch auf Waisenrente auf Grund einer besonderen gesetzlichen Vorschrift weggefallen ist, so wird der selbständige Anspruch auf die Waisenaussteuer dadurch nicht berührt.

Leipziger Adreßbuch 1921. Der Verlag des Leipziger Adreßbuches hat soeben den Herren Hauseigentümern und Verwaltern die Hauslisten für den Jahrgang 1921 zur Verteilung an die Haushaltungsvorstände zugehen lassen. Es ist dringend geboten, daß die Haushaltungsvorstände die Listen persönlich ausfüllen, weil nur dadurch die genaue Schreibweise des Namens verbürgt wird und weil nur auf diese Weise die Wünsche der Eintragenden (Zusätze zur Berufs- oder Standesbezeichnung, Angabe der Sprechstunde usw.) zuverlässig erfüllt werden können. Auch diejenigen Gewerbetreibenden, denen eine besondere Eintragungskarte für ihr Gewerbe nicht zugestellt ist, mögen auf sorgfältige Ausfüllung der einzelnen Rubriken in der Hausliste achten, da diese Angaben auch als Grundlage für die Aufnahme im Gewerbenachweis dienen sollen. Die Abholung der Listen beginnt bereits am Donnerstag, den 30. September, weshalb sofortiges Ausfüllen der Liste angezeigt erscheint. Es empfiehlt sich ferner, Vorbestellungen auf das Adreßbuch gleichzeitig in die dafür vorgesehene Spalte der Hausliste einzutragen, da mit Schluß des Vorbestelltermins — 31. Oktober — der um 10 Mk. höhere Ladenpreis in Kraft tritt. — Im übrigen verweisen wir auf die Anzeige des Leipziger Adreßbuches 1921 in der heutigen Nummer.

Darlehnskassenscheine. Die Reichsschuldenverwaltung beginnt demnächst mit der Ausgabe von Darlehenskassenscheinen zu 2 Mk. vom 12. August 1914, die an Stelle des roten Nummern- und Stempelaufdrucks einen solchen aus lilaviolettem Farbe tragen. Die sonstige Ausführung der Zweimarkscheine ist unverändert geblieben.

Feldscheune in Dösen niedergebrannt. In den heutigen Morgenstunden brannte eine zum Stiftsgut der Stadt Leipzig gehörende Feldscheune in Dorf Dösen vollständig nieder. Das Feuer fand in dem Stroh und Heu reichliche Nahrung. Die Löscharbeiten der alarmierten Haupt- und Südwache, die mit zwei Schlauchleitungen arbeiteten, dauerten vier Stunden.

Pilzausstellung. Wenn das Wetter das Einsammeln von Pilzen erlaubt, veranstaltet das Naturkundliche Heimatmuseum gemeinsam mit der Städtischen Pilzbestimmungsstelle vom Sonntag, 26. September, bis Freitag, 1. Oktober, eine dauernde Pilzausstellung auf der Galerie in der Markthalle (Eingang vom Roßplatz). Die Ausstellung kann unentgeltlich besichtigt werden am Sonntag von 10 bis 5 Uhr, an den Wochentagen von 9 bis 1 Uhr und von 4 bis 7 Uhr. Zur Ausstellung geeignete Pilze werden während der Ausstellung gern entgegengenommen.

Elektrische Bahn Dürrenberg-Merseburg. Der Verkehrsverein schreibt uns: Es wird vielen Leipzigern noch unbekannt sein, daß die elektrische Bahn Dürrenberg-Merseburg schon vor mehreren Wochen in Betrieb genommen worden ist. Sie bietet eine gute Verbindung von Leipzig nach Merseburg über Dürrenberg und hat an jeden in Dürrenberg von Leipzig eintreffenden bezw. nach Leipzig abfahrenden Eisenbahnzug Anschluß, da in jeder Richtung alle halbe Stunde ein Zug verkehrt. In Merseburg hat die Bahn Anschluß an die elektrische Bahn von Merseburg nach Halle.

Staatliche Kraftwagenlinien. Vom 1. Oktober 1920 ab wird auf der staatlichen Kraftwagenlinie Leipzig-Merseburg Expreßgut im Einzelgewicht bis zu 30 Kilogramm zwischen Leipzig, Leipzig-Lindenau, Rückmarsdorf, Klein-Dölzig, Groß-Dölzig, Günthersdorf, Göhren, Zöschen, Wegwitz, Pretzsch, Wallendorf und Merseburg befördert. Die Annahme und Beförderung erfolgt wie bei Gepäck.

Eine Berichtigung. In Ihrem Bericht über die Versammlung in den Westendhallen bringen Sie einen Zuruf, in welchem behauptet wird, den Wahlvorschriften für Leipzig hätte der linke Flügel zugestimmt. Den Zuruf, der das verneinte, erwähnen Sie nicht. Ich stelle deshalb fest, daß der betreffende Beschluß nur gegen unsern Protest und gegen unsre Stimmen beschlossen wurde.

Mit Parteigruß Otto Burke.

Die Berichtigung des Genossen Burke stellt den Sachverhalt nicht richtig dar. Der Beschluß der Parteileitung wurde gegen die Stimmen des Genossen Burke und des Genossen Ellrodt gefaßt. Genosse Ellrodt hatte bei der Beratung vorgeschlagen, den Parteimitgliedern das Wahlrecht zu geben, die mindestens einen Wochenbeitrag im Juni entrichtet haben. Zur Empfehlung dieses Vorschlages hat Genosse Ellrodt mehrere Male gesprochen. Schließlich nahm Genosse Liebmann den Vorschlag Ellrodts auf und formulierte ihn als Antrag, der dann gegen die Stimme des Genossen Burke angenommen wurde. In der Vorstandssitzung des Kreisvereins vom 21. September sagte Genosse Ellrodt, er verlange, daß es den Richtungen überlassen bleiben solle, die Reihenfolge ihrer Kandidaten zu bestimmen. Weil nach dem Beschluß der Parteileitung die Reihenfolge der Kandidaten durch die Parteileitung festgesetzt werde, deshalb habe er gegen die ganze Vorlage gestimmt. Es ist also falsch, wenn Genosse Burke behauptet, der „linke Flügel" habe gegen den Beschluß protestiert und gestimmt. Protestiert hat in der Leitungssitzung nicht einmal Genosse Burke.

Knochen- und Kleinfleischverkauf. Freibank I: Nr. 1071 bis 1270. Freibank II: Kein Verkauf. Wolf-Kleinzschacher, von 9—11 Uhr Nr. 1—150, Fleisch- und Wurstverkauf; Schönberg-Feldstraße, von 8 Uhr an Wurst auf alle Nummern; Wilde-Gohlis, von 9 Uhr an auf alle Nummern Wurst; Hoffmann-Wächterstraße, von 9 Uhr an Wurst auf alle Nummern. Hädrich-Plagwitz, von 9—10 Uhr, Nr. 351—500, Fleischverkauf.

Lebensmittelkalender für Sonnabend, den 25. September.

Für Haushaltungen.

Anmeldung. Schweineschmalz: Letzter Tag — abzugeben Marke H (100 Gramm); Kriegsgefangenenmarke 6 (50 Gramm).

Ausgabe. Gefrierrindfleisch mit Knochen: Erwachsene 200, Kinder 100 Gramm und für jede Person 30 Gramm Talg.

Kokos- und Kunstspeisefett für Erwerbslose: Ausgabe im Schauamt, Nr. 9401—10200, vorm. 9—1 Uhr.

Polizeinachrichten.

Auffindung einer Kindesleiche. Am 19. September wurde auf dem hiesigen Hauptbahnhofe in einem Abteil 4. Klasse des 6.55 Uhr nachmittags von Hof eingetroffenen Zuges die Leiche eines mehrere Wochen alten Kindes weiblichen Geschlechts aufgefunden. Der Leichnam war in ein Kopfkissen mit weißem Ueberzug sowie in einige Lappen und das Ganze in einen Pappkarton verpackt, der mit starkem Papierbindfaden verschnürt war. Wer irgendwelche Beobachtungen hierzu gemacht hat oder sonstwie Angaben machen kann, die zur Ermittelung der Kindesmutter führen könnten, wolle sich umgehend bei der Kriminalabteilung oder der nächsten Wache melden.

Kleiderzerschneider noch immer am Werke! Jene Person, die, wie schon mehrfach berichtet, ihre Mitmenschen durch freventliches

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200924/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Zerschneiden der Kleidung schwer schädigt, treibt noch immer ihr Unwesen in Leipzig. Erst vor einigen Tagen ist wieder einem Passanten entweder in der Grimmaischen Straße oder auf dem Messplatze ein neues Jackett durch zwei etwa 5 cm lange Schnitte beschädigt worden. Es ist bereits mehrmals darauf hingewiesen worden, daß diese gemeingefährliche Person ihre Schandtaten nur in größeren Menschenansammlungen begehen kann. Es kann daher nicht nachdrücklich genug empfohlen werden, bei einem etwaigen Gedränge auch auf die Nebenstehenden nach Möglichkeit zu achten, damit es so möglichst bald gelingt, den Täter oder die Täterin unschädlich zu machen. Bei dem geringsten Verdacht übergebe man die verdächtige Person unter allen Umständen dem nächsten Polizeibeamten.

Eine Besinnungslose auf dem Hauptbahnhofsvorplatze beraubt. Eine Friseuse aus Venig, die infolge eines Herzkrampfanfalles auf dem Hauptbahnhofsvorplatze besinnungslos umgestallen war, vermißte, als sie sich wieder erholt hatte, ihre schmale schwarzledene Handtasche, die mit roter Seide gefüttert ist und 14 Mark sowie ein weißes Spitzentaschentuch enthielt. Die Tasche ist der Bewußtlosen offenbar gestohlen worden. Sachdienliche Wahrnehmungen an die Kriminalpolizei.

Wer kann Angaben machen? Am Dienstag, dem 14. September, nachmittags gegen 5 Uhr, ist am Hauptbahnhofvorplatz, zwischen dem Georgiring und der Goethestraße, eine junge Dame von einem vom Georgiring herkommenden Postkraftwagen, der sich infolge plötzlichen, starken Bremsens auf der schlüpfrigen Straße im Kreise herumdreht hatte, erfaßt und zu Boden geworfen worden. Sie kam unter den Wagen zu liegen und wurde anscheinend nur leicht verletzt. Passanten brachten die Verletzte nach der Sanitätswache im Hauptbahnhof. — Ferner sind am 4. September, nachmittags gegen ¾1 Uhr, auf der Kreuzung Blücher- und Berliner Straße, zwei Radfahrer zusammengestoßen, wobei beide zu Falle gekommen sind, jedoch nur einer von ihnen Verletzungen und Materialschaden an seinem Rade erlitten hat. — Zeugen der beiden Unfälle werden gebeten, sich baldigst bei der Krim.-Abt. zu melden.

Sächsische Angelegenheiten.

Das Siedlungswesen in Sachsen.

II.

In dem von der Landes-Siedelungsgesellschaft und der Sächsischen Zentralstelle für Wohnungsfürsorge veranstalteten Dresdner **Aufklärungskursus über das Siedlungswesen** sprach am zweiten Tage zunächst Regierungsrat Dr. Schettler über

das Reichssiedelungsgesetz.

Dieses sei aus der Notwendigkeit heraus entstanden, die Landbevölkerung dem Lande zu erhalten und darüber hinaus noch die in den Städten und Industriezentren überschüssig werdenden Kräfte auf das Land zu verpflanzen. Bei den ländlichen Siedlungsmaßnahmen sei aber Vorsicht geboten, **um nicht die Volksernährung zu gefährden.** Von den Landquellen, die das Gesetz vorsehe, werde die wichtigste die **Verpflichtung der großen Güter sein, Land zu Siedlungszwecken zur Verfügung zu stellen.** Hierbei werde die Aufteilung ganzer Güter kaum in Frage kommen. Ländliche Siedelungen werden unter den gegenwärtigen Zeitverhältnissen angesichts der Schwierigkeit, neue Gebäude zu errichten, regelmäßig nur dort geschaffen werden können, wo Gebäude dafür schon vorhanden sind. Soweit Bauerngüter, die von den großen Gütern aufgekauft seien, noch brauchbare Wohn- und Wirtschaftsgebäude hätten, könnten sie als geeignete Siedlungsstelle in Betracht kommen. Freilich bleibe dann immer noch die Schwierigkeit der Inventarbeschaffung zu überwinden. Leichter werde es deshalb sein, bestehenden **Kleinbetrieben, die die nötigen Wohn- und Wirtschaftsgebäude hätten und auch schon über Inventar verfügten, Land zuzuteilen.** Hierbei werde die Landessiedelungsgesellschaft, welche die Siedlungswünsche zu bearbeiten habe, sich nach den persönlichen Bedürfnissen des Siedlungslustigen zu richten haben, wieviel Land sie ihm vermittle. Das Siedelungswerk im Sinne des Reichssiedelungsgesetzes **durchzuführen,** werde wohl die **Arbeit einer Generation werden.** —

Ueber

Geld- und Finanzierungsfragen

verbreitete sich der Geschäftsführer Zehl der Landes-Siedelungsgesellschaft. Er erläuterte die Gründe für den **ungeheueren Geld- und Finanzbedarf** des Siedlungswerkes und die Unmöglichkeit, das Siedlungsproblem unabhängig von der Geldfrage zu lösen. Da bei der Siedlung hauptsächlich neue Werte erstellt werden, so treten hier die Produktionsmehrkosten mit allen ihren Folgen in Erscheinung. Die Finanzierung der Siedlung ermöglichten Reich und Staat, indem sie durch die Festsetzung des Dauerertragswertes den Geldbedarf in den rentabeln und unrentabeln teilten und nur die Finanzierung des ersteren der Sorge des Siedlers überließen, während der unrentable Bauaufwand zusammen mit den Gemeinden übernommen wurde. So sind zu diesem Behufe vom Reiche für Sachsen 1919 70 Millionen und 1920 45 Millionen Mark, vom Staate 1919 zirka 40 Millionen Mark (ein ähnlicher Betrag von den Gemeinden) und 1920 neuerdings 50 Millionen Mark aufgewendet worden. Zur Unterstützung der Siedler beteiligten sich die öffentlichen Gewalten auch an der Landes-Siedlungsgesellschaft, an den Bezirkssiedlungsgesellschaften, der Bauvereinsbank und den Baugemeinschaften, die als Finanzierungsinstitute durch Kreditvermittlung, Vorschußgewährung und als Großeinkaufsstellen zur Verbilligung des Mehrpreiswertes arbeiten. Die Finanzierung des Dauerkredits bei den Wohnheimstätten erfolgt für erststellige Hypotheken durch Sparkassen, Hypothekenbanken, für die nachstelligen durch öffentlich-rechtliche Geldgeber, Gemeinden, Kreditinstitute, durch Vermittlung der Gemeinden. Ferner sind für bestimmte Zwecke besondere Beträge zur Verfügung gestellt worden, bei denen der Siedler ebenfalls eine Unterstützung bei der Finanzierung findet, die insgesamt auf Wunsch durch die Landes-Siedlungsgesellschaft vermittelt wird. Wenn aber auch Geld eine große Rolle bei der Finanzierung der Siedlung spielt, so wird dieses doch nicht ausschlaggebend bei der Erstellung einer Siedlung sein, sondern stets die Persönlichkeit und der Wille des Siedlers selbst.

Als letzter Redner sprach dann noch Regierungsbaurat Stegemann über

Baustoffe und Baumöglichkeiten

Der Mangel an Kohle und das daraus folgende Fehlen der wichtigsten Baustoffe zusammen mit den ständig steigenden Löhnen drohe schließlich das ganze Bauwesen stillzulegen. Auch die auf den Markt gebrachten Ersatzbauweisen brachten keine durchgreifende Hilfe, da die hierfür erforderlichen Rohstoffe (Holz, Zement, Eisen) nicht oder nur zu hohen Preisen erhältlich sind. Dabei muß noch berücksichtigt werden, daß das Mauerwerk nur einen sehr geringen Prozentsatz des gesamten Baues ausmacht, so daß selbst Ersparnisse von 50 Prozent am Mauerwerk für die Gesamtsumme nur wenig bedeuten. Wenn wir aus der Not herauskommen wollen, ist dies nur möglich bei einer vollständigen Umstellung unsrer Anschauungen. Größte Bescheidenheit muß sich schon im äußeren Aufbau und im Ausbau des Hauses dartun. **Die Normierung und Typisierung des Kleinhauses ist weitestgehend durchzuführen.** An der **Deckung der Baustoffpreise** müssen alle Beteiligten mitarbeiten. Der Staat hat dabei mit gutem Beispiel voranzugehen und auf Konjunkturgewinne im Holzhandel für Kleinhausbauten zu verzichten. Durch gemeinnützige Baugemeinschaften und Materialeinkauf im großen ist eine Herabminderung der übrigen Baustoffpreise anzustreben. Die Frage der Selbsthilfe ist weitestgehend zu berücksichtigen. Allerdings darf dabei nicht außer acht gelassen werden, daß sich Hoffnungen, wie sie von urteilslosen Grünentischsiedlern propagiert werden, in der Praxis nicht verwirklichen lassen. Das praktische, vor allem das finanzielle Ergebnis wird meist weit hinter den Erwartungen zurückbleiben. Man mag die ganze Frage aber anfassen, von welchem Punkte man will, immer wird man zur Erkenntnis kommen, daß nur ein Weg uns Rettung zu bringen vermag, nämlich gemeinschaftliche Arbeit zum gemeinschaftlichen Aufbau!

Vom Verfassungsausschuß der sächsischen Volkskammer.

Der Verfassungsausschuß der sächsischen Volkskammer trat nach den Sommerferien am 21. September zum ersten Male wieder zur Beratung zusammen und wird bis zum Wiederzusammentritt des Landtags jede Woche Dienstag bis Freitag tagen. Der Ausschuß erledigte zunächst die noch ausstehenden Fragen zu Abschnitt 1 und 2 der Regierungsvorlage über die Staatsgewalt und den Landtag, so daß nun die Formulierung der einzelnen Artikel dieser Abschnitte durch den Unterausschuß erfolgen kann. Der wichtigste Beschluß, der gefaßt wurde, war der, daß in Zukunft eine Wahlperiode zugleich die Sitzungsperiode darstellt, die also vom Tage der Einberufung bis zum Tage des Ablaufs oder der Auflösung der Kammer dauert, so daß innerhalb dieser Wahlperiode keine Schließung des Landtages mehr stattfindet, sondern nur Vertagungen.

In der Mittwochsitzung wurde der Abg. Winkler (Soz.) an Stelle des Abg. Sindermann zum Vorsitzenden des Ausschusses gewählt, da der letztere infolge seines Gesundheitszustands in der nächsten Zeit nicht in der Lage sein wird, die Verhandlungen zu leiten. Zur Sache wurde beschlossen, daß verfassungsmäßig beschlossene Gesetze innerhalb eines Monats, im Dringlichkeitsfalle sofort, wenn nicht ein Volksentscheid gegen sie beantragt wird — bisher war keine Frist gesetzt — von der Regierung im Gesetz- und Verordnungsblatte zu verkünden sind. Die Bezeichnung des letzteren soll voraussichtlich im Sächsischen Gesetzblatt abgeändert werden. In Kraft treten sollen die beschlossenen Gesetze entsprechend Art. 71 der Reichsverfassung 14 Tage nach der Verkündigung, soweit nichts anderes bestimmt wird. Das der Regierung bisher zustehende Notverordnungsrecht soll ihr auch in Zukunft zugestanden werden. Die Bestimmung in der gegenwärtigen Geschäftsordnung der Volkskammer § 15, Abs. 4, betreffend den ständigen Ausschuß zur Vertretung des Landtages soll in entsprechender Formulierung in die Verfassung übernommen werden. Einen solchen Ausschuß auch für die zwischen zwei Wahlperioden liegende landtagslose Zeit bestehen zu lassen, wurde abgelehnt. Die Bestimmungen der Vorlage in Art. 22 (Zwischenausschüsse) und 51 (Verfassungsänderungen) wurden grundsätzlich vorbehaltlich anderweitiger Formulierung angenommen. Aus der Dienstagssitzung ist noch der Beschluß mitzuteilen, daß die Neuwahlen vor dem Ablauf der Wahlperiode und im Falle der Auflösung der Kammer spätestens am 60. Tage nach dieser Auflösung stattzufinden haben.

Am Donnerstag lehnte der Ausschuß die Einsetzung eines besonderen sächsischen Staatsgerichtshofes ab, ebenso lehnte er ab, die Frage der Staatsräte oder Staatssekretäre in der Verfassung zu regeln. Artikel 44 der Vorlage, Absatz 1, betreffend die Staatsaufsicht über die Religionsgesellschaften, wurde angenommen. Zu Absatz 2 wurde beschlossen, daß die Entscheidung darüber, ob eine Religionsgesellschaft Körperschaft des öffentlichen Rechts werden soll, nicht durch das Gesetz, sondern durch das Gesamtministerium erfolgen soll. Eine sehr langwierige und eingehende Aussprache rief Artikel 38, Absatz 4, der Vorlage hervor, wonach der Landtag in dem Entwurf des Haushaltplanes ohne Zustimmung des Staatsministeriums Ausgaben nicht erhöhen oder neu einsetzen können soll. Es wurde beschlossen, diesen Absatz zu streichen und an seine Stelle eine Bestimmung im Sinne von § 81 der bayrischen Verfassung zu setzen, wonach in solchen Fällen nach Verlauf einiger Zeit eine zweite Beratung stattzufinden hat, jedoch für die Abstimmung in dieser zweiten Beratung nicht die qualifizierte Mehrheit wie in Bayern zu fordern. Der Vorschlag, einen besonderen Finanzrat einzusetzen, wurde abgelehnt, schließlich wurde noch ein Antrag angenommen, eine Bestimmung in die Verfassung aufzunehmen, die dem § 9 des Reichsgesetzes über die Feststellung des Reichshaushaltplanes für 1919 entspricht, wonach Haushaltüberschreitungen und außerplanmäßige Ausgaben der vorherigen Zustimmung des Finanzministers bedürfen, die nur im Falle eines unabweisbaren Bedürfnisses erteilt werden darf und Beamte, die ohne diese Zustimmung eine Zahlung über den Haushaltplan hinaus anweisen, sich der Staatskasse gegenüber persönlich haftbar machen.

Das Finanzelend der Gemeinden.

Die sächsische Hauptstadt Dresden hat im laufenden Jahre einen Fehlbetrag von etwa 64 Millionen aufzuweisen. Die Straßenbahn allein hat trotz allen Tariferhöhungen ein Defizit von 14,6 Millionen, die Schulgemeinde von 17,8 Millionen. Neue Steuern, Gaspreiserhöhungen und ähnliche angenehme Ueberraschungen stehen den Dresdner Bürgern bevor.

Von der Eisenbahn in Sachsen.

Am 1. September 1919 waren im Bereiche der sächsischen Eisenbahnen 922, am 1. September 1920 im ganzen 924 vollspurige Lokomotiven im Betriebe. Somit hat sich die Zahl der betriebsfähigen Lokomotiven in einem Jahre nur ganz unwesentlich verändert. Sie ist aber andauernden, wenn auch nicht wesentlichen Schwankungen unterworfen und verändert sich von Monat zu Monat. So waren im August 1920 z. B. 938 betriebsfähige Lokomotiven vorhanden. Der Reparaturstand ist andauernd schlecht; während er im Frieden nur 16, höchstens 18 Prozent ausmachte, beträgt er jetzt andauernd über 40 Prozent.

Dresden. Der Rat der Stadt Dresden hat beschlossen, vierzig Millionen zum Bau von Kleinwohnungen bereitzustellen. In erster Linie sollen Dresdener Erwerbslose berücksichtigt werden. Die Vorbereitungen zur Durchführung dieser Maßnahme sind schon vor Wochen in aller Stille betrieben worden, um eine in Aussicht stehende neue Preissteigerung auf dem Baustoffmarkt zu verhüten.

Aus den Nachbargebieten.

Der Bürgermeister von Bitterfeld verhaftet.

Halle, 24. Sept. (TU.) Der Bürgermeister Fruhner in Bitterfeld wurde auf Veranlassung der Halleschen Staatsanwaltschaft wegen Verbrechens gegen das keimende Leben verhaftet.

Ein Raubüberfall durch Studenten.

Magdeburg, 23. Sept. Am 16. September wurde im Hause Alter Markt 28 in Magdeburg, abends in der elften Stunde, von zwei in das Haus gedrungenen Personen ein Raubüberfall auf die dort wohnende Witwe Pusch verübt. Geraubt wurden 1000 Mark in Gold und Silber sowie Brillantschmuck im Werte von 60000 Mark. Als Täter sind seitens der Kriminalpolizei jetzt der Enkel der Überfallenen, der Student Egbert Risse, und dessen Studiengenosse Walter Lindemann aus Köln ermittelt, die die Tat dort bereits miteinander verabredet hatten. Risse besuchte seine Großmutter einige Tage vorher in anscheinend harmloser Weise, und am genannten Tage, abends gegen 10¾ Uhr, ließ er den in verabredeter Weise vor dem Hause wartenden Lindemann in die Wohnung, und, im Begriff, sich schlafen zu legen, wurde die nichts Böses Ahnende überfallen. Risse wurde in Magdeburg, Lindemann in Köln verhaftet.

Aus der Umgebung Leipzigs.

Bezirksverband Grimma.

Die Bezugsvereinigung für den Web-, Wirk- und Strickwarenhandel des Bezirks Grimma bringt durch bestimmte Kleinhändler nachstehende Reichswaren zum Verkauf: Wachstuch-Schürzen 6.50 Mk., Handtücher 4 Mk., Kopfpolster (Kissenbezüge) 11.50 Mk., Futterstoff, bunt, Meter 9.60 Mk., Männerhemden, weiß, 45 Mk., Unterhosen (auch zum Umarbeiten sehr zu empfehlen) 15.50 Mk.

Bezugsberechtigt sind alle Inhaber von sog. „Ankaufsberechtigungsscheinen". Diese Scheine werden auf schriftlichen Antrag für Einwohner des Landbezirks von der Bezirksbekleidungsstelle in Grimma, Lange Straße 60, für Einwohner der Städte Colditz, Grimma und Wurzen vom betreffenden Stadtrat ausgegeben.

i. **Leutzsch.** Aus dem Gemeinderat. Der Kirchenvorstand hat an den Gemeinderat ein Schreiben gerichtet, worin er mitteilt, daß er grundsätzlich bereit ist, dem Antrag auf Aufhebung der kirchlichen Gebührenunterschiede bei Beerdigungen nicht evangelisch-lutherischer Gemeindemitglieder näherzutreten. Er bittet um Vorschläge, die dahin gehen müßten, daß für solche Gemeindemitglieder aus der Gemeindeverwaltung eine besondere Ausgleichsauflage eingeführt würde. Genosse Stope wies hierbei darauf hin, daß die Einwohnerschaft sich mit dieser ganzen Angelegenheit einmal in einer Versammlung beschäftigen müsse. — In die Einschätzungskommission wurden gewählt die Genossen Klotz, Hilbert, Steye, Neumann und die Herren Gemeindevorstand Colditz und Baumeister Artur Müller. — Mit Zustimmung des Betriebsrats wird bei den Gemeindearbeitern die Arbeitszeit auf 38 Stunden gegen tarifliche Bezahlung von 40 Stunden verkürzt, da die Lebensmittelverteilung der Gemeinde fast aufgehört hat. Gemeindeältester Klotz spricht hierbei die Hoffnung aus, daß diese Maßnahme sich eventuell später bei der Ausgabe von Holz und Kohlen wieder rückgängig machen lasse. — Nach dem Bericht des Verfassungsausschusses über die Antwort des Rates auf die Einmeindungsbedingungen wird auf seinen Vorschlag eine Kommission gewählt, welche die mündliche Verhandlung mit dem Rate aufnehmen soll. — Des weiteren beschäftigt sich der Gemeinderat mit der Deckungsfrage des Fehlbetrags des Haushaltplanes für 1920. Unsre Gemeindekasse hat einen Bedarf von 1 803 758 Mark, die Schulkasse 163 000 Mk., Gesamtbedarf 1 966 758 Mk., Deckungsmittel sind 332 000 Mk. vorhanden, mutmaßliche Erstattung der Reichseinkommenanteile vom Staate 1 134 782 Mk., so daß ein Fehlbetrag von 500 006 Mk. verbleibt, der von der Gemeinde durch Steuern aufzubringen wäre. Nach der gesetzlichen Erhöhung der Grundwertsteuer verbleibt nun noch ein Betrag von 270 000 Mk., der ungedeckt ist. Da die Fraktion der USP. die Erhebung jeder indirekten Steuer prinzipiell ablehnt, lehnt der Finanzausschuß die Deckung des Fehlbetrags durch Erhebung von höherer Grundwertsteuer ab und überläßt dem Reich die Deckung. Der Antrag des Herrn Gemeindevorstands Colditz, die Deckung des Fehlbetrags durch Grundwertsteuer oder ähnliche Steuern zu genehmigen, wird mit 14 gegen 7 Stimmen abgelehnt. — Beschlossen wird, bei der vorgesetzten Behörde um Genehmigung zur Errichtung eines Mieteinigungsamts nachzusuchen. — Zu der der Gemeinde als Sonderbeihilfe an Erwerbslose zur Verfügung gestellten Summe von 44 378 Mk. bewilligt der Gemeinderat noch 3698 Mk. Diese Sonderbeihilfe bekommen solche Erwerbslose, die in den dem 15. 8. 1920 vorhergehenden 6 Monaten insgesamt 13 Wochen oder innerhalb der dem 15. 8. 1920 vorhergehenden 8 Wochen insgesamt 6 Wochen erwerbslos waren.

ma. **Taucha.** Gemeinderatssitzung. Aus der letzten Sitzung ist mitzuteilen, daß die Stadt die Kartoffelversorgung selbst übernommen hat und daß in der geplanten Obstbaumanlage vorläufig nur Hochstämme angepflanzt werden sollen, da Buschobst jetzt kaum zu beschaffen ist. Die Mietpreise für die Wohnungen im Neubau in der Windmühlenstraße werden wie folgt festgesetzt: 8.25 Mk. im Parterre, 8.50 Mk. in der ersten, 8.25 Mk. in der zweiten, 8 Mk. in der dritten Etage pro Quadratmeter. Als einmaligen Fernsprechbeitrag hat die Stadt 6800 Mk. zu leisten. Beschlossen wird, die Verteilung der noch rationierten Lebensmittel der Bezugsvereinigung der Kaufleute vom 1. Oktober zu übertragen, die Kontrolle behält sich die Stadt vor, der Konsumverein soll die Fettwaren direkt vom Kommunalverband beziehen. Gutgeheißen wird der Nachtrag zum Statut über die Ruhestandsunterstützung der Hebammen. Für die Einlegung elektrischer Beleuchtung in den Werkstatt- und Küchenraum der Schule werden die Kosten in Höhe von 480 Mk. bewilligt. Aus Reichs-, Staats- und Gemeindemitteln haben die Erwerbslosen Beschaffungsbeihilfen in Höhe von 32 650 Mk. erhalten. Als Mitglieder für den Reichssteuerausschuß für die Stadt Taucha werden die Herren Stadtrat Räther und Vorarbeiter Krabisch, Stadtrat Sommer und Aktuar Schaarschmidt und als Stellvertreter Stadtv. Liebig, Steinmetz Blumenthal, Stadtv. Kirsten und Berthold gewählt. Die Krankenhausverpflegsätze werden von 2.70 Mk. auf 4 Mk. erhöht, für die Krankenkassen muß demnach auch eine Erhöhung von 1.50 Mk. stattfinden, im übrigen hat sich der Ausschuß mit der Anstellung einer Köchin beschäftigt, um eine bessere Kontrolle zu haben. Um der Wohnungsnot zu steuern und um Arbeit für die Erwerbslosen zu schaffen, regt Genosse Bobach den Bau von weiteren Wohnhäusern an. Der Bürgermeister teilt mit, daß er schon um weitere Baukostenzuschüsse nachgesucht habe.

gn. **Markranstädt.** Da der sächsische Staat überall Kohlenabbauflächen an sich gebracht hat, soll auf diesen nicht mehr gebaut werden. Die Stadt hat sich dagegen gewendet. Deshalb sind die Linien erweitert worden, so daß um die Stadt herum weiter gebaut werden darf. Der Staat zahlt jetzt 40 Prozent Ueberteuerungszulage an die von der Baugenossenschaft gebauten Häuser, soweit diese Erhöhung der Baukostenzuschüsse gefordert wird. Da nun die Stadt auch ein Viertel dazu beitragen muß, wird beschlossen, erst die Abrechnung des Antragstellers Urbanischek einzufordern. In den Steuereinschätzungsausschuß werden zwei Bürgerliche und drei Genossen gewählt, ebenso in die Stellvertretung. Die Herren Albert, Meister, Münder, Rost und Tänzer sind aktive, die Herren Hoppe, Drescher, Hofmann, Pleßing und Schulze sind stellvertretende Mitglieder. Mit den Aerzten, die die Untersuchung der Kinder in hiesiger Schule führen, ist man zum Abschluß eines Vertrages gekommen, der eine Entschädigung von 2.50 Mk. pro Kind und Jahr vorsieht. Den städtischen Beamten bewilligte man, da die neuen Gehaltsregulierungen noch nicht stattgefunden haben, 50 Prozent Ausgleichszahlung. Des weitern liegen zwei Einbürgerungsgesuche vor, dagegen ist nichts einzuwenden. Dem Gesuch des Gutsverwalters Schilde auf Erhöhung seiner Bezüge stimmt man zu und wird vorgeschlagen, ihn in Klasse 7 einzureihen. Größeres Areal wird zu Bauzwecken an ein gemeinnütziges Unternehmen abgegeben und wird zur Bedingung gemacht, daß nur hiesige Arbeiter dabei beschäftigt werden dürfen, auch muß innerhalb zwei Jahren gebaut werden.

Gewerkschaftsbewegung.

Betrachtungen zum Verbandstag des Deutschen Eisenbahner-Verbandes.

Von einem Delegierten des Verbandstages erhalten wir nachstehende Zuschrift:

Ziemlich plötzlich und unerwartet wurde der außerordentliche Verbandstag des D. E. V. vom Vorstand einberufen. Viele der Kollegen, die auf der Seite der Opposition stehen, werden darüber verwundert gewesen sein, zumal der Hauptvorstand noch vor einigen Monaten die Forderung der Opposition, einen außerordentlichen Verbandstag einzuberufen, nicht als berechtigt ansehen konnte. Man geht wohl nicht fehl, wenn man annimmt, daß der Hauptgrund der plötzlichen Einberufung der ist, daß der Hauptvorstand seine Position jetzt als befestigt ansah, als im Frühjahr dieses Jahres, wo die Gemüter durch die Schließung der Werkstätten und durch die monatelange Verschleppung des preußischen Lohntarifs in sehr erregter Stimmung waren. Die Rechnung war jedoch falsch, denn schon bei der Eröffnung zeigte sich eine ziemlich starke Opposition. Die Liste der Opposition zur Wahl des Bureaus wurde mit Majorität gewählt. Die Enttäuschung auf der andern Seite war selbstverständlich groß und machte sich Luft in einer von jener Seite sehr heftig geführten Geschäftsordnungsdebatte. Es wurde verlangt, daß sich die Opposition „demaskieren" solle, jedoch alle heftigen Angriffe konnten diese nicht aus ihrer kühlen Ruhe bringen. Nachdem sich die Gemüter nach den ersten heftigen Tagen beruhigt hatten, und nachdem auch die ehemalige Mehrheitspartei einsehen mußte, daß auf diesem Verbandstag ein andrer Wind wehte als in Jena, und als sie sah, daß die Opposition gewillt war, die Organisation zu einer wirklichen Kampforganisation auszubauen, gab sie ihren Widerstand auf.

Mit dem Ergebnis des Verbandstages kann man wohl zufrieden sein. Es muß dabei berücksichtigt werden, daß die Organisation 1916 neu gegründet wurde, mithin auch die Mitglieder noch nicht so gewerkschaftlich geschult sein können, wie in den andern freien Gewerkschaften. Deshalb ist es dem Verbandstag besonders hoch anzurechnen, wenn er ein Statut geschaffen hat, das mit allen übrigen Statuten der andern freien

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200924/6 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Gewerkschaften wohl verglichen werden kann. Bedauerlich ist es, daß sich für den von den Berliner Delegierten vorgelegten Entwurf eines Jugendstatuts keine Mehrheit fand. Die Richtlinien für den inneren Aufbau der Organisation wurden dahin abgeändert, daß die Bildung von Jugendsektionen angenommen wurde.

Von besonderer Bedeutung ist, daß mit dem Deutschen Transportarbeiterverband eine Arbeitsgemeinschaft unter dem Namen „Deutscher Verkehrsbund" gegründet wurde. Der Deutsche Verkehrsbund umfaßt vorläufig eine Mitgliederzahl von 1¼ Millionen und es ist zu erwarten, daß durch weitere Verschmelzungen sich die Mitgliederzahl noch um weitere Hunderttausend erhöhen wird. Durch die Gründung des Deutschen Verkehrsbundes ist der Grundstein zur Schaffung der großen Industrieverbände gelegt. Der Deutsche Verkehrsbund dürfte weiter ein ausschlaggebender Machtfaktor für das gesamte freigewerkschaftlich organisierte Verkehrspersonal bei der Erringung von besseren Lohn- und Dienstverhältnissen sein. Es ist nur zu hoffen, daß der Deutsche Verkehrsbund im Sinne des klassenbewußten Proletariats geleitet wird; wenn dies geschieht, so wird der Deutsche Verkehrsbund auch in andrer Hinsicht einen Machtfaktor bedeuten.

Erfreulich ist noch, daß es der Verbandstag der Reichsbetriebsrätekonferenz überlassen hat (am 3. und 4. Oktober in Berlin), das ihr zustehende Hauptvorstandsmitglied auf diesem Kongreß selbst zu wählen. Zu bemerken ist ferner, daß noch ein ganzer Teil sehr wichtiger Beschlüsse gefaßt worden ist, die aber nicht alle aufgeführt werden können. Die Zusammensetzung des Hauptvorstandes bürgt dafür, daß im Sinne der gefaßten Beschlüsse gearbeitet wird.

Ein Rückblick auf den Verbandstag zeigt, daß für die Eisenbahnbeamten und -arbeiter sowie für das gesamte Verkehrspersonal Großes geleistet wurde. Es liegt nun an den organisierten Angestellten und Arbeitern, durch restlose Organisierung der noch Fernstehenden dazu beizutragen, den angefangenen Bau zu vollenden.

Streik der Notstandsarbeiter in Solingen.

Solingen, 24. September. T. U. Hier sind die Notstandsarbeiter in den Ausstand getreten, da sie bei einer 30stündigen Arbeitszeit in der Woche und beim Vorhandensein von vier Kindern mit 196 Mk. Lohn sich schlechter stehen, als die Erwerbslosen, die bei der gleichen Kinderzahl und ohne Arbeit 240 Mk. wöchentlich in bar bekommen und dazu noch das Essen aus der Volksküche umsonst erhalten. Es ist nicht ausgeschlossen, daß aus demselben Grunde auch die sogenannten Kurzarbeiter der Solinger Gegend in den Ausstand treten, da sie bei dreitägiger Arbeitszeit wöchentlich höchstens 156 Mk. verdienen. Auch die städtischen Arbeiter, die sich ebenfalls schlechter stehen als die Erwerbslosen, drohen mit einer Arbeitsniederlegung.

Postangestelltenausstand in Wien.

Wien, 23. September. Die Pol. Korr. meldet: Die Postangestellten haben für Sonnabend früh wegen Nichterfüllung der Forderung der Besoldungsreform in allen Postämtern von Wien und der Provinz den Streik proklamiert. Gegen 20 000 Mitglieder des Gewerkschaftsbundes der Postangestellten sind beteiligt.

Aus der Partei.

Protokoll der Reichskonferenz.

Das stenographische Protokoll der Reichskonferenz der USP. vom 1. bis 3. September dieses Jahres ist fertiggestellt und mit dem Versand bereits begonnen. Das Protokoll umfaßt 234 Seiten und enthält die ausführlichen Berichte über die Verhandlungen in Moskau, wie sie von den Genossen Crispien, Däumig, Dittmann und Stoecker auf der Reichskonferenz gegeben wurden. Außerdem die ausführliche Debatte und die Schlußworte. Der Preis des Protokolls beträgt 5 Mk. Bestellungen sind umgehend zu machen.

Die beste Bekämpfung der Schundliteratur ist das Werben neuer Abonnenten für die Volkszeitung!

Das 1. Heft soeben erschienen:

Kommunistische Rundschau

Herausgegeben von

Ernst Däumig, Curt Geyer, Walter Stoecker

Aus dem Inhalt:
Walter Stoecker: Unser Ziel / Ernst Däumig: Der Moskauer Kongreß / H. Werner-Essen: Der Kern des Konflikts / Anna Geyer: Proletarische Neutralität in der Revolution? / Curt Geyer: Grundsätzliche Steuerpolitik / Wilhelm Koenen: Die Sozialisierung — eine Machtfrage / Richard Müller: Die Gewerkschaften, die Betriebsräte und die 3. Internationale / Bertha Braunthal: Die Frauen und die Internationale / Max Barthel: Die Revolte / G. Sinowjew: Der Zentralismus / Bücherbesprechungen

Preis des Heftes 1 Mark

Bestellungen an: A. Hoffmann's Verlag, G. m. b. H., Berlin O 27, Blumenstraße 22¹.

Einmaliges Angebot!

Wettermäntel
aus imprägnierter Seide in allen Farben
375.–
aus Gabardine, Coverlcoat, Gummiin
295.–

Wintermäntel
aus molligen, reinwollenen Flauschstoffen in verschiedenen Farben
395.–
aus Diagonalstoff in modernen Formen braun, grün, marine, schwarz
125.–

Jackenkleider
aus gezwirnten Diagonalstoffen in schönen, neuen Formen, teilweise a. reine Seide gefüttert
495.–

Täglich Eingang von Neuheiten!

Konfektionshaus Ebert

Größtes Spezialgeschäft für Damen-, Backfisch- und Kinderkleidung in Sachsen

Rettet Oberschlesien, kauft die Legreta-Gutscheinhefte!

Achtung! Achtung!

Billige und gute Schuh-Reparaturen

Herrensohlen von 34 bis 40 Mk.
Damensohlen von 24 bis 30 Mk.

Nebenarbeiten werden billigst mit ausgeführt.

Hauptannahmestelle: L.-Plagwitz, Gießerstraße 31.

Nebenannahmestellen: P. Thelle, L.-Kleinzsch., Eythraer Str. 4, pt. E. Polev, L.-Kleinzsch., Ratzelstr. 51, II. M. Deubel, L.-Lind., Lützner Str. 31. L. May, L.-Gohlis, Roonstr. 17. A. Dreihaupt, L.-Gohlis, Elsbethstr. 8, II. A. Derysch, L.-Eutritzsch, Kunadstr. 5. K. Taggeselle, L.-Connewitz, Kochstr. 118. G. Kutzschke, Großzschocher, Hauptstr. 49, II. M. Krasse, Großzschocher, Hauptstr. 82. L. Jänicke, Leutzsch, Hauptstr. 56. E. Selle, Eythra, Schulstr. 106. — Weitere Stellen folgen.

Zur Verarbeitung gelangt nur bestes Kernleder. Alle Reparaturen werden schnellstens ausgeführt.

Verband der Gärtner und Gärtnereiarbeiter

Bureau: Gewerkschaftshaus Hotel Viktoria

Unser diesjähriges

Dahlien-Fest

verbunden mit
Pflanzenverlosung, Blumenpolonäse
findet **Sonnabend, 25. September**
im festlich dekorierten Saale des **Felsenkellers**, Plagwitz, Karl-Heine-Str., statt.
Straßenbahnverbindung Linie 2 und 3.
Einlaß 5 Uhr. Das Festkomitee.

Aetznatron (Seifenstein)
wieder eingetroffen bei
Alfred Kriegel Nchf.
Lind., Merseburger Str. 70 u. Westend-Drog., Lützn. St. 194.

Johann Gottfried Seume
Ein literarisches Porträt
Ausgewählte Werke Seumes
Herausgegeben u. eingeleitet von **Wilhelm Hausenstein.**
Preis geb. 7.00, brosch. 6.00.
Leipziger Buchdruckerei A. G.
Abteilung Buchhandlung
Leipzig, Tauchaer Str. 19/21.
Postscheckkonto Nr. 53477.
Die Austräger und Filialen der Volkszeitung nehmen Bestellungen entgegen.

Licht- und Naturheilverfahren
F. H. Geißler Blutreinigungskuren. Sorgf. Behandlung. Vorausgehende gründl. Untersuchung der inneren Leiden mit Nachprüfung aus den Krankheitszeichen in den Augen. Sprechz. 9-12 3-5. **Pfaffendorfer Str. 14.***

Fußbodenlackfarbe
in gar. Friedensqual., kg **19** ℳ, hochgläns., harttrocknend und sehr haltbar. Billig! Vorstreichfarbe für Fußböden, kg **20** ℳ, erzeugt erstkl. Haltbarkeit! Wandsockellackfarbe, abwaschbar, braun, kg **12** ℳ, grau **19** ℳ. Lackfarbe in div. bunten Tönen, kg **18** ℳ, Möbel-Emaille, schneeweiß, gelbl., hellgrau, kg **30** ℳ. Fußbodenstauböl, raff., Ia., Pfund **6** ℳ, Firnis, garantiert rein, kg **28** ℳ.*
Kühnert & Co., Emilienstr. 42. Tel. 5719.

Hellemanns **Haarbalsam** gegen **Haarausfall.** Zu hab. **Bayerscher Platz. Ecke Nürnberger Str.***

Familien-Nachrichten

Plötzlich und unerwartet schied aus diesem Leben mein lieber, treusorgender und unvergeßlicher Mann, unser Pflegevater, Schwager und Onkel,

Herr Friedrich Otto Nürnberger.

L.-Lindenau, 24. September 1920
Kaiserstr. 61 In tiefer Trauer:
Luise Nürnberger nebst Angehörigen.
Beerdigung findet Sonnabend, den 25. September, vorm. 4/12 Uhr, vom Lindenauer Friedhofe aus statt.

Zurückgekehrt vom Grabe unseres lieben, guten, strebsamen Sohnes, Bruders, Schwagers, Enkels, Neffen und Onkels, meines innigstgeliebten Bräutigams

Friedrich Ernst Weichardt

der durch ein grausames Geschick im blühenden Alter von 23 Jahren aus unserer Mitte gerissen wurde, drängt es uns, allen denen, die ihn im Tode so ehrten, unseren innigsten Dank auszusprechen. Besonders danken wir der Jugend von Eythra, der Freiwilligen Feuerwehr von Eythra und Bösdorf, der Kretschmarschen Musikkapelle, der Turn- und Sportriege Eiche, Eythra, dem Ortsverein, dem Leipziger Spar- u. Bauverein, den Arbeitskollegen, sowie allen Freunden und Bekannten für den vielen Palmen- und Blumenschmuck, noch danken wir dem Herrn Pfarrer Schöpf für seine trostreichen Worte am Grabe und dem Kantor von Bösdorf und der Schuljugend von Eythra für den schönen Gesang. Dies alles hat unseren wunden Herzen wohlgetan. Dir aber, lieber Ernst, rufen wir alle ein „Ruhe sanft" in Dein allzufrühes Grab nach.

Eythra, den 21. September 1920.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

Soeben ist in unserm Verlage erschienen:
Gerhart Seger
Kunst und histor. Materialismus
Ein Beispiel neuer Kunstbetrachtung.
Preis 2 Mk.
Bestellungen nehmen Austräger und Filialen der Volkszeitung entgegen.
Leipziger Buchdruckerei A.-G.
Abteilg. Buchhandlung
Tauchaer Straße 19/21.

Jubiläums-Ausgabe

Leipziger Adreßbuch 1921

Die verehrlichen Haushaltungsvorstände werden hiermit gebeten, die ihnen durch die Herren Hauseigentümer oder Verwalter zugegangenen **Hauslisten für 1921** genau und leserlich auszufüllen und sie dann so schnell wie möglich weiterzugeben. Diejenigen Gewerbetreibenden, denen eine besondere Eintragungskarte für ihr Gewerbe nicht zugestellt wurde, bitten wir, die Rubriken der Hausliste möglichst genau auszufüllen, zumal diese Angaben auch als Grundlage für die Aufnahme im Gewerbenachweis benutzt werden. Haushaltungsvorstände, denen die Liste bisher nicht vorgelegt wurde, wollen gefälligst bei den Hauseigentümern und Verwaltern darum nachfragen und die Eintragung schleunigst vornehmen oder uns ihre Angaben ohne Verzug direkt einsenden. Die

Abholung der Hauslisten beginnt Donnerstag, den 30. September.

Wer das Adreßbuch zum Vorbestellpreise erwerben will, darf nicht übersehen, dies in die richtige Spalte der Hausliste einzutragen. Nach dem 31. Oktober tritt der um 10 Mark höhere Ladenpreis in Kraft.

Da die Bewohner Leipzigs das größte Interesse haben, ein möglichst vollkommenes und zuverlässiges Adreßbuch zu besitzen, so dürfen wir wohl erwarten, unsere oben ausgesprochene Bitte erfüllt zu sehen.

Leipzig, den 24. September 1920.
Königstraße 33.

August Scherl Deutsche Adreßbuch-G. m. b. H.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200924/7 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Leipziger Volkszeitung.

Feuilleton

Freitag, 24. September 1920

Züllinger und seine Zucht.

Von Konrad Loele.

13] Zeichnungen von Hans Albert Förster.

Denn keinesfalls darf die Kenntnis unseres Zuchtverfahrens ins Ausland durchsickern. Das würde sich aber niemals vermeiden lassen, wenn Sie sich selbst dieses Verfahrens bedienen wollten.

Sie verstehen mich! Ihre Dienstleute, Ihre Pflegerinnen, Ihre Ammen, kurz die ganze Masse des Volkes würde davon Kenntnis erhalten. Das wäre uns freilich an sich gleichgültig; denn unserer geliebten Untertanen sind wir sicher. Aber würde nicht durch die unbekannten schmutzigen Kanäle verruchter Spione diese Kunde über die Grenze dringen?

Sie wissen ja, meine Damen, daß jenseits unsrer schwarzweißroten Grenzpfähle tiefste Barbarei herrscht. Die verblendeten Völker sind in die Nacht der Tierhaftigkeit zurückgesunken. Die Schlinge der schändlichsten, sogenannten sozialen Idee hat ihnen die Gurgel der wahren Freiheit zerschnürt, so daß sie die heilige Größe, den unendlichen Segen des dreimal erhabenen Gelderwerbes kaum noch zu schätzen wissen. Diese wahnsinnigen, schurkischen Bestien sind glücklicherweise unserm eigenen eisernen Fleiße gegenüber von stinkender Faulheit, so daß sie von uns kaufen müssen. Aber sie benützen immer noch das Werkzeug eines teuflischen Friedensvertrages dazu, unerhörte Erpressungen an uns auszuüben. Könnten sie nun nicht vielleicht ganze Tausendschaften unsrer künstlich erzeugten, billigen Arbeiter räuberisch von uns verlangen, um uns so um die Früchte unsrer Erfindung zu bringen? Oder würden sie nicht gar in ihrem gewöhnlichen, aberwitzigen Mißtrauen argwöhnen, wir könnten ein Heer unsrer Züchtlinge gegen sie ins Feld rücken lassen? Sie könnten, wehe uns, die Herstellung der Züchtlinge verbieten!

Seht zu, daß unser Gemeinwesen keinen Schaden erleide! Bewahrt das Geheimnis in Eurem Busen, bewahrt auch fernerhin die Kinder in Eurem Schoße."

Diese langatmige Rede des Großgeldschaftverwesers befriedigte die Versammlung nicht völlig. Es kamen Zurufe, die Züchtung der Arbeiter würde ja wahrscheinlich auf die Dauer auch nicht verborgen bleiben, oder man brauche nur die Hausdienerschaft zu verblöden, um ihrer Verschwiegenheit sicher zu sein. Ja, einige kriegerisch gesinnte Damen stimmten die Nationalhymne an und wollten durchaus nichts von feiger Rücksichtnahme auf ausländisches Lumpenpack wissen. Die lautesten unter diesen Walküren waren gerade die, die vorhin bei Kyrileisons Vortrag ohnmächtig umgefallen waren.

Nun aber kam, von sechs kerzentragenden, geweihten Knaben umgeben, seine Höchstwürdigkeit der Großgottschaftverweser, und seine seimig triefende Zunge glättete für einen Augenblick die Widerspenstigkeit.

„Innig Geliebteste im Herrn! Aus meinem gesalbten Munde spricht unser Gott, wie die Zusammenkunft zur Zurückgestaltung der Gottmenschverknüpfung im Jahre des Heils 1932 einstimmig beschloß. Darum hört mich an: Wenn Euer Wunsch nach dem Willen des Höchsten wäre, könnte ich dann gegen Euch sein?

Gewiß nicht, Geliebteste! Ich bin eine Quelle aus der Tiefe seiner Weisheit, mein aufgetaner Mund ist nur die Einfassung des göttlichen Börnleins."

Hier lachten einige übermütige Frauen schamlos, aber der Großgottschaftverweser Oberdeutsch-Götzenleuchter beachtete sie nicht, sondern redete nur mit etwas erhobener Stimme weiter:

„Wenn Ich Euch nun warne, so warnt Euch der Herr! Bedenket auch dies: Die künstlich erzeugten, äußerlich menschenähnlichen Wesen sind ohne unsterbliche Seele, sie sind nur Fleisch und vergänglich wie Fleisch. Zweifelt Ihr daran? Die Halblinge haben nur eine halbe, die Angehörigen der Masse nur eine Viertelsseele. Nun sind aber die Tausende der Züchtlinge aus einer einzigen Frau aus der Masse auf künstlichem Wege entstanden. Berechnet Euch selbst, in wieviel Stückchen die Viertelsseele dieser Frau hierbei zerlegt worden ist und noch weiter zerlegt wird. Dieser unsagbar dürftige Seelenrest kommt für die Ewigkeit gewiß überhaupt nicht in Betracht.

Wollen wir uns nun mit seelenlosen Wesen auf eine Stufe stellen?

Euch sind, uns, den Oberdeutschen sind nach dem gleichfalls im Jahre des Heils 1932 gefaßten Ratschluß der göttlichen Offenbarung die vom Fegefeuer befreiten Paradiesesfreuden vorbehalten. Uns und unsern Kindern! Wissen wir aber, ob der Herr solcherlei Kinder, wie Ihr sie haben möchtet, als rechte Erben des Reiches anerkennen würde?

Können wir annehmen, daß sich die Seele im Kinde außerhalb des Mutterschoßes recht entfalten wird? Gott müßte das durch eine neue Zusammenkunft der Geistlichkeit erst noch beschließen. Er tut das nicht, sonst müßten wir, seine Diener, ja schon zusammengetreten sein. Verletzet, beleidiget und erzürnt die hohe und heilige Allmacht nicht mit schwerer Sünde!"

Er trat schnaufend ab; aus der hintersten Ecke des Saales drang die schrille Stimme einer ganz jungen Frau: „Der mit seinem dicken Bauch sollte selber erst mal Kinder kriegen! Laßt euch nichts weismachen; wir sind doch nicht von Dummsdorf!"

„Er soll der Masse was vorschwatzen," rief eine andre Stimme. Der Respekt vor der Geistlichkeit war unter diesen Damen gering. Das war kein Wunder, da die oberdeutsche Reichsverfassung ihnen die Anwartschaft auf das Himmelreich ohne weiteres von Staats wegen garantiert hatte; leichtsinnigerweise, und man hatte es auch schon oft bereut.

„Januschalk, nun zeigen Sie mal den Weibsleuten, was eine Harke ist!" ermunterten die beiden abgetretenen Reichsverweser den dritten.

Und schon stand mit einem einzigen Sprunge der elastische Großjunkerschaftverweser auf der Kanzel, seinen ungeheuren Schnurrbart streichend.

„Liebwerte Huldinnen! Schöne und löbliche Worte sagten Euch meine Amtsbrüder, aber Ihr wollt scheints nicht hören. Lassen wir doch auch ruhig das dies- und jenseitige Ausland außer Betracht. Halten wir uns an das Nächstliegende. Was würde die erste Folge Eurer hübschen Pläne sein? Bei der erhofften Leichtigkeit der Sache Dutzende von Kindern in jedem Hause! Haha! Welch Gewimmel! Eine einigermaßen gesunde Frau wird ohne große Mühe hundert Kinder . ."

Ihn unterbrach ein Gezisch, ein Quieken, grelles Geschrei, ein helltönender Sturm der Entrüstung. Aber die Entrüstung wurde zur Klage, die Wut zum Jammer. Es war unmöglich, Januschalks Zukunftsbild ohne weiteres ins Reich der Fabel zu verweisen. Das Entsetzen war groß, und man horchte mit offenem Munde.

„Ja, staunt nur! Stutzt! Wundert Euch! Aber das ist noch nicht das Schlimmste."

„Ach, wenn ich nur wenigstens eins von diesen an die Wand gemalten Kindern hätte!" seufzte Januschalks Frau bekümmert. Sie hieß Heilwik und war von stattlichem Wuchse, wohl an zwei Meter.

„Nehmt an, ihr klugen Frauen," fuhr Januschalk triumphierend fort, „nehmt an, eure Früchtchen kommen in den Brutraum. Dort hängen sie schockweise wie Würste im Rauchfang, eins neben dem andern. Aber sie müssen gedreht und gewendet werden, diese Spanferkelchen! Gut! Sie bekommen Nummern, damit sie nicht verwechselt werden. Wollt ihr euch denn die ganze Zeit daneben stellen? Sie wachsen und müssen dann und wann umgelagert werden. Glaubt Ihr denn, die Knechte in den Bruträumen seien zuverlässig? Sie werden aus Bosheit allerlei Dummheiten machen. Was wird nun mit größter Sicherheit geschehen? Ihr bekommt fremde Kinder zurück. Das wäre noch zu ertragen, wenn es nur wenigstens immer oberdeutsche Kinder . . ."

„Nein! wir wollen unsere eigenen Kinderchen wiederhaben!"

„Freilich, das wollen wir. Könnte aber nicht auch einmal ein ganz gewöhnlicher Massenzüchtling, ein Wechselbalg schlimmster Sorte, untergeschoben werden?"

Wehegeschrei übertönte seine Worte. Januschalk machte eine große Gebärde. Die Sturmflut der Klagerufe ebbte zurück, nur hier und da gellte wie ein vereinzelter Windstoß eine Beschwörung, ein Bruchstück eines Bittgebetes, der Anruf eines Heiligen durch den Saal.

„Was dann? Das Erbe, das Erbtum, das Erbteil, der Grundstock und Eckpfeiler jeder Sittlichkeit, jeder Gerechtigkeit und aller Gesetze ist in Gefahr!

Götterdämmerung! Ha, schon sehe ich's: es zittert, es bebt, es wankt und wackelt, es stürzt in gewaltigem Fall die goldene Krone unseres reinen Oberdeutschtums zusammen! Wollt Ihr das?"

Die Damen lauschten schweigend, vor Angst geduckt, keines Wortes mächtig vor Bestürzung. Aber die wie tausend Kreissägen klingende und knirschende Stimme des Redners hatte noch kein Erbarmen.

„Ihr kennt das Gesetz; eine kinderlose Frau kann, ja soll verstoßen werden um des gefährdeten Erbes willen."

Seine Frau Heilwik zuckte zusammen.

„Zu viele Kinder sind auch nicht wünschenswert. Was aber soll geschehen, wenn eine Frau falsche Kinder, vertauschte Wechselbälge, hat? O schaudervoll! o schaudervoll! höchst schaudervoll!"

Sein schmerzzerquetschtes Organ brach ab; die schweren Zornfalten seiner edlen Stirn rollten abwärts und zersprengten ihm das Monokel in einen Scherbenregen.

Da verwandelte sich der weite Saal in ein Tränenmeer, auf dem unzählige patschnasse Taschentücher schwammen. Das erstickte Schluchzen reumütigster Zerknirschung quoll auf wie Sumpfblasen, ein Haufe älterer, echt oberdeutscher Damen stürzte sich auf die Vertreterin der jungen Frauen, die für die Kunstbrütung geredet hatte, und hätte sie beinahe zerrissen.

Diese Gefahr war also abgewendet. Januschalk hatte vollständig gesiegt. Die Versammlung löste sich unter Treuschwüren zur guten alten Sitte auf.

„Archibald, deine Rede war furchtbar schön!" flüsterte Frau Heilwik noch ganz beklommen, als sie mit ihrem Mann den blumengeschmückten Galawagen bestieg.

„Sie war nötig," sagte Januschalk einfach.

„Archibald, würdest du mich verstoßen, wenn ich wieder kein lebendiges Kind bekäme?"

Der Großjunker, der sich eben zu einem verdienten Schläfchen in der Wagenecke zurechtgesetzt hatte, wurde ärgerlich.

„Was soll denn diese dumme Fragerei? Ich denke doch, es ist mit dir um Weihnachten soweit. Diesmal ist doch alles in Ordnung!"

„Ja freilich; aber es könnte doch auch wieder schief gehen."

„Rege mich nicht auf! Hier hat nichts schief zu gehen."

Januschalk knurrte noch etwas, dann ging sein Knurren in Schnarchen über.

Heilwik hätte es ihm gern nachgetan, aber ihre Sorgen ließen sie nicht schlafen. In den zehn Jahren ihrer Ehe war sie schon zehnmal guter Hoffnung gewesen, und jedesmal nicht länger als ein paar Monate. Daran war eine, wenn auch nur geringe Lustverseuchung Archibalds schuld.

Nun war auch diesmal ihre Hoffnung vorzeitig ins Wasser gefallen. Sie hatte es aber ihrem Mann bis jetzt verheimlicht; denn sie fürchtete seinen jähen Zorn.

„Wenn es jetzt nichts wird, fliegst du raus!" hatte er ernstlich gedroht. Sie hatte dem heiligen Polykarp ein Schock meterlange Wachskerzen versprochen, wenn die künstliche Kinderbrütung eingeführt würde; denn das konnte für sie nur von Vorteil sein. Nun waren diese Bestrebungen, die sie heimlich mit ihrem ganzen, nicht geringen Einfluß gefördert hatte, mißglückt. Ihr eigener Mann hatte auch diese Hoffnung im Keime erstickt.

Das Getuschel einer Freundin fiel ihr ein.

„Züllinger! Im Kraftwerk Knobbe. Der Erfinder der neumodischen, unterhaltsamen Hausknechte. Vielleicht könnte der helfen?"

Und während die sechs Hengste des Galawagens durch das Siegestor galoppierten, beschloß sie eine Wallfahrt zu diesem Wundermann.

(Fortsetzung folgt.)

Reform in den Arbeiterchören.

Von Barnet Licht.

Darüber, wie die Arbeiterchöre singen, will ich hier nicht Kritik üben, sondern ich will lediglich den kulturellen Stand beleuchten, den unsre Arbeiterchöre jetzt einnehmen und den sie eigentlich einnehmen müßten.

Vor dem Kriege, wo sie mehr als Kampforganisation betrachtet wurden und der Tendenzchor unsre Kämpfer anfeuern sollte, haben sie ihre Pflicht vollauf erfüllt. Wenn auch hier und da viel Liedertafelei eingeschoben wurde, so ist doch Herz und Geist hauptsächlich bei dem Freiheitschor geblieben. Jetzt aber, nach diesem Kriege, sollen unsre Chöre nicht nur Kampforganisation sein, sondern auch die musikalische Kultur übernehmen und eine Pflegestätte für höhere Kunst werden. Das Bürgertum steht sowieso — nicht nur politisch, sondern auch künstlerisch — vor dem Zusammenbruch (das beweist schon das Eingehen vieler Theater, Opern, Konzertvereine und Chöre, wie zum Beispiel des berühmten Philharmonischen Chors in Berlin unter Siegfried Ochs), da wäre nun die erste Frage: sind wir fähig, mit unsrer geringen Vorschulung das zu leisten, was das Bürgertum durch bessere Bildung und musikalische Schulung leistet und seit Jahrhunderten überkommen hat? Leicht wird es uns nicht werden, ein starker Wille gehört dazu, und der erste Grundstein muß vor allem bei der heranwachsenden Jugend gelegt werden. Jeder Arbeiterchor muß einen Kinderchor einrichten, wo den Kindern gute Aussprache gelehrt wird und zwei- und dreistimmige Lieder studiert werden. Auch sollte man den Versuch nicht unterlassen, Kinder, die viel Musikbegabung besitzen, Instrumente spielen zu lassen (Streich- oder Blasinstrumente), um mit der Zeit auch ein Orchester heranzubilden.

Doch das nur nebenbei, das wäre wieder ein Arbeitsfeld für sich. Zweitens müssen unbedingt gemischte Chöre gebildet werden, um in Zukunft die großen Meister Bach, Händel, Haydn, Mendelssohn, Schumann studieren zu können. Doch muß auch hieran mit Vorsicht herangegangen werden, gute Aussprache, etwas Tonbildung und Notenkenntnis müßten gelehrt werden. Nach längeren Jahren fleißigen Studiums der Vokalwerke könnte dann auch an Oratorien herangegangen werden, wie zum Beispiel „Die Glocke" vom Romberg oder Mendelssohns „Pilgerfahrt". Wenn der textliche Inhalt der Motetten von Bach uns nicht liegt, so wären sie doch die allerbeste Schulung, denn Gesangstechnik und reine Intonation lernt man nur in Bachschen Werken. Großer Mühe und Arbeit bedarf das, doch jetzt ist die Zeit da, den Grundstein zu legen, damit die nächste Generation leichter weiterarbeiten kann. Dabei dürfte der Männerchor, der bei uns bis jetzt die Grundlage bildete, nicht vernachlässigt werden.

Das Volkslied und unser Kampflied müssen mit Eifer weiterstudiert werden; wenn letzteres auch musikalisch nicht so auf der Höhe ist, so steckt darin doch viel innere Wärme. Vor allem müssen sich kleine Vereine verschmelzen und große Chöre bilden, um ordentliches zu leisten, denn die Kampfchöre unsres verstorbenen G. A. Uthmann bringen erst dann den echten revolutionären Geist zur Wirkung, wenn sie von Massenchören gesungen werden. In die Führer der Vereine und Gauverbände muß auch ein neuer Geist hineinkommen; Leute, die den Zeitgeist nicht erfaßt haben, müssen schleunigst beseitigt und dafür junge Kräfte, die auch fähig sind, kulturell organisatorisch zu wirken, eingesetzt werden. Die Liedertafelei muß ein für allemal ausgemerzt und die Programme müssen von Ausschüssen, in denen Fachleute sitzen, geprüft werden, damit die haarsträubenden Konzertprogramme endlich aufhören und dafür wertvolle geschaffen werden. Bei der Wahl der Dirigenten muß darauf geachtet werden, daß intelligente Fachleute, die kulturell fleißig mitarbeiten, gewonnen werden. Männer, die unsrer Richtung Begeisterung schenken, sollten von den Gauverbänden zu Vorträgen in den Vereinen verpflichtet werden. Ferner müssen die Gauverbände dafür sorgen, daß die kleinen Vereine, die sich den größeren Chören nicht anschließen wollen, vom Arbeitersängerbund ausgeschlossen werden, denn diese sind ein Krebsschaden für unsre neue Richtung.

Schafft endlich die übliche Bier- und Ständchensingerei ab, macht eure Vereine zu Kulturstätten!

Kleine Chronik.

Der Charakter der deutschen Kunst. Der Schillerverein will die „deutsche Seele" retten. In sechs Vorträgen! Der erste, von Professor Pinder, behandelte die bildende Kunst. Die ganze Einstellung zu den Fragen, wie sie in den einleitenden Worten zutage trat, war die übliche akademisch-professorale, die weitab von den tatsächlich wirkenden gesellschaftlichen Gesetzen ihr ideologisches Kartenhaus baut. Sehr schöne Lichtbilder von alten deutschen Kunstwerken folgten, die genau so ausgewählt waren, daß sie zu den aufgestellten Behauptungen vom Wesen der deutschen Kunst stimmten. Jeder Laie aber hätte an Hand z. B. der Naumburger Domfiguren oder des Gemäldes „Das Konzert" des Italieners Giorgione das Gegenteil des Vorgetragenen behaupten können. Ly.

Ansorges Beethoven-Nachmittag für das Arbeiter-Bildungsinstitut am Sonntag, 3 Uhr, im Kaufhaus bringt folgende Sonaten: d-moll op. 31, cis-moll op. 27 (sogenannte Mondscheinsonate), c-dur op. 53 (Waldsteinsonate), sowie das Rondo g-dur op. 129 (Die Wut über den verlorenen Groschen).

Verein der Kinderfreunde. Es besteht die Absicht, in einem der 6 Jugendkonzerte eine Vortragsfolge ausschließlich mit bisher unaufgeführten Tonwerken Leipziger Komponisten zu füllen. In Betracht kommen: Lieder, Cellosoli und Klavierstücke zu 2 und 4 Händen, die inhaltlich wie technisch dem Verständnis von Kindern im Alter bis zu 15 Jahren entsprechen. Leipziger Komponisten, die gewillt sind, hierfür Tonwerke zur Uraufführung kostenlos zur Verfügung zu stellen, werden gebeten, diese bis spätestens 1. November an den Leiter der Konzerte: Erich Liebermann-Roßwiese, Leipzig-Eutritzsch, Bleichertstraße 7, einzusenden. Rücksendung des Materials wird, falls Rückporto beiliegt, nach Möglichkeit, jedoch ohne Gewähr, bewerkstelligt.

Die Deutsche Dichter-Gedächtnisstiftung veranstaltet 5 Dichter-Abende. Der erste findet am 22. Oktober im Kaufhaus statt und ist Richard Dehmel gewidmet, aus dessen Werken Ferdinand Gregori vorträgt. Es folgen dann Clara Viebig mit eigenen Dichtungen, Lisa Tetzner mit einem Weihnachtsabend, Ottomar Enking (norddeutsche Erzähler) und Helene Fernau als Sprecherin und Sängerin vom Kind und seiner Welt. Die Preise betragen 1 bis 6 Mk. Näheres Lortzingstraße 13, Fernsprecher 1540.

Eingelaufene Schriften.

M. Beer, Der britische Sozialismus der Gegenwart (1910—1920). Verlag von J. H. W. Dietz, Stuttgart. Preis 5 Mk.

Ins Leben hinein. Für die Jugend zusammengestellt von Engelbert Graf. Verlag der Freiheit, Berlin. Preis 8 Mk.

K. E. Franzos, Romeo und Julia. Novelle. Nr. 1337 von Hesses Volksbücherei.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200924/8 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Aussprechen was ist!

Genosse Schurig sendet uns „im Auftrage" folgenden Artikel:

Immer brennender wird für die vorwärtsstrebende Arbeiterschaft, insbesondere für die USP.-Parteigenossen, die Frage des Anschlusses an die 3. Internationale. Vor genau einem Jahre tobte zum erstenmal dieser Geisteskampf. Permanente Führer unsrer Partei glaubten mit einer Handbewegung diese für das Proletariat eminent wichtige Frage beiseite schieben zu können. Wer will denn in der Partei nach Moskau, sagte man, Geyer, Braß, Könen. Sonst denkt kein Mensch daran. Wie alle Entwicklungsprozesse sich nicht aufhalten lassen, so auch der der 3. Internationale. Unklug ist der, welcher sich gegen das Rad der Entwicklung stemmt. Klarheit brachte bis zu einem gewissen Grade der Leipziger Parteitag. Hier kam der Gedanke des Anschlusses zum Durchbruch, wenn auch leider bedingt. Schritt für Schritt ging dieser Prozeß weiter bis zum jetzigen Stadium der endgültigen Entscheidung. Für das klassenbewußte Proletariat gilt es bei dieser Entscheidung zu prüfen, was die Ursachen des schimpflichen Zusammenbruchs der 2. Internationale waren. Der im Stadium des Zusammenbruchs befindliche Imperialismus und die 2. Internationale sind Kinder einer Epoche. Die 2. Internationale verdankte ihre Entstehung dem Umstande, daß das internationale Kapital, welches sich nach dem Kriege 1870/71 außerordentlich stark entwickelt hatte, organisch sich vereinigte. Dieser Organismus des internationalen Kapitals mußte naturgemäß ein internationales Solidaritätsgefühl der Arbeiterklasse hervorrufen. Der moderne Imperialismus zeitigte seine Konsequenzen expansiv in den verschiedenen Kriegen um die Jahrhundertwende. So der spanisch-amerikanische, der englisch-burische, der russisch-japanische Krieg usw. Die Arbeiterschaft in ihrer Mehrheit erkannte diese immense Gefahr nicht. Vielmehr erblickte sie eine kleine Kapitalisten-Clique und die in ihrer Hand befindlichen Monarchen als Urheber dieser Erscheinungen. Die sozialistischen Theoretiker der 2. Internationale verstanden es nicht, die Gedanken der Arbeiterschaft auf diesem Imperialismus zu konzentrieren. Die Erkenntnis in den Volksmassen einzuwurzeln, daß dieser Imperialismus die Hydra der Arbeiterklasse ist. Der gegenwärtige Imperialismus stützt sich insbesondere auf die metallungische- und damit im Zusammenhange die Kohlenindustrie. Seine Expansion in unentwickelte Länder, wo er sich seine Stützpunkte in Gestalt von Häfen, Städten und Eisenbahnen schafft, stärkt seine Position ganz bedeutend. Doch dies allein wird nicht hervorgerufen. Betrachten wir uns das imperialistische Ringen um die Rohstoffquellen der Welt. Es ist der Hunger nach den Rohstoffen, welcher jetzt besonders das deutsche Wirtschaftsleben niederzustrecken droht. Das allein muß uns schon beweisen, daß es ein törichtes Beginnen von uns wäre, wollten wir versuchen, auf nationaler Basis die Fragen der Arbeitslosigkeit, der Betriebseinschränkungen und Stillegungen usw. zu lösen. Also nur durch den internationalen Entscheidungskampf zwischen Kapital und Arbeit ist es möglich, aus diesem Dilemma herauszukommen. Alles andre bedeutet nur Sisyphusarbeit.

Es war eine der Grundursachen des Zusammenbruches der 2. Internationale, daß sie das Proletariat zu wenig auf die Geschehnisse der ganzen Welt hinwies. Vielmehr nährte sie den Gedanken, den Kampf nur für die allernächsten Aufgaben aufzunehmen. Der Mangel an Weitblick seiner historischen Weltaufgaben, welcher viel zu wenig im Proletariat geschärft wurde, trug die Hauptschuld daran, daß in jenen Augusttagen des Jahres 1914 die deutschen Arbeiter als Avantgarde der 2. Internationale anstatt gerüstet den Kampf gegen den Imperialismus aufzunehmen, begeistert und Siegeslieder singend sich als williges Werkzeug des Imperialismus gebrauchen ließen. Der Glaube an die unüberwindliche Kraft des Riesenproletariats war in den Arbeitern untergraben. Dies konnte nur geschehen, durch die vorhandene äußere und innere Struktur der 2. Internationale. In ihrem äußeren Aufbau föderativ, konnte jede sozialistische Richtung von den Linksradikalen bis zu den abstrakten Revisionisten sich darin tummeln. So zusammengesetzt war es wohl möglich, schön geformte Kompromiß-Resolutionen in die Welt zu werfen, aber niemals konnte ein ernstlicher Kampf gegen den internationalen Organismus des Kapitals aufgenommen werden. Von diesen Gesichtspunkten aus betrachtet, erscheint uns die Auffassung durchaus kleinbürgerlich, wenn immer wieder jetzt in den Debatten die Selbständigkeit der Partei verlangt wird. Nicht Parteipolitik, sondern Weltpolitik müssen wir treiben. Sonst verfallen wir rettungslos wieder in den Sumpf der 2. Internationale. Nicht selbständige Partei, sondern Mitglied der großen proletarischen Weltpartei. Nur so wird es möglich sein, den Weltkapitalismus niederzuringen. Fest fundamentierte Grundsätze und Bedingungen, gepaart mit eiserner proletarischer Disziplin müssen unsre Waffen sein. Dieselben Waffen entdecken wir ja auch bei unserm Gegner, dem Imperialismus. Von diesen Voraussetzungen ausgehend, wird man auch die in den Aufnahmebedingungen vorgesehenen periodischen Säuberungen der der 3. Internationale angeschlossenen Parteien betrachten müssen. Es erscheint dies sogar als unbedingte Notwendigkeit, will man nicht in die alten Fehler verfallen. Dies schließt durchaus nicht die freie Meinungsäußerung in taktischer Hinsicht aus, wie man es gern hinzustellen versucht. Mit einigen Worten sei auch die jetzt so viel umstrittene Agrarierfrage in Rußland erwähnt. Die Bolschewiki haben den Großgrundbesitz zerschlagen, das Land den Bauern gegeben, dadurch das Privateigentum gestärkt, also eine antisozialistische Politik getrieben. Man geht sogar soweit, zu behaupten, die Bolschewiki deshalb contre revolutionär. Die lagen die realten Verhältnisse bei der Uebernahme der politischen Macht durch die Bolschewiki im Oktober 1917? Tatsächlich hatten die Kleinbauern schon in der Karenski-Zeit Grund und Boden der Latifundien an sich gerissen. Die Bolschewiki haben es also nicht verteilt, sondern haben es lediglich dekretiert als Staatseigentum. Es wär natürlich nicht anders möglich, als daß man den Bauern das Land zur Bewirtschaftung überlassen mußte. Oder sollten etwa die Bolschewiki sich durch eine entgegengesetzte Politik die 80 Prozent Bauern, welche das Fundament der Sowjetrepublik bilden, vor den Kopf stoßen? Zweifellos wird die Agrarierfrage der Sowjetrepublik noch viel Mühe kosten. Wie steht es aber mit der Entwicklung der Agrarierfrage in Rußland? Ein Uebergangsstadium zum Kommunismus bilden die kollektiven Genossenschaften und Kommunen in der Landwirtschaft. Und diese Körperschaften sind in ständiger Expansion begriffen. Zum Vergleich seien hier wenigenige Zahlen erlaubt, welche beweisen, daß diese Kollektiv-Verbände wohl etwas mehr bedeuten, als etwa die landwirtschaftlichen Versuchsstationen in Deutschland. Beim Landwirtschaftskommissariat für Kommunen waren im Juli 1918 nur 342 Kommunen registriert, Ende August 523, Mitte Oktober 700, 1. November 1918 912 Kommunen. Am 1. November 1919 wurden 1921 Kommunen registriert. Da jedoch der russische Bauer noch etwas mißtrauisch den Kommunen gegenübersteht, zieht er die kollektive Genossenschaft vor. Diese entwickeln sich geradezu treibhausartig. Am 1. Juni 1919 zählte man 1380 landwirtschaftliche Kollektivgenossenschaften. Fünf Monate später gab es deren 4445. Nicht daß diese nur um die Industriezentren gruppiert liegen, sondern sie sind auf 21 Gouvernements verteilt. So betrachtet, muß man es schon als absurd ansehen, will man die Bolschewiki als antisozialistische Politiker hinstellen. Zu begrüßen wäre es, über die Fortenwicklung des russischen Agrarproblems wieder einmal authentisches Material zu erhalten. Es schaltet für einen objektiven Beurteiler der Verhältnisse das Urteil einzelner Genossen aus, welche drei oder vier Wochen einmal in Moskau waren und davon schließlich die meiste Zeit auf dem Kongreß oder in den Sitzungen zugebracht haben.

Mit besonderer Emphase heben die Gegner des Anschlusses an Moskau hervor, daß nach vollzogenem Anschluß jegliches Mitbestimmungsrecht der Parteigenossen aufhört. Hierzu sei bemerkt: Man kann nicht verlieren, was man nicht hat. Betrachten wir doch beispielsweise das Organisationsgebäude unsrer Partei in Leipzig. Formell ist dasselbe einwandfrei wohl auf demokratischer Grundlage aufgebaut. Doch wie steht es in der Praxis? Schon über die Generalversammlung ließe sich kritisch bemerken, daß fast durchgängig die Delegierten nicht, wie es im Statut vorgesehen, in den Ortsvereins-Generalversammlungen gewählt werden, sondern in den Sektionen der Funktionäre bestimmt werden. Günstigstenfalls werden dann die Delegierten von den Parteimitgliedern bestätigt. Meistens jedoch nicht. Dieser Funktionärkörper, eine illegale Einrichtung aus der Zeit des Sozialistengesetzes, obwohl nicht von den Parteigenossen gewählt, hat eine außerordentliche Gewalt. Der höchsten Instanz am Platze der Parteileitung ist mit Hilfe dieses Funktionärkörpers die Möglichkeit gegeben, Beschlüsse zur Durchführung zu bringen, die von rechtswegen vor die Generalversammlung gehören. Detailliert auf diese Dinge einzugehen, halte ich nicht für nötig, da den Genossen, welche tätig in der Partei sind, das alles genau bekannt ist. Zusammengefaßt sei aber festgestellt, daß von einem Mitbestimmungsrecht der Massen bisher nur in ganz geringem Maße geredet werden kann.

Damit kann man auch die Masse der Parteigenossen nicht ködern. Die Praxis hat also bewiesen, daß ein gewisser Zentralismus immer schon bestanden hat und auch nötig ist. Wenn nun dieser Zentralismus demokratisch aufgebaut ist, d. h. die Masse der Parteigenossen wählt die höchste Instanz, dann ist auch diese „Führerdiktatur" vom höchsten Vertrauen der Masse getragen. Mögen sich die Parteigenossen bei der Frage des Anschlusses an Moskau von einem klaren Wollen zum zielbewußten Handeln leiten lassen.

Gewerkschaftliche Opposition und die 3. Internationale.

Von Felix Hirsch.

In den Leitsätzen für die 3. Internationale lautet der Absatz, der die Aufgabe der Kommunisten in den Gewerkschaften und in den Betriebsräten regelt, folgendermaßen:

„Die Aufgabe der Kommunisten besteht darin, sowohl die Gewerkschaften als auch die Betriebsräte mit dem gleichen Geist entschlossenen Kampfes, mit der Erkenntnis und Verständnis für die besten Methoden dieses Kampfes, das heißt mit dem Geist des Kommunismus zu erfüllen. Indem sie die Aufgaben ausführen, müssen die Kommunisten, die Betriebsräte und die Gewerkschaften tatsächlich der Leitung der kommunistischen Partei unterordnen und auf diese Weise ein Massenorgan der Proletarier schaffen, die Basis für eine mächtige zentralisierte Partei des Proletariats, die alle Organisationen des proletarischen Kampfes umfaßt, sie alle denselben Weg führt zum Sieg der Arbeiterklasse durch die Diktatur des Proletariats zum Kommunismus."

In diesem Absatz liegen zwei Bekenntnisse. Einmal das Bekenntnis zur Mitarbeit innerhalb der Gewerkschaften und das andere Mal die Unterordnung der Gewerkschafts- unter die Parteipolitik.

Nehmen wir zunächst den zweiten Willen, so müssen wir anerkennen, daß ein berechtigter Kern in dem Verlangen steckt, Partei- und Gewerkschaftspolitik in eins verschmelzen zu lassen. Gerade das ist ja das Elend in der USPD., daß sich die bisherige Zentralleitung vor jeder entscheidenden Stellungnahme in der Gewerkschafts- und Rätefrage herumdrückte. Insofern enthält der zitierte Absatz auch eine berechtigte Kritik an der Zentralleitung unsrer Partei. Pflicht dieser Zentralleitung wäre es längst gewesen, bei den vielen Differenzen eindeutig Stellung zu nehmen. Sie mußte sich einmal klar darüber werden, was mit den führenden Genossen zu geschehen hat, die dem Leipziger Aktionsprogramm offenbar zuwider handeln.

Bei dieser Gelegenheit hätte sie auch entschieden Stellung nehmen müssen zu der Frage der gewerkschaftlichen Opposition und der Frage der Gründung von Industrieverbänden. Sie ließ aber alle die Dinge so laufen, wie sie wollten und speiste die Mahner mit nichtssagenden Redensarten ab.

Da kommt die Kritik der 3. Internationale zur rechten Zeit, die sich allerdings noch mit weit größerem Recht an die jammervolle Haltung der gesamten KPD. in den Fragen anlegen läßt.

Es liegt im Lebensinteresse unsrer jetzigen Partei, die Gewerkschaftsopposition zu überwachen und ihr Richtlinien zu geben. Sie hat dabei nur nötig, den alten Grundsatz anzuwenden, der schon in der Entschließung des Mannheimer Parteitages zum Ausdruck kam. In dieser Entschließung lautet der Schlußabsatz:

„Um aber jene Einheitlichkeit des Denkens und Handelns von Partei und Gewerkschaft zu sichern, **die ein unentbehrliches Erfordernis für den siegreichen Fortgang des proletarischen Klassenkampfes bildet**, ist es unbedingt notwendig, daß die gewerkschaftliche Bewegung von dem Geiste der Sozialdemokratie beherrscht werde. Es ist daher Pflicht eines jeden Parteigenossen, in diesem Sinne zu wirken."

Die Partei hat sich gespalten. Die jetzige SPD. ist in der Ideologie befangen, daß wir noch die Methoden der vorrevolutionären Zeit in der Partei- und Gewerkschaftspolitik anzuwenden hätten. Wir dagegen legen unsre Revolutionserfahrungen zugrunde und streben nach einer neuen Kampftaktik. Da aber die Tatsache bestehen bleibt, daß die Einheitlichkeit des Denkens und Handelns von Partei und Gewerkschaft unbedingt notwendig ist, um den siegreichen Fortgang des proletarischen Klassenkampfes zu sichern, so muß die USPD. darum kämpfen, daß sich ihre Kampfestaktik in den Gewerkschaften Geltung verschafft und schließlich die Mehrheit erlangend, das gewerkschaftliche Handeln zu ihren Zielen führt.

Die Parteileitung hat also die eindeutige Pflicht, die Opposition in den Gewerkschaften zu fördern, sie zusammenzuschließen, Richtlinien für ihren Kampf zu geben und rücksichtslos alle USPD.-Mitglieder zur Verantwortung zu ziehen, die sich dem Vordrängen der revolutionären Kampfestaktik in den Gewerkschaften zumeist aus einer Ueberschätzung der bisherigen Gewerkschaftspolitik entgegenstemmen.

Nun ist auch sicher das erste Bekenntnis dieses Absatzes der Leitsätze, die Mitarbeit in den Gewerkschaften, zu begrüßen, da nach den oben ausgeführten Gründen nur durch diese Mitarbeit der siegreiche Fortschritt des Klassenkampfes gesichert ist. Man muß doch aber recht daran zweifeln, daß den Verfassern der Leitsätze die gewerkschaftliche Mitarbeit in unserm Sinne ernst ist, ja, daß sie nach der aus dem übrigen Teil der Leitsätze und vor allem aus den Aufnahmebedingungen für die dritte Internationale zutage tretenden Anschauung überhaupt geleistet werden kann. Sagt doch der Absatz 3 dieser Aufnahmebedingungen deutlich: „Fast in allen Ländern Europas und Amerikas **tritt der Klassenkampf in die Phase des Bürgerkrieges ein.**"

Und durch die ganzen Aufnahmebedingungen und die Leitsätze für die 3. Internationale zieht sich wie ein roter Faden der Gedanke hindurch, daß wir in allen Ländern binnen kurzem in revolutionären Erhebungen stehen. So auch wäre nur die Forderung nach einer illegalen Parteitätigkeit zu begreifen, von der Staatsanwälte und Richter wissen, daß sie existiert.

Ueber das, was unter Bürgerkrieg zu verstehen ist, dürfte zwischen uns und den Verfassern der Leitsätze keinerlei gegenteilige Auffassung bestehen. Es ist der bewaffnete Kampf eines Volksteiles mit dem andern, um die Erringung der politischen Macht.

Die USPD. lehnt meines Wissens die Auffassung ab, daß wir so einem Zustande in kurzer Zeit entgegengehen. Das Proletariat ist durch die Gegenrevolution entwaffnet, und wenn nicht ganz wunderbare Dinge geschehen, ist in kurzer Zeit an einen bewaffneten Aufstand nicht zu denken. Außerdem wäre mit so einem Gedanken zu spielen Wahnsinn, im Hinblick auf die in Waffen starrende Entente und deren antiproletarische Gesinnung.

Die Anhänger der dritten Internationale sollen sich an der Gewerkschaftsarbeit beteiligen und müssen doch dabei den Gedanken haben, daß diese Mitarbeit binnen kurzem gar keinen Zweck mehr hat. Denn da wir die Gewerkschaftsarbeit hauptsächlich als die Tätigkeit ansehen, die im Klassenstaate den Kampf für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu führen hat, so muß sich nach Ergreifung der politischen Macht durch das Proletariat das Wesen dieser Gewerkschaften gewaltig ändern. Wir verlangen die Umstellung der Gewerkschaften im Klassenstaate zu Industrieverbänden zunächst deshalb, weil sie eine bessere Einheitsfront der Arbeitnehmerschaft gewährleistet und dann nach der Umwälzung die Umstellung zu Produktionsverbänden leicht möglich macht. Wären wir im Bürgerkriege und hätten wir die Aussicht, binnen kurzem Produktionsverbände schaffen zu müssen, so wäre der lange Weg oppositioneller Gewerkschaftstätigkeit geradezu eine Absurdität.

Das gerade aber ist der bedeutsame Unterschied der Auffassung, die in unserm Leipziger Aktionsprogramm ausgesprochen wird, und der Auffassung der Verfasser der Leitsätze der 3. Internationale. Wir lassen deutlich erkennen, daß wir den Weg der Revolution als einen Weg von langen und schwierigen Etappen betrachten. Deshalb sind wir uns klar über die zu leistende Gegenwartsarbeit, die ohne auch nur das Ziel einmal aus den Augen zu lassen, geleistet werden muß. Zu wünschen wäre nur, daß diese Arbeit intensiver betrieben würde, und jedes Parteimitglied seine Pflicht innerhalb der Gewerkschaft tut, damit nicht allgemein das erfolgt, was Seidel fälschlicherweise als noch nirgend geschehen darstellt, nämlich **die Herausdrängung der Opposition aus den Gewerkschaften.**

Die Leitsätze der 3. Internationale bringen gegenüber unserm Standpunkt dieselbe zweideutige Auffassung, wie sie auch in andern Dingen zeigen. Sie verlangen eine gewerkschaftliche Tätigkeit und können sie doch praktisch mit ihren übrigen Anschauungen gar nicht vereinen. Welcher von beiden Auffassungen die in den Leitsätzen zutage treten, soll sich das Mitglied der USPD., das durch einen Parteitagsbeschluß plötzlich Mitglied der KPD. wird, nun annehmen?

Der oppositionelle Gewerkschaftler, der in der USPD. organisiert ist, hat sich doch sicher dieser Partei nicht angeschlossen aus Spielerei, sondern weil ihn ernstes Nachdenken dazu zwang, in dieser Partei den Ausdruck seines politischen Glaubensbekenntnisses zu sehen. Die langgehegte Freude an einer gewissen Putschtaktik, das ständige Uebersehen jeder realen politischen Grundlage und die damit verbundene Ueberschätzung der revolutionären Situation hieß ihn bei aller Sympathie für die in der KPD. organisierten Gewerkschaftsfreunde die schwankende, unsichere Gewerkschaftshaltung dieser Partei zu kritisieren. Noch in der Betriebsrätefrage hat die KPD. durch die Verschleierung jeglicher Grundsätze eine traurige Rolle gespielt.

Und jetzt will man, daß wir, die Gewerkschaftler der USPD., diese schwankende, von zwei sich widerstreitenden Grundsätzen bewegte Politik zu unserm Programm erheben! Sonst will man uns in Moskau nicht aufnehmen!

Alles andre beiseite gelassen, weshalb ich gegen die Annahme der Bedingungen von Moskau bin, diese Unklarheit allein muß die oppositionellen Gewerkschaftler der USPD. veranlassen, eine Abänderung der Forderungen zu fordern.

Was uns im politischen Kampfe vor allem nottut, ist Klarheit; Klarheit des Denkens, damit das Handeln einfach und eindeutig sei, damit Führer und Massen sich verstehen können, und nicht bei jeder Aktion eine tiefe Kluft des Mißverständnisses gähnt.

Diese Bedingungen bringen uns aber nichts als Unklarheit. Bei jeder Handlung wird der Handelnde von den beiden sich widersprechenden Prinzipien hin- und hergeworfen und wird nie einen ruhigen festen Pol finden, von dem das Geschick der Mitglieder gelenkt werden kann.

Wir müssen heraus aus der verderblichen Illusionspolitik der KPD., und wir geraten durch die Annahme der Bedingungen gerade in sie recht tief hinein.

Für uns heißt es Arbeit, gewaltige Arbeit in den Gewerkschaften. Der revolutionäre Zeitpunkt, den wir alle erhoffen, kann früher, er kann aber auch recht spät kommen.

Bis dahin muß die Menschheit auf der möglichst größten Lebenshöhe bleiben, daher ist der gewerkschaftliche Kampf um Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen die anerkannte Notwendigkeit. Zweck und Ziel unsrer Opposition ist, den Gewerkschaftlern die Unüberbrückbarkeit des Arbeitgeber- und Arbeitnehmergegensatzes zu zeigen und so mit jeder gewerkschaftlichen Tätigkeit der Partei neue Anhänger zuzuführen.

Denn wir wollen, daß der revolutionäre Zeitpunkt die Partei als Massenpartei antrifft.

Wohl kann eine kleine Gruppe in der Revolution die Masse mit sich fortreißen, ob aber in Deutschland diese kleine Gruppe dann auch die Masse bei der Fahne halten kann, ist mehr als fraglich.

Deshalb wollen wir nichts überstürzen, sondern die Dinge reif werden lassen, um auch später imstande zu sein, in diesem industriellen Deutschland die Revolution nicht nur zu gewinnen, sondern ihre großen Errungenschaften nie mehr zu verlieren.

Mit den unklaren Leitsätzen in der Gewerkschaftsfrage glaube ich nicht, daß wir die Massen gewinnen. Und deshalb müssen wir sie, so wie sie sind, ablehnen.

Verband sächsischer Feuerbestattungsvereine.

In Dresden traten am Sonntag die Vertreter der sächsischen Feuerbestattungsvereine zu ihrem 6. Verbandstag zusammen, der auch von Vertretern der sächsischen Regierung und der städtischen Kollegien zu Dresden beschickt war. Im Mittelpunkt der Verhandlungen stand der Gesetzentwurf zur anderweiten

Abänderung des Gesetzes über die Feuerbestattung.

Die Vorlage hält bekanntlich daran fest, daß bei der Feuerbestattung die Leichenschau von einem beamteten Arzt vorzunehmen ist. Hier setzte die Kritik des Berichterstatters, des Sanitätsrats Dr. Schönborn-Zittau, der dabei sich auf eine Eingabe der Aerztekammer der Kreishauptmannschaft Bautzen stützte, in der gesagt wird, daß die Heranziehung eines beamteten Arztes zur Leichenschau eine Beleidigung aller andern Aerzte darstelle, weil auch diese befähigt seien, die für die Leichenschau geltenden Vorschriften zu beachten, ein. Seine Ausführungen gipfelten in folgendem Antrag:

„Der Verbandstag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, 1. die obligatorische Leichenschau auch bei der Erdbestattung einzuführen; 2. gemäß dem Antrag in der Volkskammersitzung vom 26. April 1919 das Feuerbestattungsgesetz vom Jahre 1906 aufzuheben und die **gesetzlichen Bestimmungen für die Erdbestattung auch für die Feuerbestattung** gelten zu lassen."

An den Bericht knüpfte sich eine mehrstündige, zum Teil recht lebhafte Aussprache. Als Vertreter des Justizministeriums vermochte Geh. Justizrat Weise nicht zuzugeben, daß der frühere Minister Uhlig seinerzeit in der Volkskammer eine Gleichstellung der Feuerbestattung mit der Erdbestattung in allen Punkten zugesagt habe. Gewisse Punkte müßten im Interesse der Gesundheitspflege und der Rechtspflege ausgenommen werden. Dazu gehöre auch die Beibringung des Attests eines beamteten Arztes. Es handle sich dabei darum, die Gefahren, die mit der Feuerbestattung für die Rechtspflege verbunden sind, zu vermeiden. Bei

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200924/9 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

der Erdbestattung bleibe der menschliche Körper, wenn nachträglich der Verdacht eines unnatürlichen Todes auftrete, noch für längere Zeit der Untersuchung erhalten, während das bei der Feuerbestattung nicht der Fall sei. Der Leichnam bilde aber in solchen Fällen das vornehmste und wichtigste Beweismittel. Die Justizverwaltung sei für eine geordnete Rechtspflege verantwortlich; sie habe nichts dagegen, daß auch für die Erdbestattung die obligatorische Leichenschau — es genügte hier bisher die Bescheinigung der Leichenfrau — zur Einführung gelangt, könne aber auf das Zeugnis des Bezirksarztes gegenwärtig nicht verzichten. Das Wesen des Bezirksarztes bestehe nun einmal hauptsächlich darin, daß der Bezirksarzt eine staatsärztliche Prüfung und gerichtliche Medizin studiert habe. Etwas andres wäre es, wenn alle Aerzte auf der Universität das Studium der Gerichtsmedizin durchmachen würden. Den Standpunkt der Bautzner Aerzte, daß die Uebertragung der Untersuchung an die beamteten Aerzte eine Beleidigung für alle andern Aerzte darstelle, müsse er zurückweisen, denn sei der beamtete Arzt zugleich behandelnder Arzt gewesen, müsse auch noch ein zweiter Arzt zugezogen werden, weil der behandelnde Arzt eben als befangen zu gelten habe. Dessen Ausschaltung liege also in der Sache begründet, wenn von einer solchen überhaupt gesprochen werden könne, da der behandelnde Arzt vom beamteten Arzt gutachtlich zu hören sei. Ueberdies sei das Landesgesundheitsamt vorher gehört worden und dieses habe sich mit der Regierungsvorlage einverstanden erklärt.

Ministerialrat v. Briscius als Vertreter des Ministeriums des Innern sprach seine Genugtuung darüber aus, daß die strittige Frage von rein sachlichen Gesichtspunkten beurteilt und nicht auf das politische Gebiet hinübergespielt werde. Politische Gründe hätten bei der Motivierung der Vorlage nicht mitgespielt. In der Frage des beamteten Arztes müsse er sich dem Vertreter des Justizministeriums anschließen. Irgendwelche feindliche Tendenzen gegenüber den Bestrebungen der Feuerbestattungsvereine lägen der gegenwärtigen Regierung vollständig fern, alle Wünsche seien erfüllt worden bis auf den in Sachen des beamteten Arztes. Die obligatorische Leichenschau sei erstrebenswert und von einem Teil der deutschen Gliedstaaten bereits eingeführt und auch — wenigstens indirekt — von verschiedenen Großstädten, wie z. B. Leipzig und Chemnitz. Ob die Regierung dazu übergehen werde, sie für das ganze Land einzuführen, könne er noch nicht versprechen, weil es sich hier in erster Linie um eine finanzielle Frage handle, die Staat und Gemeinden ganz erheblich belasten würde.

Der Berichterstatter bemerkte demgegenüber, daß die Bezirksärzte wohl eine besondere Ausbildung für die gerichtliche Medizin, eine solche aber nicht für die Leichenschau gebrauchten. Neben den Bezirksärzten gäbe es noch eine ganze Reihe von beamteten Aerzten, die mindestens dasselbe leisteten wie diese und teilweise noch viel größere Erfahrungen besäßen, besonders die Krankenhaus-, Stadtärzte usw. Die Regierung sei vom Landesgesundheitsamt infolge der Zusammensetzung desselben einseitig beraten.

Volkskammermitglied Justizrat Dr. Adler-Döbeln wies darauf hin, daß gerade die pekuniäre Seite viele Leute hindere, sich für die Feuerbestattung zu entschließen. Deshalb müsse auch die Einführung der obligatorischen Leichenschau für die Erdbestattung gefordert werden, denn dann falle das größte Hindernis für die Feuerbestattung weg. Giftmorde z. B. könnten auch noch bei der Asche festgestellt werden. Wenn schon am beamteten Arzt festgehalten werden solle, müsse auch irgendein Gerichts- oder Stadtarzt genügen. Vielleicht wäre es ratsam, die Aerztevereinigungen stellten eine Liste auf, zu der sich jeder Arzt mit den nötigen Vorkenntnissen melden könne.

Volkskammermitglied Genosse Menke war im Gegensatz zu den Regierungsvertretern der Ueberzeugung, daß es sich um eine politische Machtfrage handle, denn es käme darauf an, wie sich die Mehrheit der Volksvertretung zu dieser Frage stelle. Die Einführung der obligatorischen Leichenschau bei der Erdbestattung bedeute einen Rückschritt auf jenem Gebiet, anstatt daß man hier einen Fortschritt erziele. Bei Ausarbeitung der Vorlage seien offensichtlich Ultraradikale der Orthodoxie am Werke gewesen. Die Beibehaltung des beamteten Arztes sei nichts weiter als eine Schikane. Nach der Vorlage solle alles mehr oder weniger beim alten bleiben. Bremen und Gotha hätten sich bereits auf den Standpunkt der völligen Gleichstellung der Feuerbestattung mit der Erdbestattung gestellt. Dasselbe müsse auch für Sachsen möglich sein. Die Regierung werde von ihrem Standpunkt abgehen, wenn sie von der Volkskammermehrheit dazu gezwungen werde. Bei den bevorstehenden Landtagswahlen müsse dafür gesorgt werden, daß möglichst viel der Feuerbestattung freundlich gesinnte Männer gewählt werden.

Ministerialrat Pitsch-Dresden verlangte auf Grund der neuzeitlichen Verhältnisse gleiches Recht für alle und trat dafür ein, daß ein Ausweg gefunden werde, die Leichenschau, die allgemein eingeführt werden müsse, zu bewilligen.

Geh. Justizrat Weise vertrat nochmals den Standpunkt des Justizministeriums. — Der demokratische Volkskammerabgeordnete Schwager-Zittau bezeichnete die Vorlage als ein Monstrum zu dem Versprechen des Ministers Uhlig der grundsätzlichen Gleichstellung der Erd- und Feuerbestattung. Von diesem Grundsatz sei in der Vorlage nichts zu verspüren. Jeder Anhänger der Feuerbestattung müsse sich von ihr verletzt fühlen. Die Volkskammerabgeordneten würden dafür sorgen müssen, daß mindestens eine gewisse Gleichberechtigung eintrete. — Auch ein Leipziger Vertreter war der Ueberzeugung, daß der Gesetzentwurf den Wünschen der Mehrheit des sächsischen Volkes keine Rechnung trägt.

Ministerialrat v. Briscius gab zu, daß früher die Feuerbestattung unter Ausnahmegesetzgebung gestanden habe, da sie nur auf ausdrücklichen Wunsch des Verstorbenen zugelassen wurde. Das sei jetzt aber anders und schon daraus gehe hervor, daß die Regierung keine Animosität gegen die Feuerbestattung habe. Nach seiner Meinung bestehen auch nur sachliche Meinungsverschiedenheiten darüber, wie weit die Garantien für eine geordnete Rechtspflege gehen sollen. Das letzte entscheidende Wort wird die Volkskammer haben.

Nachdem dann noch der Direktor der Zittauer Feuerbestattungsanstalt Koch den Regierungsvertretern widersprochen hatte, indem er unter allseitigem Beifall feststellte, daß aus der Vorlage mindestens kein Wohlwollen und keine besondere Freundlichkeit für die Feuerbestattung spreche, fand der Antrag Schönborn einstimme Annahme.

Die Vorstandswahlen ergaben an Stelle des Justizrats Dr. Wachtel-Leipzig und der andern Vorstandsmitglieder, die eine Wiederwahl abgelehnt hatten, die Neuwahl des Sanitätsrats Dr. Schönborn-Zittau und des Volkskammerabgeordneten Schwager-Zittau zum ersten bezw. zweiten Vorsitzenden, sowie des Direktors Priel-Leipzig zum Schriftführer und Kassierer. Der Vorstand hat das Recht, sich nach Bedarf beliebig zu ergänzen.

Endlich wurde noch ein Antrag Döbeln und Auerbach auf Entfaltung einer regen Propagandatätigkeit dem Vorstand zur Weiterbehandlung überwiesen.

Die Lage des Arbeitsmarktes im August 1920.

Nach dem Bericht des Landesamtes für Arbeitsvermittlung hat der Monat August für die Lage des Arbeitsmarktes in Sachsen eine weitere Verschlechterung gebracht, wenn auch nicht in demselben Maße wie im Juli. Die Zahl der Erwerbslosen, soweit sie Unterstützung erhalten, ist von etwa 100 000 Mitte Juli auf über 120 000 Mitte August gestiegen, wozu außerdem die erheblichen Ziffern der Kurzarbeiter und Aussetzer hinzuzurechnen sein würden, die durch Betriebseinschränkungen und zeitweise Stillegungen der Betriebe betroffen sind. Die Ursache des fortdauernden Rückganges des Wirtschaftslebens ist fast ausschließlich auf den Mangel an Aufträgen und nur vereinzelt auf Materialmangel zurückzuführen.

In der Landwirtschaft war die Nachfrage nach Erntearbeitern bei den Arbeitsnachweisen verhältnismäßig gering, da bei der steigenden Erwerbslosigkeit Arbeitslose aus der Industrie in größerer Zahl bemüht waren, sich selbst Arbeit in der Landwirtschaft zu suchen. An gelernten landwirtschaftlichen Arbeitern war in einigen Bezirken Ueberangebot vorhanden, da die Landwirte wegen der höheren Tariflöhne ältere Arbeiter nur ungern einstellen, und auch sonst versuchen, sich einzuschränken und mit den vorhandenen Arbeitskräften auszukommen. Der Mangel an Mägden bestand fort, obwohl bei den Industriearbeiterinnen die Neigung, in die Landwirtschaft zu gehen, zugenommen hat. Aus dem Vogtland und dem Erzgebirge wurden Industriearbeiterinnen mit gutem Erfolg in die Landwirtschaft des Niederlandes vermittelt. Schweizer wurden meist nur ledige gesucht. Nach Gärtnern war fast gar keine Nachfrage.

Für den sächsischen Steinkohlenbergbau wurden etwa 200 Arbeiter vermittelt, 250 Arbeiter konnten im Braunkohlenbergbau untergebracht werden, davon der größte Teil im Bornaer Bezirk.

Die Steinindustrie leidet unter dem Darniederliegen des Baumarktes. Die Zahl der erwerbslosen Steinmetzen ist gestiegen. Die infolge Absatzstockungen in den Pflastersteinbrüchen vorgenommenen Betriebseinschränkungen bestehen fort. Die Zahl der erwerbslosen Ziegeleiarbeiter hat sich erhöht. Die Glas- und keramische Industrie ist nicht voll beschäftigt.

Die Metallindustrie weist in allen Zweigen ein starkes Anwachsen der Erwerbslosigkeit auf, die ihre Ursache in dem Mangel an Aufträgen hat. Neben der Zahl der Vollerwerbslosen hat die Zahl der Aussetzer und Kurzarbeiter erheblich zugenommen. Die Nachfrage nach Arbeitskräften ist gegenüber dem Vormonat weiter gesunken und war besonders bei den weiblichen Arbeitskräften gering.

Im Spinnstoffgewerbe macht sich in einzelnen Zweigen eine leichte Besserung des Beschäftigungsgrades bemerkbar. Aus den Webereibezirken wird über Wiederaufnahme von stillgelegten und über volle Beschäftigung bei bisher mit Einschränkungen arbeitenden Betrieben berichtet. In der Strumpfwarenindustrie ist gleichfalls eine Besserung eingetreten. Dagegen ist die Lage der Handschuh- und Trikotagenindustrie noch ungünstig. Wesentlich verschlechtert hat sich der Geschäftsgang in der Posamentenindustrie. Die Stickerei- und Spitzenindustrie ist nur ganz schwach beschäftigt.

Im Buchbindergewerbe hat der Geschäftsgang sehr nachgelassen. Die Zahl der männlichen und weiblichen Erwerbslosen ist gestiegen. In Leipzig arbeiteten nur noch einige größere Betriebe voll. Im Sattler- und Tapezierergewerbe besteht der Mangel an Arbeitsgelegenheit fort. Im Holz- und Schnitzstoffgewerbe nahmen die Entlassungen und Betriebseinschränkungen infolge Stockung des Absatzes noch zu. Die Möbel- und Stuhlindustrie ist davon besonders in Mitleidenschaft gezogen. In der Pianoforteindustrie mußten gleichfalls Betriebseinschränkungen vorgenommen werden. In der Schönheidaer Bürstenindustrie herrschte Arbeitsmangel. Im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe blieb die Arbeitsmarktlage für Bäcker, Fleischer und Brauer ungünstig. In der Süßwarenindustrie ist besonders in Leipzig eine Besserung zu verzeichnen. Dort konnten alle Arbeiter und Arbeiterinnen wieder eingestellt werden. Die Zahl der erwerbslosen Zigarrenarbeiter zeigte in einzelnen Orten einen geringen Rückgang. Die Lage der Zigarettenindustrie hat sich nicht gebessert.

Im Bekleidungsgewerbe hat sich die Lage für die Schneiderei noch nicht gebessert, die Zahl der Erwerbslosen ist teilweise sogar gestiegen. Dagegen haben die Schuhfabriken ihren Betrieb in beschränktem Umfange wieder aufgenommen, in den Schuhfabriken des Stollberger Bezirks wurde sogar voll gearbeitet. Das Leipziger Kürschnergewerbe hatte Bedarf an weiblichen Arbeitskräften. In der Dresdner Hutindustrie hat sich die ungünstige Arbeitsmarktlage auch für die männlichen Arbeitskräfte verschärft.

Im Baugewerbe hat die Erwerbslosigkeit allgemein zugenommen, was zum Teil auf das anhaltend schlechte Wetter zurückzuführen ist. Am stärksten hat sich die Zahl der Erwerbslosen im Maler- und Töpfergewerbe vermehrt. Von Leipzig aus blieb die Vermittlung von Bauarbeitern zu Siedlungsbauten in den Kohlenbezirken im Gange.

Im Vervielfältigungsgewerbe hat in Leipzig die geringe Besserung des Arbeitsmarktes im Vormonat nicht angehalten. Der Eingang von offenen Stellen ist geringer geworden und die Zahl der Erwerbslosen ist wieder gestiegen. Im Handelsgewerbe hat sich durch die Entlassung zahlreicher Heeresangestellter die Zahl der Stellesuchenden erhöht. Auch bei den weiblichen Handelsangestellten nahm das Angebot zu. Die Nachfrage gestaltete sich etwas günstiger, ohne daß aber die Zahl der Erwerbslosen im ganzen wesentlich vermindert wurde. Im Gastwirtschaftsgewerbe war die Nachfrage infolge der ungünstigen Witterung im allgemeinen geringer als im Vormonat. Nur in Leipzig war der Bedarf infolge der Messe stärker. Es werden fast nur Aushilfsstellen besetzt, so daß auch bei sonst guten Vermittlungsziffern die Zahl der Erwerbslosen nicht abnimmt. Die Nachfrage nach weiblichem Hauspersonal hat nach Beendigung der Ferien zugenommen, doch konnte bei mangelndem Angebot von Hausangestellten und der geringen Neigung der Industriearbeiterinnen, in die Hauswirtschaft überzugehen, der Bedarf nicht gedeckt werden.

Die Lage der ungelernten Berufe ist dauernd ungünstig. Bei der Leipziger Messe wurden vorübergehend etwa 400 erwerbslose Arbeiter, kaufmännische Angestellte usw. beschäftigt.

Wahlpulver zur Reichstagswahl.

8. Quittung.

Beim Bezirksparteisekretariat gingen an weiteren Beiträgen ein: Liste 6019, 6020, 6022, 6023, 6025, 6133, 6145, durch Berthel 342.—, Liste 9223, 9276, 9278, 9289, 9291, 9300, 9306—9308, 9314 durch Heinrich, Gohlis 422.40, Liste 9321, durch Herchenröther 5.—, Liste 9473 69.—, Liste 5001, 5003, 5007 32.10, Liste 5004, Hecht & Köppe, durch Kakusch 68.—, Liste 9215 23.50, Liste 9021—9028, Wiederitzsch 376.50, Liste 318 48.—, Liste 9166, 9116, 9169, 9176, 9177 345.75, Liste 350, 353 19.—, Liste 6501—6550, Beucha 799.35, Liste 9074, 9073, 9072, 9071, Hänichen 131.75, Liste 5241, 5246 17.—, Liste 9815, 9816, 9819—9825, 9829, 9831, durch Berthel 258.50, Liste 5252, 5256, 5262, 5263, 5266, 5270—5273, 5311, 5315, 5316, durch Wildeis 417.20, Liste 9507 26.—, Liste 9501 14.—, Liste 6831 7.—, Rötha, Liste 605—630 Restbetrag (500 Mk. bereits quittiert) 537.20, Liste 6489, 6487 51.—, 11. Kreis, Sammellisten-Überschuß 2365.55, Liste 9070 55.—, Liste 5428, 5429, 5431, 5433, 5434, Wachau 75.—, Liste 6211—6213, 6216, 6218—6220, 6222, 6223, 6225—6230, 6237, 6242, 6253, 6281, 6282, Kleinzschocher, durch Voigt 1504.50, Liste 6188, durch Berthel 17.50, Liste 5481, Kofferfabrik Saxonia 42.50, 10. Kreis auf Konto Listen (2000 Mk. bereits quittiert) 855.92, Liste 6845, 6614, 6609, 6616, 6620, 6610, 6698, 6899, 6631, 6626, 6672, 6673, 7000, 6658, 6720, 6718, 6707, 6719, 6998, 6977, 6961, 6996, 6962, 6967, 6982, 6981, 6985, 6884, 6917, 6885, 6886, 6999, 6976, 6715, 6980 Leipzig-Ost, durch Dornburg 1153.95, Liste 812 3.—, Liste 5005, 5008, 5023, 5024, 5025, durch Müller, Zentrum 242.90, Liste 6431, 746, 745, 744, durch Engelhardt, Markranstädt 94.50, 14. Kreis, Sammellistenüberschuß 4705.75, Kranzüberschuß der Firma Degner d. G. G., durch Peter 26.—, W. D. H. Friedrich, P. Meinhold, Börner 60.—, Arbeiter der Firma W. Focking, Leipzig-Eutritzsch 3.—, W. D., durch Heinrich, Gohlis 150.—, W. D. acht Genossen, Möckern 160.—, W. D., Windsch 20.—, Wodanwerke, Leipzig-Plagwitz, 11. Rate 252.10, W. D. Bierwagen, Leipzig-Schönefeld 20. . Ortsverein Lößnig, Wahlgeld 33.—, Tellersammlung Hänichen 19./5., 3./6. 20 124.10, durch Ing. L. H., Portstraße 20.—, 11. Kreis, zurückgezahlter Wahlvorschuß 1966.97, W. D., Leipzig-Ost, 16 Genossen je 20.— 320.—, Ortsverein Mockau, Tellersammlung 99.07, W. D. Mockau, elf Genossen je 20.— 220.—, W. D. Göldner, Mockau 30.—, Liste 6347, 6320, 6315, durch Burke 28.50, Liste 9170, 9173 48.50 Mk.

Schröers.

7. Quittung.

Zum Ausbau des Volkshauses gingen beim Bezirksparteisekretariat an weiteren Beiträgen ein: Kollegen vom Neubau Kost, Glashütte bei Dresden, durch Paul Lorenz 133.—, Kleintierhalter Sommerlust, Leipzig-Kleinzschocher 46.—, Ortsverein Leipzig-Kleinzschocher, Extratour beim Nachtausflug 101.61, Frau Hoppe 10.—, Zwei Lehrer 5.—, Arbeiterradfahrer Südost 27.—, Kurt Naegler, Hardenbergstraße 6.40, Karl H. 20.—, Reinmachefrauen des Taubstummeninstituts 22.—, Bandoneonverein L.-West, Abendausflug 37.—, Leutzscher Volkschor, Extratour Nachtausflug 70.—, Wernicke 20.—, Zentralverband der Bäcker, Nachtausflug 78.—, Tanz der Freien Turnerschaft, Wehlitz 38.40, Genosse aus Weißenburgstraße 1.—, Stiftungsfest Neuedelweiß, Leipzig-Kleinzschocher, Volkstanz 75.—, Ortsverein Gohlis, Nachtausflug 101.75, Gartenverein Immergrün, Nachtausflug 51.—, Ortsverein Leipzig-Ost, Extratour Kinderfest in Stötteritz, durch Heinrich 66.03, Drei Steine zum Volkshaus 3.—, Hartung, Lt. 2.—, Von einem Reaktionär 30.—, Betriebsrat für das Leipzig-Bornaer Braunkohlenrevier, Konzertüberschuß 478.10, Ortsverein Leipzig-Ost, Extratanz beim Abendausflug 104.35, Fleischer 5.—, Fleischer, Zwei-Dollar-Note 94.25, Sommervergnügen der Arbeiterschaft der Leipziger Baumwollspinnerei 771.45, Protestversammlung der Postboten am 19. August im Hausväterheim 51.—, Gesangverein Sängerlust, Leipzig-Lindenau, Tanztour Nachtausflug 30.—, J. M. 6. 9. 20 50.—, Extratanz Concordiakapelle, Stiftungsfest 20.—, Überschuß Sinfoniekonzert Ortsverein Leipzig-Ost 396.70, Ein Baustein, Weißenburgstraße 1.—, H. S. 4.— Mk.

Schröers.

29. Quittung.

Für die Opfer der Revolution gingen beim Bezirksparteisekretariat an weiteren Beiträgen ein: Bandoneonklub Fidelio 33.20, Chicagoer Arbeitersänger durch C. Geyer-Hamburg 5500.—, Karbaum 10.—, Betriebsdirektion Zeuna (Luck) durch Lippoldt, Geithain 100.—, Baukolonie Hentschel durch Lippoldt, Geithain 59.—, Geithainer Maschinenfabrik durch Lippoldt, Geithain 19.—, Kalkwerk Kretzschmar durch Lippoldt, Geithain 19.50, Restbetrag conto Rechtsschutz Groß-Leipzig 19.48, B. S., Sonntagsspaziergang 5.—, Wodan-Werke L.-Plagwitz, 2. Rate, durch Steuer 600.—, Hindenburg-Leipzig 2.—, Ortsgruppe Bad Lausick 40.—, Hochzeitsgäste Brommestraße 6 23.50, Ortsverein Mölkau 29.40, Genosse Ludwig 10.—, Schr. u. Schö. 86.64, Arbeiter der Firma Giesecke u. Devrient 50.—, Turnverein Dölzig, Ausflug 30.—, Arbeiter der Firma A. Gutberlett, Mölkau 9.—, H. R. 20.—, Ortsverein Connewitz, Nachtausflug 206.50, Ortsverein Möckern, Nachtausflug 40.—, Kraftsportverein Santo 40.50, Zurückgezahlt von B. 150.—, K. Siefert 40.—, W. Dietze 15.—, Arbeiter der Sperrholzmöbelfabrik Markranstädt 63.—, Lackierer der Firma Trebst 11.50, Fritzsche 20.—, Arbeitersänger Chicago, Amerika, durch C. Geyer, Berlin 3750.—, W. Z. 1000.— Mk.

Schröers.

Arbeiter! — werbt neue — Volkszeitungsleser.

Wunderschöne billige, warme **Damen-Winter-Mäntel**

500 Stück am Lager darunter als besonders vorteilhafte

Preislage I aus Cheviot-Stoffen, halbschwer, das ganze Jahr zu tragen **189.-**

Preislage II aus Diagonal-Stoffen, in marine u. russisch-grün **275.-**

Steigerwald & Kaiser

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200924/10 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Amtliche Bekanntmachungen.

Fleischverteilung

am Sonnabend, dem 25. September:
Erwachsene: 200 Gramm Gefrierrindfleisch mit Knochen (4.02 Mk., das Pfund 10.05 Mk.).
Kinder: 100 Gramm desgleichen (2.01 Mk.); außerdem für jede Person 30 Gramm Talg (50 Pfg.)
Ernährungsamt Leipzig, am 23. September 1920.

Schweineschmalzverteilung.

1. Marke H 100 g Schmalz (3.90 Mk.),
2. Marke 6 für Kriegsgefangene 50 g desgleichen (1.80 Mk.).

Verbraucher: Markenabgabe bis 25. September. Abholung bis 4. Oktober.
Kleinhändler: Bezugskarten-Entnahme 27. 9. (allgem. grauer Lieferschein). Abgabe der Bezugskarten Fe 33 27. 9.
Buttergroßhändler: Bezugsk.-Ablieferung 28. 9.
Ernährungsamt Leipzig, am 23. September 1920.

Die **Maul- und Klauenseuche** ist **ausgebrochen** in folgenden Grundstücken, die gemäß der §§ 161 und 165 der Bundesratsvorschriften vom 7. April 1911 zum Viehseuchengesetze und § 41 der Sächsischen Ausführungsverordnung vom 7. April 1912 als Sperrbezirke ernannt werden: 1. Krosigkstraße 13 in Leipzig-Möckern, 2. Gothaer Straße 32 in Leipzig-Gohlis, 3. Brandstraße 28 in Leipzig-Connewitz und 4. Mühlstraße 11—13 in Leipzig-Reudnitz. Zu 1. wird der 27., zu 2. der 18., zu 3. der 24. und zu 4. der 12. Polizeibezirk als Beobachtungsgebiet erklärt.
Erloschen ist die Maul- und Klauenseuche im Rittergut Leipzig-Mockau, das als Sperrgebiet aufgehoben wird. Der 31. Polizeibezirk bleibt Beobachtungsgebiet.
Leipzig, am 22. September 1920. Gef.-A. I.
Der Rat der Stadt Leipzig.

Taucha. 1. 200 Gramm Gefrierrindfleisch und 120 Gramm Auslandsspeck. Kinder die Hälfte. Für Lungenkranke 1 Pfd. Auslandsspeck. Pfundpreise: 9.50 Mk. bez. 12 Mk. — 2. 130 Gramm Olivenöl (4.15 Mk.) für nächste Woche.
Der Rat der Stadt Taucha.

Zwenkau. Oeffentliche Sitzung des Stadtgemeinderates Montag, den 27. September, abends 7 Uhr. Die Tagesordnung hängt im Rathause aus. — Oeffentliche Sitzung des Schulvorstandes Mittwoch, den 29. September, abends 7 Uhr. Die Tagesordnung hängt im Rathause aus.

Sparkasse Paunsdorf.
Geschäftszeit:
Montags bis Freitags 8—2 Uhr,
Sonnabends 8—1 Uhr.
Tägliche Verzinsung mit 3½ Prozent.
Postscheckkonto Leipzig Nr. 41390.
Kontrollmarken.

Kleiner Anzeiger

Arbeitsmarkt

Wir suchen
ledige Arbeiterinnen
welche an **Ringspinnmaschinen** arbeiten können. Dieselben bekommen Wohnung und volle Verpflegung im Arbeiterinnenheim unserer Fabrik. Wir bezahlen zur Zeit 2.50 Mk. Stundenlohn, während für Wohnung und Kost ungefähr 60 bis 70 Mk. pro Woche zu zahlen sind. Nur ruhige, solide Mädchen wollen sich direkt schriftlich melden bei der
Deutschen Faserstoff-Gesellschaft m. b. H.
Fürstenberg in Mecklenburg.

Hausierer mit Wandergewerbeschein zum Verk. v. Manufakturwar. ges. Rosenthal, Konstantinstr. 6, p.

Schulknabe z. Wegel. gesucht Windmühlenweg 33.

Junge Dame als Modell z. Frisieren gesucht. Zu melden Kleinsch., Bahnhofstr. 16, II. r.

Zuverl. Aufwartung f. vorm. gesucht Könneritzstr. 49, II. M.

Herbst- u. Winterpaletots von Mk. 50.— an, [*
Loden- u. Gummimäntel bill. z. vk. Windmühlenstr. 33, I.

Wint.-Überzieh., Mil.-Ulst., neue Mil.-Bluse, Unterhosen Klink, Ranftsche Gasse 6, pt. [*

Ulster, Winterpaletots, von 60 Mark an, Arbeits-Hosen. Damen-Mantel, verk. billigst Lessingstraße 20, parterre. [*

W.-Überz., Üb.-Mant., gr. Fg. Konf.-Anzug, sofort bill. z. vk. Wurzner Str. 182, pt. Walther

Winter-Überzieher, neu, bill., Herrenstiefel, Gr. 42, kräftig. Czermaks Garten 6, II. lks.

Paletot, mod., wie neu, 250 ℳ, W.-Pal. 175, Mil.-Stief. (27) bill. Ang., Spichernst. 1d, II. M.

Verkäufe

Zigarren *
aus überseeischen Tabaken
Mk. 60.— pro 100 Stück
Lieferung per Nachnahme.
Artur Mühlpfordt, Merseburg.

Emaille-Waren
bringen wir zu folgenden
sehr billigen Preisen zum Verkauf:

Maschinentöpfe schwere Emaille	19.85 15.85 13.85 11.85	9.85
Satz 5 Stück	71.25	
Schmortöpfe	20.85 16.85 13.85 11.85	9.85
Satz 5 Stück	73.25	
m. klein. Brandfehlern, Satz 5 St.	66.85	
Ringtöpfe gestanzt, grau	26.90 25.90 22.60 17.90 15.45	9.85
Essenträger	11.45	8.45
Waschschüsseln in weiss u. grau	34 cm 11.90 32 cm	9.85
Waschgarnituren Schüssel mit Seifennapf, Nachtgeschirr und Krug		36.85
Kaffeekannen grau, blau u. weiss	17.90 15.90 13.90 11.90	10.90

Kaffeekocher, Tiegel, Teigschüsseln
zu sehr billigen Preisen
Wassereimer 28 cm 21.90
Billigste Bezugsquelle für Händler und Wiederverkäufer
Beachten Sie unsere 6 Schaufenster
Kaufhaus
Gebr. Fried
Windmühlenstrasse 1-5, gegenüber der Markthalle

Zigarettentabak *
Arani ca. 50 gr nur 6.— Mk.
Pasatti „ 50 gr „ 8.50 „
Sorany „ 50 gr „ 11.— „
Islam „ 50 gr „ 13.50 „
Hülsen 3.— Mk., Papier 1.— „
Elsterstr. 3 und Gerberstr. 40.

Amerik. Kautabak
Rauchtabak, 100 g 4.50 Mk., Zigarren von 45 Pfg. an, Zigaretten und Shagtabak Tabakhandlg. L.-Lindenau, Wielandstraße 13.

Händler u. Hausierer kaufen **Kernseifen** Doppelstück Mk. 5.40 u. **Seifenpulver** Paket Mk. 1.65 am bill. b. Däbritz, Einertstr. 9

Ia. Weihnachtskerzen ab Fabrik an Detaillisten u. Grossisten. Grossist. bed. Rabatt, gibt ab **H. Keil**, Schlb., Rochlitzstr. 33

Wollen Sie billige Kohle und sparen das teuere Gas? so kochen Sie täglich mit **Frauenglück** K. Günther, Moltkestraße 39.

Dam.-Schuhe, schwrz., br., alle Größen 85 Mk., vk. Dresdner Str. 69. *

Schaftstiefel, gebraucht, 41/42, Herren-Schnürstiefel 41-43 [* billigst, Lessingstraße 20, pt.

Überzieher billig zu verkauf. Gohlis, Fechnerstraße 3, III.

Billige Gelegenheitskäufe aller Art in groß. Auswahl
Herren-Ulster u. Paletots
gesteppte Militärtuch-Ulster
eleg. gestreifte Hosen
feste Arbeits-Hosen
auch in Manchester-Hosen.
Militärsachen, Wäsche, Schuhe und Stiefel. [*
Walter Fritzsche
L.-R., Frommannstr. 12, Lad.

Anzug f. griz. stark. Fig., z. verk. Schönefeld, Schreiberst. 7, I. l. *

Umständehalb. verkft. sofort: 2 Jackettanzüge, 175 u. 300 ℳ, 2 Cutaw.-Anz. m. gstr. H. 350 ℳ, Gehrockanzug 350 ℳ, Paletot, Ulster 75—150 ℳ, Militärrock. Lange Straße 10. I. [*

2 Jackett-Anzüge, wie neu, billig Bayerische Str. 42, II. l.

Elegant. Smoking-Anzug vk. R., Frommannstr. 12. Lad.

H.-Jack., a. engl. Zeltb., 1 Paar Mil.-Schnürschuhe billig zu verk. Leutzsch, Grenzstr. 2b, II. r.

Elegante, gestreifte Hosen,
Ia. Manchester-Hosen,
fast neue Arbeits-Hos., engl. Leder, von 83 Mark an verk. Rd., Frommannstr. 12, Lad. *

Arbeitshosen neu, 60 Mk. [* Dresdner Str. 69

Chev.-Kostüm, dklbl., neu (44) vk. bll. Karl-Heine-Str. 83, I. l.

Modernes Kleid
und Winter-Mantel preiswert zu verkaufen. Palme, Lindenau, Burgauenstr. 7, II.

Spitzenbluse 28, Strickjack. für 9-10j. 18, kl. Kittelanzug 18, Dam.-Wintermantel 85, 2 P. Samthalbsch., Nr. 37, à 50, Kn.-Mtl. 12, 2 Knd.-Samtmtl. à 35, Petr.-Lampe 8. Färberstr. 16, I.

Blusen, hell, jedes Stück 50 ℳ, Kostüm., gr. u. br., m v. 40 ℳ an, blau. Manteltuch, m 98 ℳ [* Schenkendorfst. 13, pt. Heinold

Umhang, warm, für ält. Frau, zu verk. Einertstr. 9, III. Mitte

Herren- und Damenhut zu verk. Lind., Kaiserstr. 67, I. r.

3 Meter Kokosläufer zu verk. R., Frommannstr. 12. Laden.

Bett- u. Leibwä., neu u. gebr., Hand- u. Wischtüch., pr. Köp.-Barch., Rockflanell, D.-Wint.-Mant. 85, Thomaskirchh. 9, I.

Deckbett, laub., div. Federkiss., 3 Bettstellen m. guter Matr., 170-200 ℳ, Brüderstr. 10, I. lks.

Kleiderschrk., furn., bill. z. vk. Ranstädter Steinweg 19, III. l.

Kidschr., 2 Sofas, Bttst. m. M., H.-Fahrrad, Stühle, Gaskoch., versch. Karl-Heine-St. 60, Ld.

Vertiko, Auszieh-Tisch, Schrank, Rohrstühle, * neu, verkft. Turnerstraße 7, I.

Waschtisch m. Marmpl., f. neu, Lindenthal, Pitschkest. 12, II. l.

Waschtisch, Bettstll. m. Matr., Spiegel, Trauerhut bill. z. vk. Förster Sternwartenst. 10, II.

Wandspieg. Ernst-Mey-St. 5, II. r.

2 Reformbetten, Chaiselong. vk. Rdn., Ant. Münsterst. 8, p. r.

2 Bettst. m. Matr., Sofa, Nähmaschine 275, Tisch, Schrank Reudn., Kapellenstr. 9a, prt.

Bettst. m. Matr. u. Federb. 550, Sofa 300, Vertiko 180, Vorl.-Schrank, 180 cm breit, 400 ℳ Leibnizstr. 13, b. Hausmann.

Bettst., eis., 60, hölz. Bettst. 40, Federbett 110 Färberstr. 16, I.

2 Bettstellen, modern, neu, zu verk. Hildegardstraße 32, p.

Herr.-Barchenthemden
Mako, Lein.-Einsatzhemden, D.-Hemd., Untertall., Hand-, Wisch- u. Bettücher, Bettwä., weiß u. bunt, Gardin., Stores, Künstl.-Gardin., Divandeck., billigst Lessingstraße 20, pt. [*

Kleiderstoffe
Hemdentuche
Flanelle
Bettzeuge und Inletts
in großer Ausw. preiswert f. Wiederverkäufer
Heilbrunn & Co.
Leipzig, Härtelstraße 25. *

Wäsche aller Art, Militär-Röcke, Hosen, Mänt. Stief., Schuhe, Möb. Fahrr., Uhren, Gold- u. Silbers., Bücher, Not., Leihhausch. Müller, Wurzn. St. 31

Hand- u. Wischtücher, Erstl.-Wäsche z. v. Li., Queckstr. 23, I.

Vertiko, furniert, preisw. zu vk. Leutzsch, Grenzstr. 2b, p. r.

Vertiko, Tisch, Bettstll. m. M., Teppich Zeitzer Str. 38, II. l.

Küche, kpl., eig., mod., Komm., Bttst. m. la M., □Tisch, Stühle, Kldst. Walther, Wurzn. St. 182.

Küchenschrank für 100 Mark verkauft Liebigstr. 5, H. III. l.

Pl.-Garnitur, Vertiko, Sofa vk. Kappe, Nürnberger St. 11.

Plüschsofa, Chaiselong., Tisch Betten, Schrank, Vertiko bill. Zschocherische Str. 57, a. Kanal.

Plüschsofa, Schrk., Vert., Tisch, 4 Stühle verk. Ewaldstr. 17, p.

3 Sofas mit guten Bezügen, Chaiselg., Küchentisch, Vertiko, 4 Stühle, alles neu, verk. wegzugshalb. ganz bill. Lind., Rabenerstr. 9, p. r. *

Sofa (rot), Kleidschrk., Vert., Tisch Vo., Natalienstr. 19, p. l.

Sofa, Waschtisch m. M., Nähm. billig Bayerische Str. 42, II. l.

Chaiselongue, Sofa Crimmer, Konradstr. 33b, pt.

Tischck. Eisenbahnst. 149, I. M. *

Bettstelle m. M., Küch.-L., Gard., neu u. gbr., v. 50 Mk. an, v. Klsch., Antonienstr. 46, I. M

Bettstelle m. Stahlmatratze, ovaler Tisch, Nußbaum, verkauft Johannisgasse 13, pt.

Kinderbettstelle billig z. verk. Meißner Straße 42, H. p. r.

Band., gth., 100 okt., 400 Mk. A., Posadowsky-Anl. 5, IV

Schön. Grammophon m. Pl., die neuesten Platten, bill. z. vk. Pl., Merseb. Str. 2, Brettschn.

Nähmaschine, gutnähend, vk. Kappe, Nürnberger Str. 11. *

Nähmaschine, gutnähend, bill. z. vk. Gabelsbergerstr. 19.

Nähmaschine, gutnäh., verk. Mockau, Dreihestraße 2, I. l.

Gth. Schneid.-Nähm., Rdsch., vk. Klsch., Antonienst. 46, I. M.

Fast neues Herren-Rad billig z. verk. Ludwigstraße 40, I. r.

1 Fahrrad verkauft L.-Reudnitz, Frommannstr. 12, Laden.

Kinderw., guterh., u. Klappw. m. V. z. vk. Wurzn. Str. 68, I. l.

Klappw. m. V. vk. Queckstr. 23, I.

! ACHTUNG !
Häute :-: Felle :-: Altmetalle aller Art
jedes Quantum kauft und erbittet Eilofferten Firma
Max Streubel
Bureau und Einkauf: Große Fleischergasse 14, I. *

Häute- und Felle-Einkauf
Trotz rückgängiger Konjunktur bin ich nach wie vor **Käufer sämtlicher Sorten**
Friedrich Schade — Felle en gros
Gerberstrasse 9, neben Hotel Sonne
Keilstrasse 16 **Gerberstrasse 28**

UHREN-MÜLLER LEIPZIG-KÖNIGSPL. 5
Uhren
Gold- und Silberwaren
Größte Auswahl
in jeder Ausführung
und Preislage.
Reparaturwerkstätte
Max Karl Müller
Königsplatz 5. *

Kinderwagen, gut erhalten, zu verkauf. Lessingstr. 13, II,

Kinderw., gterh., f. n. Klappw. m. V. vk. Eisenbahnstr. 108, II. r.

El. hell. Kinderw. m. pr. Gummi 200 ℳ, fast n. Sitzliegew. m. gut. Verd. 220 ℳ, Klappsportwagen m. neuem Verd. 200 ℳ Plagw., Merseburg. St. 2, II. r.

Kinder- u. Klappsportwagen mit und ohne Verdeck, hell u. dunkel, wie neu, v. 85 ℳ an zu verk. Gabelsbergerstr. 19, pt.

Korb-Kinderwagen, guterh., schw. Kostümjack., f. gr. Mädch. pass., z. verk. Elisabethstr. 8, p.

Klappwag. m. Verd. 180 ℳ, ohne Verd. 70 ℳ vk. Nichön., Melchiorstr. 16, I. r.

Klappwag., geschlss., m. Verd. z. verk. Wurzner Str. 6, IV. M.

Sitz- u. Liegewagen m. Verd. z. verk. Meißner Str. 42, H. p. r.

Sitz- u. Liegewagen, guterh., z. vk. Neuschön., Nabet 13, II. M.

Sitz-Liegewagen
billig Mittelstraße 9, I. links.

Leiterwagen, 12 Zentn. Tragkraft Friedrich-List-Straße 8.

Malerhandwerkszeug, Leit., 2 Musikschränke (Eiche) verkauft Leutzsch, Grenzstr. 4, p. l.

Tonofen m. Kochröhre b. z. v. Förster, Sternwartenstr. 10, II

Waschgefäße
beste Ware, bill. Preise, beste Bezugsquelle f. Wiederverk. *
Pitzner, Mockau, Leonhardst. 11
Reparaturenannahme T. 11339

Gute Melkziege
verkauft Crostewitz, Nr. 22 b.

Junger Foxterrier, 11 Woch. alt, zu verkaufen. Zu erfr. Paunsdorf, Rathausstr. 8, p. r.

Hündchen, sch. gezeichn., sehr reiz. Tier, 8 Woch. alt, 75 Mk. Pl., Merseburger Str. 2, II. r.

Kaufgesuche

Achtung! Achtung!
reelle Preise zahlt nur
Fr. Witteles Lortzingstr. 12 pt. Tel. 13150
alte u. neue Herr.- u. Damensachen, Wäsche, Möbel, Schuhe Betten, Gold und Silber, Teppiche, Gardinen, Pelze Zahngeb., sowie gz. Wirtsch. *

Windmühlenstr. 33, I.
Kaufe Mil.-Sachen, Herren- und Dam.-Garderobe, Bett-, Tisch- und Leib-Wäsche
Wadewitz neben Astoria
Windmühlenstr. 33, I.

Kaufe alle Militär-Sachen Mil.-Schuhe u. Stief. Herren-Garderobe, Wäsche Bitte um Adresse. Klink, Ranftsche Gasse 6, part. [*

Kaufe Herr.- u. Dam.-Garderobe
allerh. Wäsche, Leihhausch., Fdbett., Schuhe, l. g. Nachl. [* Kummer, Reichsst. 14, T. 10527

Kleiderschr., Küchenmöbel k. Kappe, Nürnberger Str. 11. *

Jackett-Anzüge, Gehrockanz., Ulster, Paletot, Fahrräder, Militär-Sachen, Leihhausscheine usw. kauft z. reell. Pr. Hahn, Lange Straße 10, I. *

Alte Mil.-Mäntel
kauft Schloßgasse 8

Mil.-Hose, Mantel, Bluse k. Anger, Spichernstr. 1d, II. M.

Jackett oder Cutaway
Hosen, Militärsachen, Bettwäsche, Federbetten, neu u. gebr., kft. Martha Leuschner, Bayerische Straße 42, II. lks.

Wäsche aller Art [* neu u. gebraucht. Partiewaren, Gardinen kft. ständig Glaser, Ranstädt. Steinweg 46, Telephon 1312 *

Zur Ausstattung, Bettwäsche wß. u. bt., Leibw., neu od. gebr. z. k. gesucht. Arndtstr. 71, I. r.

Kinder-Gitterbett *
k. Hozelmann, Wittstockst. 8, I. l

Nähmaschine z. kauf. gesucht Kappe, Nürnberger Str. 11 *

Nähmaschinen kauft sofort Li., Lützner Str. 36, Laden.

H.- u. D.-Rad, a. o. Gu. k. Rd., Weidmannstr. 2, Fahrrdhdl. *

Kd.- u. Klappsportwg. a. Art w. a. defekt kauft Kwauk, Gabelsbergerstr. 19, T. 9898.

Gepolst. Klappstuhl, Puppenwagen u. jung. Hühner kauft Wache, Biedermannstr. 22, I.

Propeller
kauft. Offerten mit Preis Schloßgasse 8

Kaufe Kanarien-Hähne und Weibchen

id. Pfl., gew. u. gute, Zahle höchst. Preise! Sonnabend, d. 25. u. Sonntag, d. 26. Sept. Windmühlenstr. 40. Gasth. z. wh. Hirsch **Josef Tischler**

FELLE
aller Art u. jd. Quantum
Schafwolle
kauft laufend [*
Einkaufs-Zentrale
Weigler, Dorotheenplatz
5 Zimmerstraße 5

Felle aller Art kauft Lind., Gemeindeamtstr. 9. [*

Vermischte Anzeigen

A. Verleih-Institut
fein. Gesellschaftsanzüge
J. Kindermann *
Neumarkt 1, I. Ecke Grimm. St.

Eleg. Fracks u. Gehrockanzüge
verleiht **Schaul,**
Große Fleischergasse 10, I

Hornl. Melkziege tauscht gegen Schlachtz. Li., Uhlandstr. 6, II. l

Inserate sind nicht an die Redaktion, sond. an die **Expedition** z. adressieren

Wohnungen

Aelterer Mann sucht leere Stube. Nähe Westplatz-Gohl. Off. u. M. 10 Filiale Gohlis.

Junger solider Eisenbahner sucht einfach möbl. Zimmer. Off. u. O. 22 a. d. Exp. d. Bl.

Vertausche m. W. i. Paunsd. St., Ka., Kü., sehr groß, m. Gas, mit e. i. Möckern. A. Nitschke, Möck., Fuchs-Nordhoff-Str. 3.

Tausche 2 zwf. St., K., K., Gas, i. Mockau g. St., 2 K., K., Gas i. Schö. o. N. Off. S. 1 Fil. Schönef.

Tausche Wohn., 2 f. Stu., Ka., Kü. m. Gas geg. gleiche od. etw. größ., mögl. i. Westen. Off. u. L. 65 Fil. Li., Odermannstr. L

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200924/11 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Neues Theater.

Augustusplatz. (Nachdruck verboten.) Fernruf 1416.

Freitag, den 24. September 1920
216. Anrechts-Vorstellung (2. Folge rot)
Salome.
Drama in einem Aufzuge nach Oskar Wildes gleichnamiger Dichtung in deutscher Uebersetzung von Hedw. Lachmann, Musik von R. Strauß.
(Ohne Ouvertüre.)
Musikalische Leitung: Professor Otto Lohse.
Bühnenleitung: Karl Schäffer.
Personen: Herodes (Joseph Vogl); Herodias (Frieda Schreiber); Salome (Aline Sanden); Jokanaan (Walter Soomer); Narraboth (Hans Pflmann); Page der Herodias (Elisab. Merslein); Fünf Juden (Wilh. Wilmer, Wilh. Botzi, Heinr. Scholz, Oskar Lehner, A. Stichreith); Zwei Nazarener (Hans Müller, Karl Lang); Zwei Soldaten (Emil Herveling, Bernhard Mehlhorn); Ein Kappadozier (Otto Salzmann); Ein Page des Herodes (Lene Eichler).
Schauplatz: Eine große Terrasse im Palast des Herodes.
Keine Pause.
Besetzungsänderungen vorbehalten.
Opernpreise (zuzüglich 10% erhöhte städtische Kartensteuer).
Einlaß 7 Uhr. Anfang 7½ Uhr. Ende gegen 9¼ Uhr.
Studenten- und Schülerkarten ungültig.
Sonnabend, den 25. September: 217. Anrechts-Vorstellung (3. Folge, weiß): Der Waffenschmied. Anfang 7 Uhr.
Sonntag, den 26. September, bei aufgehobenem Anrecht: Neu einstudiert: Madame Butterfly. Anfang 7 Uhr.
Die Tageskasse ist von 10 bis 2 Uhr geöffnet.

Altes Theater.

Richard-Wagner-Platz. (Nachdruck verboten.) Fernruf 1416.

Freitag, den 24. September 1920
Meine Frau, die Hofschauspielerin.
Lustspiel in 3 Akten von Alfred Müller und Lothar Sachs.
In Szene gesetzt von Karl Huth.
Personen: Dr. Kurt Reichersberg, Schriftsteller (Fritz Reiff); Karla Reichersberg-Mallot, Hofschauspielerin, seine Frau (Mart. Otto-Morgenstern); Else, ihre Schwester (Marianne Berger); Willi Strupp, Karikaturenzeichner (Wilh. Engel); von Raschwitz, Rittergutsbesitzer (Adolf Windb); Erich Wolters cand. phil. (Herbert Hübner); Emil Köppke, Rentier (Karl Huth); Walter Eggershoff, Oberspielleiter (Gustav Talmar); Theo Mansfeld, Schauspieler (Artur Nikisch); Ernst Holbein, Schauspieler (Oskar Berger); Lotte Burg, Schauspielerin (Nita Ott); Erna Lind, Schauspielerin (Luise Gesling); Felix Kronberg, Opernsänger (Werner Hartmann); Kullmann, Inspizient (Jul. Krebs); Heinrich, Diener bei Dr. Reichersberg (Hans Wehler).
Ort der Handlung: Der 1. und 2. Akt spielt in der Wohnung von Dr. Reichersberg. Der 3. Akt im Künstlerzimmer des Neuen Komödienhauses.
Pause nach dem 2. Akt.
Besetzungsänderungen vorbehalten.
Gewöhnliche Preise (zuzüglich 10% erhöhte städtische Kartensteuer).
Einlaß 7 Uhr. Anfang 7½ Uhr. Ende gegen 10 Uhr.
Sonnabend, den 25. September: Phamalion. Anfang 7½ Uhr.
Sonntag, den 26. September: Alt-Heidelberg. Anfang 7½ Uhr.
Die Tageskasse ist von 10 bis 2 Uhr geöffnet.

Theater in der Eilsterstraße 42, Kammerspiele. Fernr. 12 300.

Gastspiel des Berliner Residenz-Theaters.
Freitag, den 24. September, 7½ Uhr
„Untreu"
Komödie in 3 Akten von Roberto Bracco.

Sonnabend, den 25. September, 4 Uhr:
1. Märchen-Vorstellung zu kleinen Preisen:
Aschenbrödels goldener Pantoffel.
Voranzeige! Voranzeige!
Sonnabend, den 25. September, abends 7½ Uhr
Neu einstudiert!
Evchen Humbrecht.
Sittenschauspiel in 5 Akten nach H. L. Wagner.

Sonntag, den 26. September, 4 und 7½ Uhr:
Evchen Humbrecht.
Montag, Dienstag, 7½ Uhr: **Evchen Humbrecht.**
Vorverkauf: Volich, Coppius, Dietrich und an der Kasse.

Battenberg

Varieté. Täglich abends ½8 Uhr: Das mit grossem Beifall aufgenommene **September-Varieté-Programm.**

Theater. Abends ½8 Uhr: **„Nur kein Platzregen"** Schwank in 3 Akten von S. Sutz. Morgen: „Nur kein Platzregen."

Vorverk.: Tagesk. Ztg.-G. K. Hirsch, Katharinenstr. 6.

Krystall-Palast Theater

Täglich abends ½8 Uhr
Der hervorragende September-Varieté-Spielplan.

Weinpalast Eden

Kurprinzstr. 2. Tel. 15902.
Täglich Moderne Tanzaufführungen

Westend-Hallen, Plagwitz

Heute Freitag 7 Uhr **Großer Damenball**
Verst. Ballorchester. Tanz frei. 9 Uhr: Konzert.

LUNA-Lichtspiele

Leipzig-Eutritzsch, Schönauerstr.
Von Freitag, den 24., bis Montag, den 27. September
Bruno Kastner und Ria Jende
„Der letzte Sonnensohn" — 5 Akte — und
Lotte Neumann
„Die Frau im Doktorhut" — 4 Akte.
Sonntag, nachm. ½4 Uhr: Jugendvorstellung.

Schleussig Lichtspiele Schleussig

Ab heute
Der Kindesraub im Zirkus Bufalo.
Dieser Film übertrifft an Sensation den vor kurzem gebrachten Zirkus Wolffsohn.
Der Herr mit der Dogge.

Eiskeller

Leipzig-Connewitz. [*]
Morgen Sonnabend ab 6 Uhr: **Gr. Eröffnungsball**
Selbstgebackene Pfannkuchen.
Ergebenst **Paul Rosenkranz.**

Licht-U.T.-Spiele

J. M. KÜNZEL

2 Erstaufführungen 2

Bruno Kastner
in dem neuen 5aktigen Filmspiel
Verbotene Liebe
sowie:
„Der ledige Hof"
Volksstück in 5 Akten nach dem vielgelesenen **Roman** von **Ludwig Anzengruber.**
Anfang 3.30 Ende 10.30

Telef. 3187 — Telef. 3187
Durchgang Riebeckbräu — J. M. KÜNZEL, Hainstr. 19.
Im Herzen der Stadt

Kammer-Lichtspiele

Windmühlenstr. 7 — Am Königsplatz

Ein bedeutungsvolles Ereignis!
Heute Freitag:
Erstaufführung eines Filmschauspiels, wie es im mittleren, nördlichen und östlichen Europa noch nicht gezeigt worden ist.

Zum ersten Male wird in Deutschland im Rahmen eines prachtvollen Filmschauspieles ein vollständiger spanischer Stierkampf gezeigt.

Nur Original-Aufnahmen
aus Sevilla, Madrid, Barcelona.
Der Film ist spanischen Ursprungs.

Der Liebesroman des gefeiertsten Toreros Spaniens in 6 Akten!
Noch nie seit Bestehen der Lichtspielkunst wurde ein Drama mit solcher Spannung, mit solchem Interesse verfolgt wie unser großer Stierkampffilm! Die gewaltigen Arena-Aufnahmen sind während der
weltberühmten Stierkämpfe
in Madrid, Barcelona, Sevilla — unter Lebensgefahr der Filmoperateure — gemacht worden. Der Zuschauer erlebt also die ganz gewaltige Spannung und den uns bisher fremden Eindruck der in Spanien so populären Stierkämpfe!

Wochentags ab 3 Uhr — Kassenöffnung 2¼ Uhr
Wir bitten möglichst die Nachmittags-Vorstellungen ab 3 Uhr gefl. berücksichtigen zu wollen, da in den Abendstunden die Nachfrage nach Plätzen zu groß ist.
Doppelt verstärktes Orchester.

Neues Operetten-Theater.

Erfestraße. (Nachdruck verboten.) Fernruf 3054.

Freitag, den 24. September 1920
Die schöne Helena.
Burleske Operette in 3 Akten von Meilhac und Halévy.
Musik von Jacques Offenbach.
(In der Bearbeitung von Professor Max Reinhardt.)
(Ohne Ouvertüre.)
In Szene gesetzt von Ludwig Habit. Musikal. Leitung: Otto Findeisen.
Personen: Paris, Königs Priamus Sohn (Walter Grave); Menelaus, König von Sparta (Ludwig Habit); Helena, dessen Gattin (Marg. Kühner); Agamemnon, König der Könige (Willy Burg); Klytemnestra, dessen Gemahlin (Emmy Navarra); Orestes, dessen Sohn (Charlotte Schädrich); Pylades, dessen Freund (Martha Büttner); Calchas, Großaugur des Jupiter (Rudolf Onder); Achilles, König von Phthia (José Trautmann); Ajax I., König von Salamis (Georg Felsegger); Ajax II., König von Locris (Karl Eichler); Philocomes (Edmund Burke); Euthycles (Karl Dietzmann); Bachis (Sabine Herbig); Leaena (Ellen Kufenburg); Parthenis (Ellen Köhler); Thetis (Erna Hansen); Leibeimina (Joh. Bennewitz).
Wachen, Sklaven, Dienerinnen, Volk.
1. Akt: Das Orakel — 2. Akt: Der Traum — 3. Akt: Die Entführung
Ort: Griechenland — Zeit: Mythologisches Altertum.
Gewöhnliche Preise (zuzüglich 10% erhöhte städtische Kartensteuer).
Einlaß 7 Uhr. Anfang 7½ Uhr. Ende gegen 10¼ Uhr.
Studenten- und Schülerkarten ungültig.
Sonnabend, den 25. September: Neu einstudiert: **Der Nabelzigeuner.** Anfang 7½ Uhr.
Sonntag, den 26. September: **Der Nabelzigeuner.** Anfang 7½ Uhr.

Leipziger Schauspielhaus.

Sophienstr. 17/19. Direktion: Fritz Riedweg. Fernruf 1060

Freitag, den 24. September 1920
Mutter Erde.
Drama in 5 Aufzügen von Max Halbe.
In Szene gesetzt von Fritz Riedweg.
Personen: Paul Warkentin, Herausgeber einer Zeitschrift (Paul Wederow); Hella Warkentin-Bernhardy, seine Frau (Lina Carstens); Dr. von Gilbsinski (Alexander Schum); Heliber von Laskowski, Gutsbesitzer auf Klonowken (Hanns Steiner); Antoinette, seine Frau (Grete Roerpelius); Tante Klärchen (Stella David); von Lindemann, Gutsbesitzer (Wilhelm Bertheld); Frau von Lindemann (Olga Beckow); Raabe sen., Gutsbesitzer (Adolf Braunstein); Schnaase, Gutsbesitzer (Alfred Böhel); Frau Schnaase (Melanie Krüger-Michaelis); Raabe jun., Student (Karl Kessler); Dr. Bodenstein, Arzt (Willi Auerbach); Fabrikdirektor Mertens (Curt Paulus); Jasupeit, Rentier (Alfr. Einicke); Frau Borowski, Lehrerswitwe (Edith Görtner); Kunze, Organist (Bernhard Wildenhain); Kandidat Schrock (Hans Merkel); Inspektor Zindel (Karl Walden); Lene, Stubenmädchen (Hel. Riechert).
Zeit: Um 1890. Ort: Ellernhof.
Pause nach dem 2. und 4. Akt.
Einlaß 7 Uhr. Anfang 7½ Uhr. Ende 10 Uhr.
Sonnabend, den 25. September: **Und Pippa tanzt.** Anfang 7½ Uhr.
Sonntag, den 26. September, nachm. 3½ Uhr: **Musik** (Einheitspreise). Abends 7½ Uhr: **Mutter Erde.**
Der erste Spielabschnitt läuft vom 15. September bis 5. Oktober 1920. Bis zu diesem Tage muß die erste Marke der Jahreskarte an der Tageskasse eingelöst sein.

Leipziger Volksbühne.

Bayerische Straße 350. Fernruf 11 111.
Leitung: Robert Oberweg.
Sonnabend, den 25. September, abends 7½ Uhr: Serie 19.
Moderner Abend.
Vier Einakter: **Der Kullak; Die Mumienhand; Die Kulissen der Seele; Der unbezahlte Neumann.**

Drei Linden

Täglich abends ½8 Uhr:
Der glänzende Varieté-Spielplan.
10 Attraktionen.
U. a.:
6 Original-Grunathos
M. Kara — La Paquita
Vorverkauf: Tageskasse (Tel. 33495 und 33543). Th. Althoff, Petersstr., Konsumverein, K.-Heine-Str.

PARK MEUSDORF

Wir haben heute unser Unternehmen
Park Meusdorf
den bewährten Händen des Herrn *Arno Trommer* pachtweise übertragen.
Allen Freunden des Unternehmens, die uns in frohen und ernsten Tagen zur Seite standen, sagen wir unseren herzlichsten Dank und bitten, das uns in so reichem Maße geschenkte Vertrauen auf Herrn Trommer zu übertragen.

Gebr. Guthardt G. m. b. H.
Olga Guthardt.

Meine Bitte am Tage der Übernahme des altberühmten Unternehmens
Park Meusdorf
klingt aus in dem von meinen Vorgängern geäußerten Wunsch, auch mir die Zuneigung zu bewahren, welcher sich die Firma *Gebr. Guthardt* erfreute.
Ich werde mein Bestes tun das Vertrauen zu rechtfertigen, damit es allezeit heiße:
»Meusdorf auf der Höhe!«

Arno Trommer.

Waldschloß Oberholz

Grösste Sensation! — Ohne Konkurrenz!
Sonnabend, 25. September, abends ½8 Uhr
Große Reunion
im festlich dekorierten Ballsaal.
I. Oberholzer Sonder-Abend
24 Künstler
Leitung: Der weltbekannte Tonkünstler **Ludwig Hupfeld a. G.**
Eintritt und Tanz vollständig frei.
Sonntag, den 26. September
Ball-Nachts-Traum
Anfang 3 Uhr.
Eintritt: Herren 2.— Mk., Damen 1.— Mk.
Tanzen frei.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200924/12 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG